



Niedersachsen-Monitor 2008



Niedersachsen

Statistische Berichte Niedersachsen

Landesbetrieb für Statistik und
Kommunikationstechnologie
Niedersachsen

Z 6 - j / 08

Niedersachsen-Monitor 2008



Niedersachsen

Impressum

Herausgeber: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (LSKN)

Zu beziehen durch: LSKN - Schriftenvertrieb -
Postfach 91 07 64, 30427 Hannover
Dienstgebäude: Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover

Tel. 0511 9898-3166, Fax -4133
E-Mail: vertrieb@lskn.niedersachsen.de
Internet: www.lskn.niedersachsen.de

Preis: 7,50 €
Erschienen im Dezember 2008
ISSN 1432-5756

© Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Hannover 2008.
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Inhalt

Seite

Textteil und Schaubilder

Einführung.....	6
Bevölkerung.....	8
Erwerbstätigkeit.....	12
Wirtschaft und Einkommen.....	17
Innovation	24
Humanpotenzial	29
Finanzen	31
Soziale Probleme, Sicherheit.....	34

Tabellenteil

Bevölkerung.....	40
Erwerbstätigkeit.....	42
Wirtschaft und Einkommen.....	44
Innovation	49
Humanpotenzial	51
Finanzen	52
Soziale Probleme, Sicherheit.....	54

Zeichenerklärung:

- = Nichts vorhanden.
- = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- x = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ... = Angabe ist noch nicht vorhanden.

Textteil und Schaubilder



Einführung

Der Niedersachsen-Monitor erscheint mit dieser Ausgabe zum elften Mal. Er bezweckt eine umfassende, unabhängige und objektive Positionsbestimmung des Landes Niedersachsen durch einen systematischen Ländervergleich.

Grundkonzept des Ländervergleichs im *Niedersachsen-Monitor*

Monitoring verfolgt das Ziel, durch die Erfassung, Darstellung und Interpretation von Entwicklungstrends und -zuständen planerische und politische Prozesse sowie Entscheidungen zu begleiten und zu fundieren. Im Mittelpunkt steht dabei die systematische Informationsbereitstellung durch die Dokumentation von Veränderungen und Entwicklungsmustern. In diesem Sinne stellt der erste Teil des *Monitors* kurz- und mittelfristige Entwicklungen und aktuelle Strukturen im Vergleich der 16 Bundesländer und Deutschlands insgesamt dar. Mittels hochverdichteter Indikatoren werden ein Ländervergleich und damit eine Positionsbestimmung Niedersachsens aktuell und umfassend möglich. Thematisch umfasst der *Monitor* die Politikfelder Demographie, Erwerbstätigkeit, Wirtschaft, Humanpotenzial, Innovation, Finanzen sowie soziale Probleme, Sicherheit. Im Laufe der Jahre wurde das Tabellenprogramm mehrfach von anfangs 35 auf 48 Tabellen erweitert.

Die Gesamtkonzeption des Ländervergleichs im Niedersachsen-Monitor, vor allem die Auswahl und Gestaltung der Tabellen und Schaubilder, stammt von Prof. Lothar Eichhorn, Fachbereichsleiter im LSKN. Die hiermit vorgelegte Analyse von Strukturen und Entwicklungspfaden der Länder wurde von Prof. Lothar Eichhorn und Dr. Dirk Soyka, Fachgebietsleiter im LSKN, durchgeführt.

Der *Ländervergleich* basiert auf einer Sammlung von 48 nach Sachgebieten geordneten Tabellen, die durch Balkendiagramme illustriert und textlich kommentiert werden. Alle Tabellen folgen einem einheitlichen Bauplan: Es werden die Daten aller 16 Länder sowie die Deutschlands, Ost- und Westdeutschlands dargestellt. Die Entwicklung Niedersachsens wird überwiegend am Bundesrend gemessen und beurteilt. Landes- und Bundesergebnis sind in den Tabellen darum durch Fettdruck optisch hervorgehoben. Da auch 18 Jahre nach der Wiedervereinigung die entscheidende regionale Scheidelinie der Nation zwischen der „alten“ Bundesrepublik und dem Beitrittsgebiet verläuft, wurden zusätzlich die Werte für Ost- und Westdeutschland nachgewiesen. Die 10 Länder der „alten“ Bundesrepublik werden als *Westdeutschland*, die fünf Länder des Beitrittsgebiets sowie Berlin werden als *Ostdeutschland* zusammengefasst.

Kurz- und mittelfristiger Zeitvergleich, Aktualität: Alle Tabellen enthalten den aktuellsten zur Verfügung stehenden Jahres- bzw. Stichtagswert sowie vergleichend a) das Vorjahresergebnis und b) das Ergebnis fünf Jahre zuvor. Auf einen Blick wird so die kurz- und mittelfristige Entwicklung deutlich. Am aktuellen Rand beziehen sich die Daten meist auf das Jahr 2007, die älteren Vergleichsdaten stammen somit meist aus 2006 bzw. 2002. Davon wird nur dann abgewichen, wenn es noch keine Daten aus 2007 gab. Die stets sehr aktuellen Arbeitslosenzahlen beziehen sich auf das Jahr 2008 bzw. 2003 und 2007 zum Vergleich. Wenn im folgenden Text von „kurzfristig“ die Rede ist, so ist stets der Vorjahresvergleich gemeint; „mittelfristig“ meint stets den Fünf-Jahres-Vergleich.

Alle Daten des *Monitors* entstammen aus jedermann zugänglichen öffentlichen Quellen. Zumeist sind dies amtliche Veröffentlichungen, die überwiegend im Internet zu finden sind. Zum Teil sind einige aktuelle Angaben bei den jeweiligen Fachabteilungen des Statistischen Bundesamtes erfragt worden. Soweit irgend möglich, handelt es sich um endgültige Ergebnisse. In manchen Fällen, so z.B. bei Tabellen, die auf monatlichen Konjunkturerhebungen beruhen, kann es kleine Abweichungen zwischen den hier publizierten Angaben und denen einzelner Statistischer Ämter für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich geben.

Beziehungszahlen, Quoten und Veränderungsraten: Absolute Zahlen sind oft für eine Analyse nicht geeignet. Erst im Zeit- und Regionalvergleich mit anderen Daten erhalten sie einen Aussagewert. Sie müssen standardisiert werden, um triviale Aussagen, wie z.B. dass es im großen Nordrhein-Westfalen mehr Arbeitslose oder ein höheres Bruttoinlandsprodukt als im kleinen Saarland gibt, zu vermeiden. Durch Verwendung von Quoten (z.B. Arbeitslosenquote), Beziehungszahlen (z.B. Geborene je 1 000 Einwohner) und prozentuellen Veränderungsraten (z.B. Wirtschaftswachstum) wird ein Höchstmaß an regionaler und zeitlicher Vergleichbarkeit geschaffen.

Methodische Änderungen gegenüber dem Vorjahr

Im Wesentlichen basiert der diesjährige *Niedersachsen-Monitor* auf denselben methodischen Festlegungen wie der des Vorjahres. Wesentliche Änderungen gibt es nur im Bereich der Daten über Verdienste (Tab. 25), die sich jetzt stärker auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stützen, im Bereich der Erwerbstätigkeitsstatistik (Mikrozensus, Tab. 8) der Frauen, wo die Erwerbstätigenquote jetzt anders berechnet wird, sowie in der Berichterstattung über das Verarbeitende Gewerbe (Tabelle 21). Näheres steht in den betreffenden Kapiteln.

Einige Bemerkungen zu Länderrankings und Wertungen

Der *Niedersachsen-Monitor* gehört nicht zur Gattung der Länder-Rankings. Man kann aber auf seiner Basis solche Rankings erstellen, wenn man es für sinnvoll hält. „Rankings“, also zusammenfassende Ranglisten von Ländern, sind beliebt, weil sie Fakten und Trends zusammenfassen und damit Bewertungen erleichtern. Ihre Nachteile sind, dass

1. sie oft versteckte und/oder einseitige Wertungen enthalten;
2. das Problem der Gewichtung einzelner Bestandteile der Rankings kaum objektiv, sondern nur durch Wertentscheidungen lösbar ist;
3. sie häufig dieselbe Entwicklung, die sich in vielen Indikatoren widerspiegelt, mehrfach messen und damit mehrfach gewichten;
4. häufig im „Kleingedruckten“, also den Werkzeugen und Grundannahmen, schwere methodische Fehler stecken, die Nicht-Fachleute, also die Rezipienten in Medien und Politik, nicht immer bemerken;
5. bei jeder Skalentransformation in Rangskalen Informationsverluste auftreten;
6. die Rezeption auch seriöser Rankings oft nach starren Schemata abläuft.

Zu 1: Sind hohe Mieten gut oder schlecht? Offensichtlich kommt es darauf an, ob man die Mieten als Hausbesitzer kassiert oder ob man sie als Mieter zahlt. Ähnliches gilt für Grundstückspreise, in gewisser Art und Weise auch für Löhne und Gehälter. Ob man also das Land mit den höchsten Mieten auf Platz 1 oder 16 setzt, ist eine Frage des Standpunktes.

Zu 2: Wie soll man in einem Ranking, das aus mehreren einzelnen Rangskalen zusammengesetzt ist, diese gewichten? Nehmen wir an, in das Ranking würden die Arbeitslosenquoten, das Wirtschaftswachstum und die Geburtenrate eingehen. Gehen diese drei Indikatoren gleichwertig zu je einem Drittel in die Wertung ein, oder ist einer von ihnen wichtiger als die anderen? Hier sind *statistisch* nicht begründbare normative Entscheidungen unvermeidbar.

Zu 3: Wenn z.B. die Einwohnerzahl einer Region oder eines Landes steigt, dann müssen die zusätzlichen Menschen auch irgendwo wohnen. Also wird dort auch die Zahl der Neubauten steigen. Es ist in mancherlei Hinsicht dieselbe Entwicklung, und man muss versuchen, diese nicht doppelt zu messen. Dies ist ein lösbares, aber nicht triviales Problem.

Zu 4: Einige Studien bewerten gern einen norddeutschen Stadtstaat als wirtschaftlich besonders herausragend, weil

dieser ein so hohes „Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf“ hat. Auf Basis dieses konkurrenzlos hohen Wertes wird dem dortigen Senat ein hohes Lob für Wirtschaftskompetenz ausgesprochen. Nun mag dies schon stimmen, aber: Das BIP von Stadtstaaten wird nur zum Teil von den eigenen Einwohnern erwirtschaftet, sondern zum großen Teil von Einpendlern aus dem Umland angrenzender Flächenländer. An deren Wohnort verringern sie den Bruch „BIP pro Kopf“, am Arbeitsort erhöhen sie ihn. Als Maß des wirtschaftlichen Erfolgs – gerade auch im Vergleich mit den Nachbarländern – taugt das BIP pro Kopf bei Stadtstaaten wenig. Trotzdem liest man solche falschen Darstellungen immer wieder.

Zu 5: Man vergleiche die Tabellen 46 (Anteil der Hochbetagten) und 31 (Patentanmeldungen) dieses *Monitors*. Bei den Patentanmeldungen liegen die 16 Länder extrem weit auseinander: zwei liegen ganz weit vorn, und alle anderen liegen unter dem Durchschnitt. Beim Bevölkerungsanteil der Hochbetagten liegen alle 16 Länder sehr eng beieinander. Trotzdem kann man in beiden Fällen eine Rangfolge von 1 bis 16 erstellen. Allgemein gesprochen: Beim Transformieren einer absoluten Skala in eine Rangskala treten unvermeidlich Informationsverluste auf. Man weiß zwar, wer auf Platz 1 und wer auf Platz 16 liegt, aber man weiß nicht mehr, welcher Abstand zwischen den beiden tatsächlich liegt.

Zu 6: Oft wird ein kausaler Zusammenhang zwischen Regierungshandeln und bestimmten Entwicklungstrends angenommen. Positive wie negative Trends werden „der Politik“ zugeschrieben, auch dann, wenn die politischen Steuerungsmöglichkeiten eng begrenzt sind.

Der *Niedersachsen-Monitor* erstellt kein Gesamtranking der Länder; vielmehr ist er ein systematischer Ländervergleich. Hin und wieder wird bei einzelnen Indikatoren festgehalten, auf welchem Rangplatz sich Niedersachsen aktuell befindet. An bestimmten Stellen stehen auch wertende Aussagen, die aber allgemein konsensfähig sein dürften: Niedrige Arbeitslosigkeit ist besser als hohe, wenig Straftaten sind besser als viele, Wirtschaftswachstum ist besser als Schrumpfung.

Ein Gesamtranking kann sich jeder Interessierte auf Basis der Daten des *Niedersachsen-Monitors* selbst erstellen. Ein landesstatistisches Amt hat damit auf Grund der oben erwähnten Notwendigkeit von Wertentscheidungen gewisse Schwierigkeiten, denn die amtliche Statistik darf keinesfalls den Geboten der Objektivität und Neutralität zuwiderhandeln.



Bevölkerung

Zum dritten Mal in Folge leichter Bevölkerungsrückgang

Am Jahresende 2004 hatte Niedersachsens Bevölkerung mit seinerzeit etwas mehr als 8 Millionen Menschen nahezu den Höchststand erreicht. Ende Juli 2005 war das Maximum erreicht. Seitdem geht die Bevölkerung des Landes Jahr für Jahr leicht zurück – im Jahr 2007 das dritte Mal in Folge (Tab. 1). Die Einwohnerzahl von 7,972 Mio. Menschen am 31.12.2007 bedeutet im Fünfjahresvergleich mit dem Jahresende 2002 einen Rückgang um - 0,1 %.

Der Vergleich 2007 zu 2002 zeigt, dass in diesem Zeitraum nur noch 6 von 16 Ländern Bevölkerungszuwächse aufweisen und dass es umgekehrt 10 Länder – unter ihnen Niedersachsen – mit Rückgängen gibt. Deutschlands Bevölkerung minderte sich in diesem Zeitraum um - 0,4 %, wobei die Entwicklung in Ostdeutschland (- 2,7 %) deutlich ungünstiger als in Westdeutschland (+ 0,2 %) verlief. Die 6 Länder mit Bevölkerungszuwächsen sind die drei Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, die „Südstaaten“ Baden-Württemberg und Bayern sowie Schleswig-Holstein, das diesbezüglich auch von der Nähe Hamburgs profitiert. Hamburg weist mit + 2,4 % das beste Ergebnis aller Länder auf. Dies liegt u.a. auch daran, dass es einen Trend „zurück zur Stadt“ gibt: Gute Jobangebote, attraktive Wohnangebote und zugleich steigende Benzinpreise sorgen für Wachstum und bremsen den Fortzug in die „Speckgürtel“ rund um die Metropolen.

Ungünstige Geburtenentwicklung in Niedersachsen

Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen 65 326 Kinder geboren, praktisch genauso viele wie im Jahr zuvor (65 327), aber - 10,7 % weniger als noch 2002 (Tab. 2). Die Geburtenhäufigkeit (Geborene je 1 000 Einwohner) blieb damit 2007 wie im Vorjahr bei 8,2. Das war deutlich weniger als noch 2002 mit seinerzeit immerhin 9,2.

Die Geburtenentwicklung nimmt damit in Niedersachsen einen deutlich ungünstigeren Verlauf als bundesweit. 2002 lag die Geburtenhäufigkeit im Lande mit 9,2 noch klar über dem bundesdeutschen Durchschnitt von seinerzeit 8,7; 2006 lagen Land und Bund gleichauf bei 8,2, und 2007 fiel Niedersachsen mit unverändert 8,2 hinter den Deutschlandwert von 8,3 zurück.

Welche einzelnen Entwicklungen stecken hinter diesem Gesamtergebnis? Erstens stieg in 15 von 16 Ländern die Zahl der Geburten von 2006 auf 2007 mehr oder weniger kräftig – nur nicht in Niedersachsen. Auch im mittelfristigen Vergleich weist Niedersachsen mit einem Rückgang von - 10,7 % den schlechtesten Wert aller Länder

auf. Zweitens stieg die Zahl der Geburten vor allem in den ostdeutschen Ländern. Die Geburtenhäufigkeit war in Ostdeutschland Anfang der neunziger Jahre kurz nach der „Wende“ katastrophal niedrig, doch mittlerweile hat sie sich fast wieder auf das Niveau Westdeutschlands angepasst. Die höchsten Zuwachsraten erzielten kurzfristig Berlin (+ 5,2 %) und Thüringen (+ 4,7 %) und mittelfristig Sachsen (+ 7,4 %) sowie Berlin (+ 8,2 %). Drittens war 2007 die Geburtenhäufigkeit in den Stadtstaaten Hamburg (9,5 je 1 000 Einwohner) und Berlin (9,2) die bundesweit im Ländervergleich höchste. Dies liegt an der relativ großen Zahl und dem entsprechend hohen Bevölkerungsanteil junger Frauen, die wegen des günstigen Job- und Karriereangebots in die Metropolen gezogen sind.

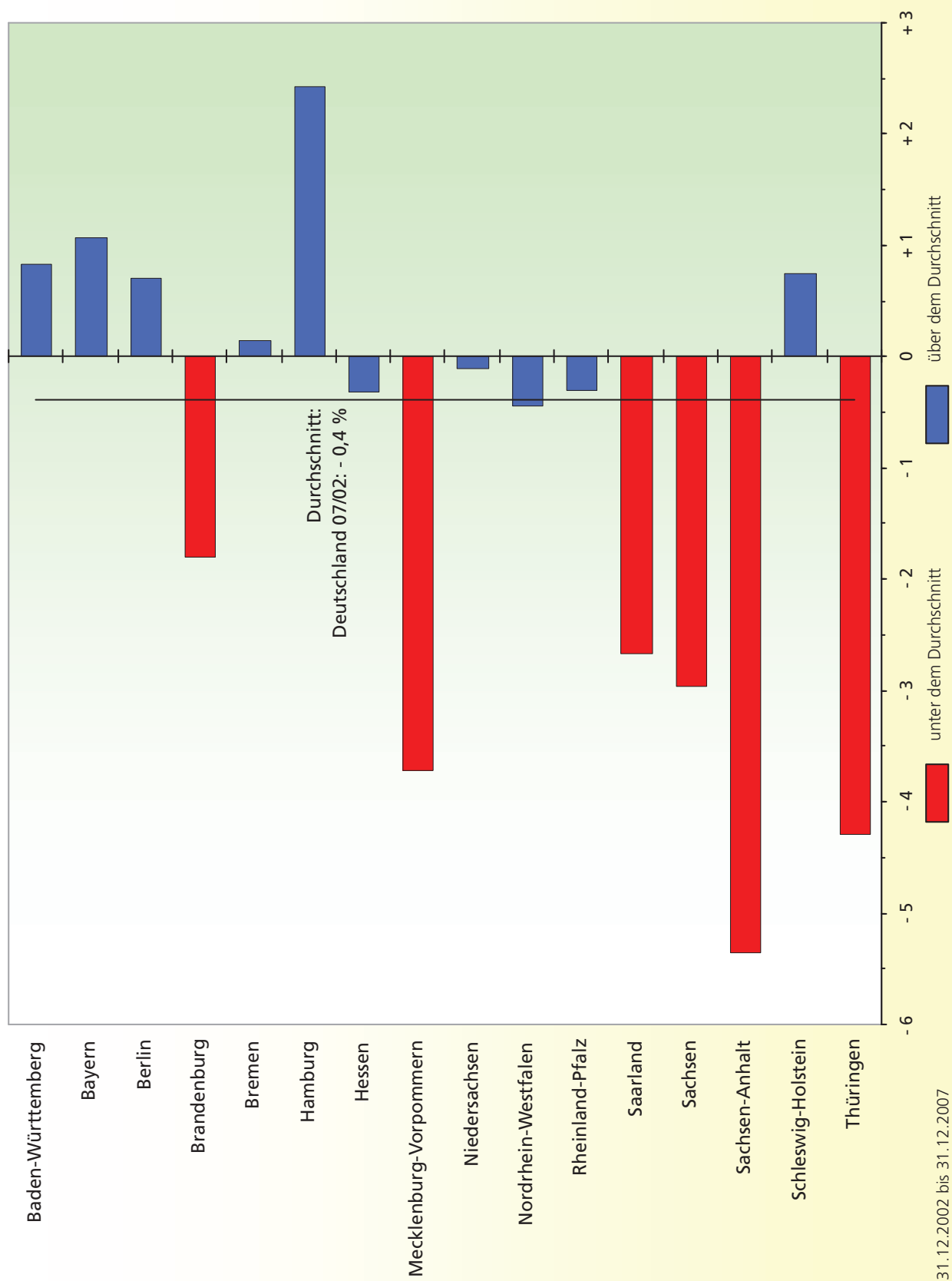
Demgegenüber gingen im Fünfjahresvergleich in allen westdeutschen Flächenländern die Geburtenzahlen zum Teil sehr deutlich zurück. Besonders große Rückgänge mussten neben Niedersachsen westdeutsche Flächenländer hinnehmen, so z.B. Baden-Württemberg (- 6,8 %), Bayern (- 6,1 %), Nordrhein-Westfalen (- 7,5 %), Saarland (- 7,7 %) und Schleswig-Holstein (- 7,8 %). Im Vorjahresvergleich stiegen bundesweit die Geburtenzahlen und entsprechend die Geburtenhäufigkeit leicht an – dies ist auch eine Folge des Elterngeldes. Ob dieser Anstieg von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten.

Der Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Tab. 3) blieb in Niedersachsen in etwa gleich. Er lag 2006 bei - 16 794 und 2007 bei - 16 951. 2007 konnte nach langer Zeit erstmals wieder ein Land, und zwar die Bundeshauptstadt Berlin, einen Positivsaldo erreichen – hier überstieg im Jahr 2007 die Zahl der Geburten die der Sterbefälle um 189. Die relativ höchsten Verluste durch Negativsaldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung mussten 2007 die Länder Sachsen-Anhalt und das Saarland (jeweils - 4,9 je 1 000 Einwohner) hinnehmen. Niedersachsens Wert von - 2,1 lag etwas ungünstiger als der Bundesdurchschnitt von - 1,7.

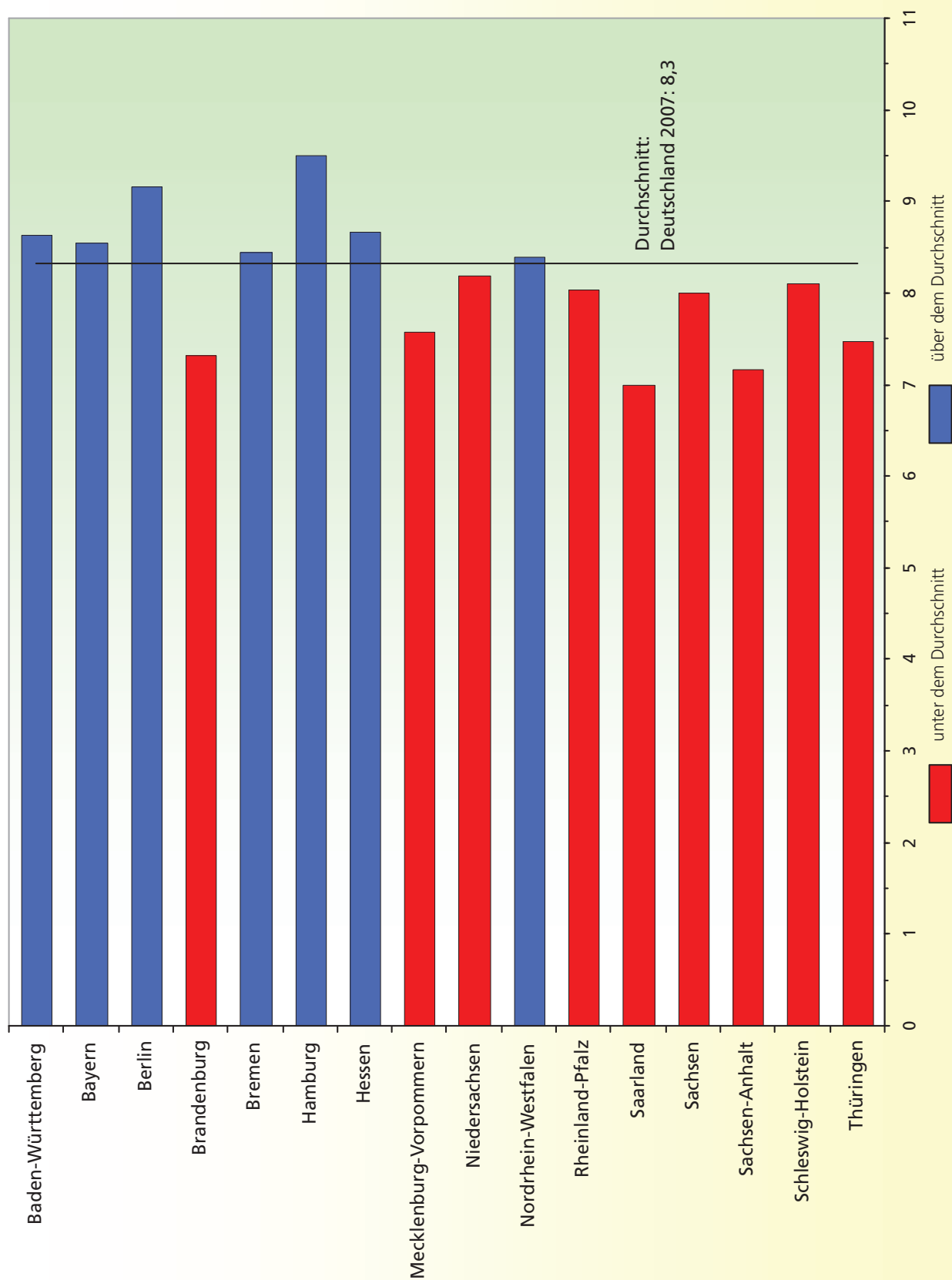
Wanderungsgewinn kann Sterbeüberschuss nicht kompensieren

Niedersachsen konnte im Jahr 2007 einen Wanderungsgewinn von 5 905 Personen verbuchen (Tab. 4, Wanderungen über die Landesgrenze). Dieser Zuwachs lag zwar etwas höher als 2006, reichte aber nicht aus, um den Sterbeüberschuss von fast 17 000 Menschen zu kompensieren. Im mittelfristigen Vergleich zeigt sich eine starke Verringerung des Wanderungssaldos, denn 2002 betrug dieser noch 34 376 Personen und war damit seinerzeit etwa sechsmal größer als 2007. Vor allem die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland ist mittel- und langfristig stark zurückgegangen.

Prozentuale Zu- und Abnahme der Bevölkerung 2002 bis 2007



Lebendgeborene je 1 000 Einwohner 2007



Im Ländervergleich erzielten die relativ höchsten Wanderungsgewinne (Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner) Hamburg (+ 9,5), das angrenzende Schleswig-Holstein (+ 3,6) sowie Berlin (+ 3,5). Niedersachsens Wert lag mit + 0,7 etwas über dem Bundesdurchschnitt (+ 0,5), aber klar unter dem Schnitt der westdeutschen Länder (+ 1,3). Die Ost-West-Wanderung hat sich nicht abgeschwächt: Ostdeutschland verlor in der Summe 43 216 Einwohner, Westdeutschland gewann alles in allem 87 216 Menschen dazu.

Weniger Eheschließungen, mehr Scheidungen

Im Jahr 2007 ließen sich in Niedersachsen 38 036 Paare trauen (Tab. 5). Das waren 2,7 % weniger als im Vorjahr, - 10,3 % weniger als 2002 und die niedrigste Zahl an Eheschließungen seit Bestehen des Landes Niedersachsen. Dennoch liegt die Eheschließungshäufigkeit in Niedersachsen mit 47,6 Eheschließungen je 10 000 Einwohner immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 44,8.

Im Bund-Länder-Vergleich zeichnen sich eindeutige Entwicklungspfade ab: In den ostdeutschen Flächenländern nimmt die Zahl der Eheschließungen – von einem geringen Ausgangsniveau ausgehend – zu, in den westlichen Ländern und Berlin nimmt sie ab. Die Eheschließungshäufigkeit liegt im Westen zwar immer noch höher als im Osten, die Werte nähern sich aber an. Die mittelfristige niedersächsische Abnahmerate von -10,3 % ist deutlich höher als der Bundesdurchschnitt von - 5,9 % und liegt

auch höher als der Schnitt der westdeutschen Länder von - 8,8 %.

Problematisch ist, dass zugleich im letzten Jahr in Niedersachsen die Zahl der Ehescheidungen (Tab. 6) gestiegen ist, während sie bundesweit abnahm. 2007 gab es in Niedersachsen 19 682 Ehescheidungen; das waren 6,5 % weniger als 2002, aber 3,3 % mehr als 2006. Die Zahl der Scheidungen in Niedersachsen stieg in der Vergangenheit fast von Jahr zu Jahr und hatte im Jahr 2003 mit seinerzeit 21 921 einen Höhepunkt erreicht. Bis 2006 ging sie dann kontinuierlich zurück bis 19 058; dieser Rückgang kann großenteils mit dem Rückgang der Eheschließungen erklärt werden: Um sich scheiden zu lassen, muss man erstmal verheiratet sein. Die meisten Ehescheidungen erfolgen 5 bis 6 Jahre nach der Eheschließung. Bildet man auf Basis dieser Erkenntnis den Indikator „Scheidungen je 100 Eheschließungen fünf Jahre zuvor“ (also z.B. Ehescheidungen 2007 je 100 Eheschließungen 2002), ergibt sich für 2002 ein Wert von 45,3, für 2006 von 45,6 und für 2007 von 46,4. Rein rechnerisch ergibt sich fast schon eine Scheidung auf zwei Eheschließungen. Die Institution „Ehe“ verliert allmählich ihre Bindungskraft.

Im Ländervergleich zeigt sich, dass die Ehescheidungshäufigkeit (Scheidungen je 10 000 Einwohner) in Niedersachsen mit 24,6 klar über dem Bundesdurchschnitt von 22,7 und dem Westdeutschlands (23,5) liegt. Im Jahr 2007 gingen die Scheidungszahlen in 12 von 16 Ländern zurück; nur in vier westdeutschen Flächenländern (Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Saarland) gab es Zuwächse.



Erwerbstätigkeit

Zahl der Erwerbstätigen steigt um 1,2 % – überdurchschnittliche Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Niedersachsen stieg von 2006 auf 2007 um 43 000 Personen bzw. + 1,2 % auf 3,516 Mio. an (Datenquelle: Mikrozensus, vgl. Tab. 7). Gegenüber dem Jahr 2002 ergab sich eine Zuwachsrate von + 4,2 %. Diese Zuwachsraten liegen etwas günstiger als die entsprechenden Vergleichswerte für Deutschland insgesamt und den Schnitt der westdeutschen Länder. Der Zeitvergleich mit dem Jahr 2002 ist leicht beeinträchtigt, denn bis zum Jahr 2004 wurde diese Erhebung einmal im Jahr im Frühjahr durchgeführt, und die Ergebnisse beziehen sich somit auf die Verhältnisse im Monatsmonat April. Seit 2005 wird der Mikrozensus monatlich erhoben, und die Daten beziehen sich somit auf Jahresdurchschnitte.

Die Zahl der Selbstständigen stieg binnen Jahresfrist um + 1,4 % von 365 000 (2006) auf 370 000 in etwa in demselben Tempo wie die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt. Auch diese Zuwachsrate lag höher als der entsprechende Deutschlandwert von + 0,7 %. Niedersachsens Selbstständigquote – der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen – blieb im Vergleich zu 2006 unverändert bei 10,5 %; im April 2002 lag sie mit 9,8 % deutlich niedriger.

Die Frauenerwerbstätigkeit (Tab. 8) entwickelte sich sogar noch deutlich besser. Im Jahresdurchschnitt 2007 waren 1 577 000 niedersächsische Frauen erwerbstätig, das waren + 1,9 % mehr als im Vorjahr und sogar + 7,5 % mehr als im April 2002. Diese Zuwachsraten lagen sowohl über denen der Erwerbstätigen insgesamt (vgl. Tab. 7) als auch über den Werten des Bundesdurchschnitts und des Durchschnitts der westdeutschen Länder. Insofern waren die niedersächsischen Frauen klare Gewinnerinnen – sowohl gegenüber den Männern als auch gegenüber den Frauen in den anderen Ländern. Die Unterschiede zwischen den Ländern sind allerdings nicht sehr hoch; praktisch überall zeichnete sich ein positiver Gesamttrend ab.

Die Erwerbstätigenquote der Frauen (Tab. 8) wurde in diesem *Niedersachsen-Monitor* etwas verändert berechnet, weil sie nicht mehr wie früher auf alle Frauen ohne Altersbegrenzung, sondern nur noch auf diejenigen im Erwerbsalter (15 bis unter 65) bezogen wurde. Den Vergleich beeinträchtigende Einflüsse der Altersstruktur können so besser eliminiert werden. Die Erwerbstätigenquote (= erwerbstätige Frauen pro 100 Frauen im Erwerbsalter) stieg in Niedersachsen von 56,8 (2002) auf 61,3 % im Jahr 2007. Sie liegt damit immer noch unter dem Bundesdurchschnitt von 63,1. Spitzenreiter ist hier Baden-Württemberg mit einer Quote von 66,8 %.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelt sich weniger gut als die Gesamtbeschäftigung

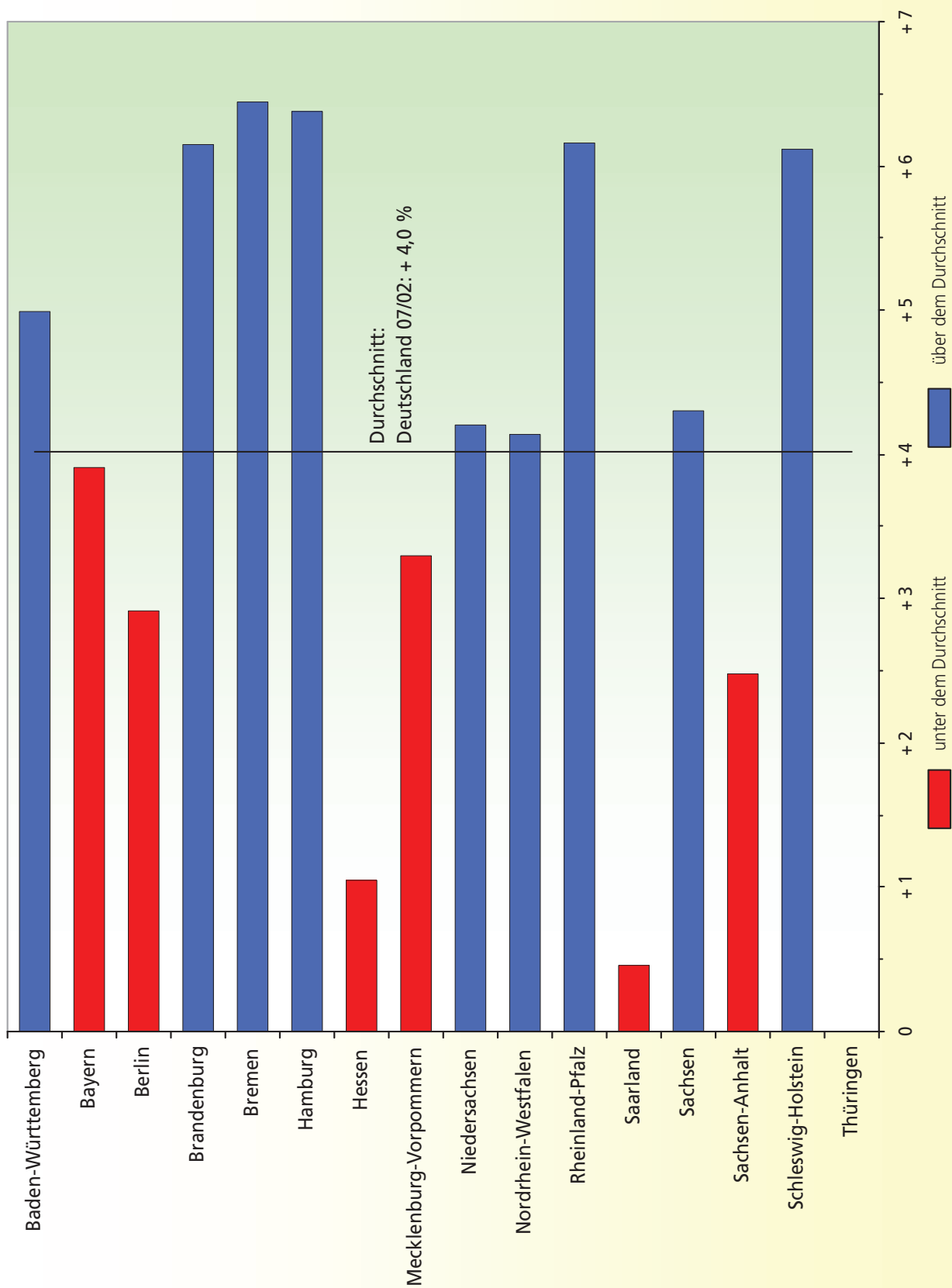
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Tab. 9) in Niedersachsen entwickelte sich zwar kurzfristig ebenfalls positiv mit einem Plus von 1,6 % im Vorjahresvergleich. Dieser Zuwachs lag aber zum einen leicht unter dem entsprechenden Bundesvergleichswert von + 1,9 %. Vor allem aber ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze in Niedersachsen mittelfristig um - 2,3 % zurückgegangen; bundesweit gingen von 2002 bis 2007 sogar 2,6 % der Arbeitsplätze verloren. Bis 2005 gingen im Saldo Arbeitsplätze verloren und erst ab diesem Jahr gab es wieder Zuwächse.

Wie kann es kommen, dass mittelfristig die Zahl der Erwerbstätigen steigt, zugleich aber die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten praktisch im selben Zeitraum abnimmt? Zum einen ist zu beachten, dass die 2,357 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.2007 mit dem *Arbeitsort* in Niedersachsen gezählt wurden, während die Erwerbstätigen (Tab. 7 und 8) am *Wohnort* registriert wurden. Das ist aber nicht alles: Eine Zunahme der Erwerbstätigkeit kann auch dadurch entstehen, dass solche Arbeitsplätze zahlenmäßig zunehmen, die *nicht* der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Das sind z. B. Selbstständige (siehe oben, Tab. 7), aber auch geringfügig Beschäftigte. Das Statistische Bundesamt hat jüngst in einer Studie festgestellt, dass „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ bundesweit stark zunehmen. Dazu zählte diese Studie geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, befristete Arbeit sowie Zeitarbeit. Besonders die geringfügige Beschäftigung unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze hat stark zugenommen bis auf einen Anteil von 9,2 % an allen abhängig Beschäftigten 2007 (Quelle: StBA, Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Wiesbaden, September 2008). In die gleiche Richtung weist auch, dass die Teilzeitarbeit (Tab. 9) weitaus stärker zunahm als die Gesamtbeschäftigung. Fast die Hälfte des Arbeitsplatzgewinnes von 2006 auf 2007 ging auf das Konto der Teilzeitarbeit. Am 30.6.2007 gab es in Niedersachsen 454 000 sozialversicherungspflichtige Teilzeitkräfte, ein Anteil von 19,3 % (Deutschland: 17,8 %).

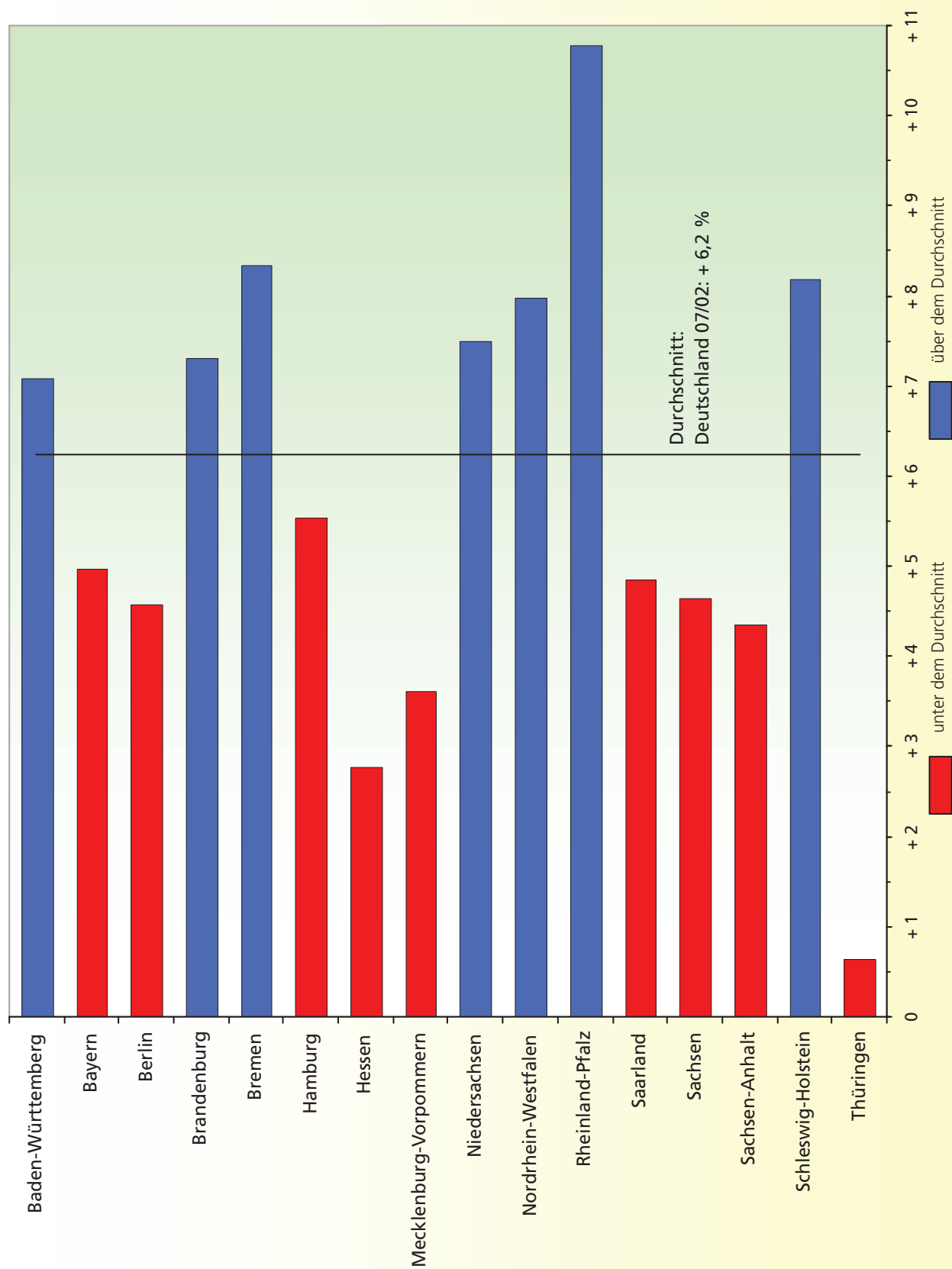
Kräftiger Abbau der Arbeitslosigkeit – Zahl der Arbeitslosen sinkt unter 300 000

Im Juni 2008 waren in Niedersachsen 292 691 Menschen ohne Arbeit (Tab. 10). Das entspricht einer Arbeitslosenquote der abhängig Beschäftigten von 8,2 %. Sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die Arbeitslosenquote verringerten sich gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt stark: Die Quote sank um 1,3 Punkte, die absolute Zahl der Ar-

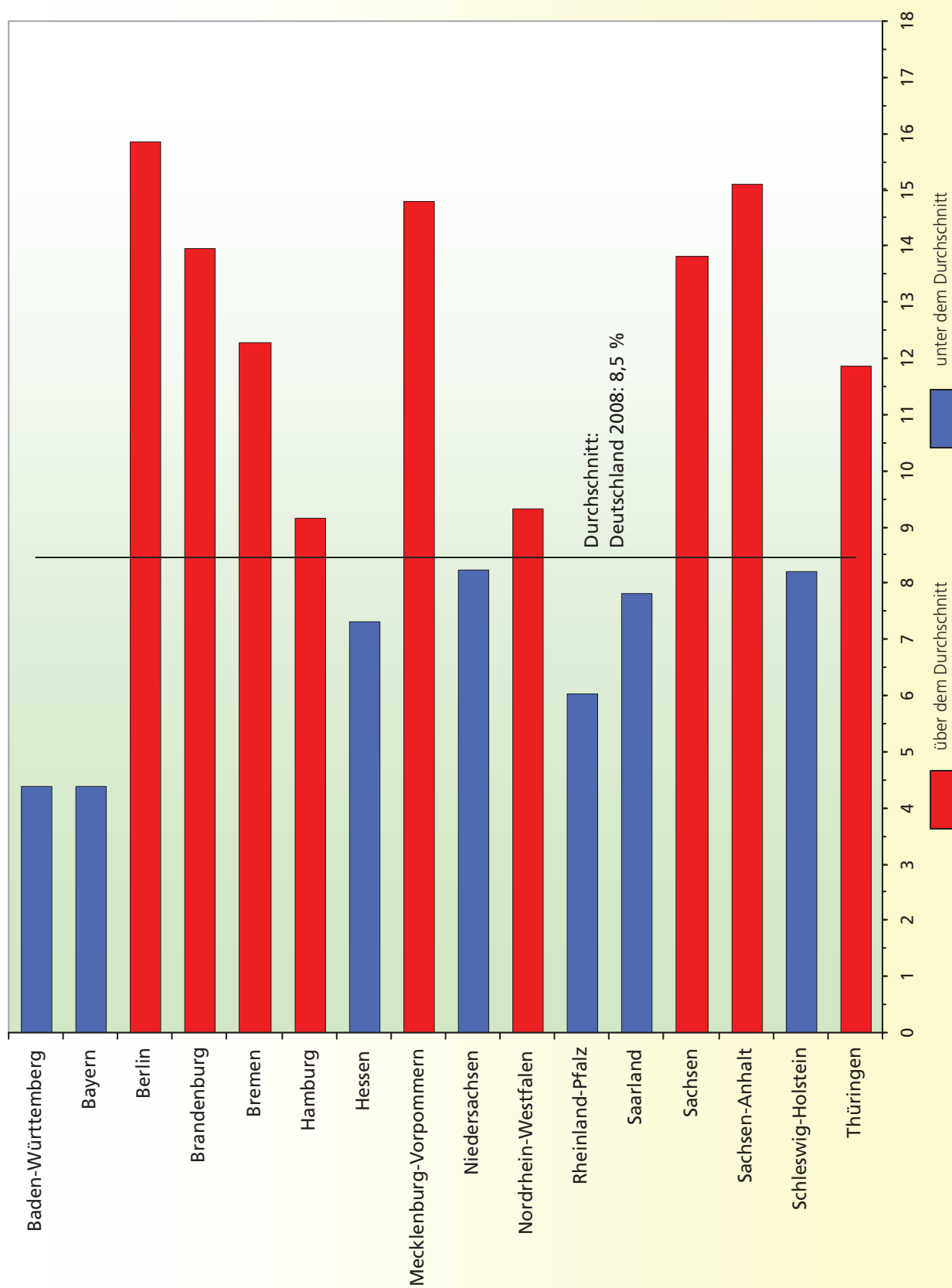
Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen 2002 bis 2007



Veränderung der Zahl der erwerbstätigen Frauen 2002 bis 2007



Arbeitslosenquote am 30.6.2008



beitslosen ging um 13,7 % bzw. 46 475 Personen zurück. Erstmals in diesem Jahrtausend lag die Arbeitslosenzahl im Juni unterhalb der 300 000-Grenze. Dies ist ein bemerkenswerter Erfolg, der einerseits auf die günstige Konjunktur, andererseits aber auch auf die z. T. umstrittenen Arbeitsmarktreformen („Hartz-Gesetze“) der letzten Bundesregierung zurückzuführen ist.

Niedersachsens Arbeitsmarktwerte stellen sich im Bundesländer-Vergleich wie meist als durchschnittlich und unspektakulär dar. Die Arbeitslosenquote des Landes von 8,2 % liegt etwas günstiger als die gesamtdeutsche von 8,5 %, andererseits sind die Arbeitslosenzahlen kurz- wie mittelfristig in Niedersachsen etwas weniger stark zurückgegangen als bundesweit. Das ist vor allem auf den nach wie vor vorhandenen Ost-West-Strukturbruch zurückzuführen: Alle ostdeutschen Länder weisen einerseits im Bundesvergleich deutlich überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten auf, andererseits ist in Ostdeutschland die Zahl der Arbeitslosen erfreulicherweise mittelfristig stärker zurückgegangen als im Westen.

Das Südwest-Nordost-Gefälle hat sich damit immerhin nicht weiter erhöht, bleibt aber existent. Bemerkenswert sind vor allem die sehr guten Werte für Baden-Württemberg und Bayern mit Arbeitslosenquoten von nur noch 4,4 %. Diese hatten schon im Vorjahr die günstigsten Arbeitsmarktwerte und konnten zugleich ihre Arbeitslosenzahlen abermals überdurchschnittlich abbauen. Niedersachsens Nachbar-Stadtstaaten Bremen (12,3 %) und Hamburg (9,2 %) wiesen höhere Quoten auf als die sie umgebenden Flächenländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit jeweils 8,2 %.

Jugendarbeitslosigkeit sinkt besonders stark

Unter den knapp 293 000 Arbeitslosen im Juni 2008 waren 27 598 jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahre (Tab. 11). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen lag damit in Niedersachsen bei nur noch 6,4 %. Dieser Wert liegt exakt im Bundesdurchschnitt, aber um 1,6 Prozentpunkte unter dem des Vorjahres (seinerzeit 8,0). Die besten Werte weisen wie häufig Baden-Württemberg (2,6 %) und Bayern (2,9 %) auf, die höchste Quote hat Berlin mit 14,2 %. Bundesweit sank die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen mittelfristig um - 36,0 % und kurzfristig um - 17,0 %; die Entwicklung in Niedersachsen verlief ähnlich.

Auch Frauenarbeitslosigkeit nimmt ab, aber weniger stark

Auch die Frauenarbeitslosigkeit nahm im Berichtszeitraum ab, aber nicht so stark wie die der Männer. Vom Konjunkturaufschwung profitieren derzeit die Männer mehr als die Frauen. Die Arbeitslosenquote der Frauen lag im Juni 2008 in Niedersachsen bei 8,6 % und damit leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 8,7 % und auch unter dem Stand der Junimonate 2007 (10,0 %) bzw. 2003 (9,2 %). Aber: Die Quote der Frauen liegt deutlich über der Gesamtquote, und der Abbau der Arbeitslosenzahlen vollzieht sich bei den Frauen zumindest mittelfristig langsamer. Im mittelfristigen Vergleich sank die Zahl arbeitsloser Frauen in Niedersachsen „nur“ um 4,8 %. Im Juni 2008 waren 49,9 % aller niedersächsischen Arbeitslosen weiblichen Geschlechts. Fünf Jahre zuvor lag der Frauenanteil erst bei 42,1 %.

Wirtschaft und Einkommen

Wirtschaftsleistung steigt um 2 % – geringe Wachstumsunterschiede zwischen den Ländern

Niedersachsens Gesamtwirtschaft wuchs im Jahr 2007 real um + 2,0 %. In jeweiligen Preisen erreichte damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) einen Wert von 206,6 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anteil von 8,5 % an Deutschland (Tab. 13); Niedersachsen liegt damit – gemessen an seiner Wirtschaftsleistung – hinter Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen auf Platz 5 der 16 Bundesländer. Die Produktivität (BIP pro Erwerbstätigen) lag 2007 in Niedersachsen weiterhin deutlich niedriger als in Deutschland insgesamt: Niedersachsens Wert von 57 729 Euro lag um 6,1 % unter dem bundesdeutschen Vergleichswert.

Im Wirtschaftswachstum lagen die Länder 2007 nah beieinander: Bundesweit wuchs das BIP real um + 2,5 %; die höchsten Zuwachsraten von jeweils + 2,8 % hatten die Länder Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg, der niedrigste Wert trat mit + 1,4 % in Schleswig-Holstein auf. Hier gibt es also keine wirklich nennenswerten Unterschiede.

Im Fünfjahresvergleich zu 2002 sind regionale Unterschiede schon deutlicher erkennbar. Bundesweit wuchs das BIP in diesem Zeitraum um + 7,1 %, wobei das Wachstum im Westen (+ 7,5 %) höher war als das des Ostens (+ 5,1 %). In diesem Zeitraum musste allein das Land Berlin mit real - 0,3 % eine Abnahme des BIP verkraften. Auf der anderen Seite stehen Bayern (+ 10,5 %) und das Saarland (+ 10,0 %) mit zweistelligen Wachstumsraten. Niedersachsen hält mittelfristig mit + 8,0 % eine Position im vorderen Mittelfeld, leicht günstiger als der Bundesdurchschnitt.

Zum Verständnis der Tabellen 13, 15, 16 und 17, die alle aus der Entstehungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) der Länder stammen, ist eine methodische Anmerkung nötig: Die VGR stellt keine langfristigen preisbereinigten Daten über das BIP und die Bruttowertschöpfung mehr zur Verfügung, sondern nur noch Nachweisungen „in jeweiligen Preisen“. Auf diesen Daten basieren die Rohdaten und auch die Beziehungszahlen und Quoten (z.B. BIP pro Erwerbstätigen; Anteil an Deutschland) dieser Tabellen. Die kurz- und mittelfristigen Veränderungsraten stellen aber reale Veränderungsraten dar, bei denen die Wirkung der reinen Preisbewegungen rechnerisch eliminiert wurde. Nur so kann die reale wirtschaftliche Entwicklung adäquat abgebildet werden.

Jobentwicklung: Kurzfristig kaum Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern – 3,6 Mio. Arbeitsplätze in Niedersachsen

Die Zahl der Arbeitsplätze in Niedersachsen stieg binnen Jahresfrist um + 1,6 % auf 3,6 Mio. (Tab. 14). Diese Ent-

wicklung verlief nahezu im Gleichschritt aller Bundesländer, und es gibt kaum nennenswerte regionale Unterschiede. Bundesweit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um + 1,7 %, wobei die Entwicklungsspanne zwischen + 2,2 % (Berlin) und + 1,0 % (Saarland) liegt. Niedersachsen liegt, wie auch beim BIP, im für das Land typischen Mittelfeld.

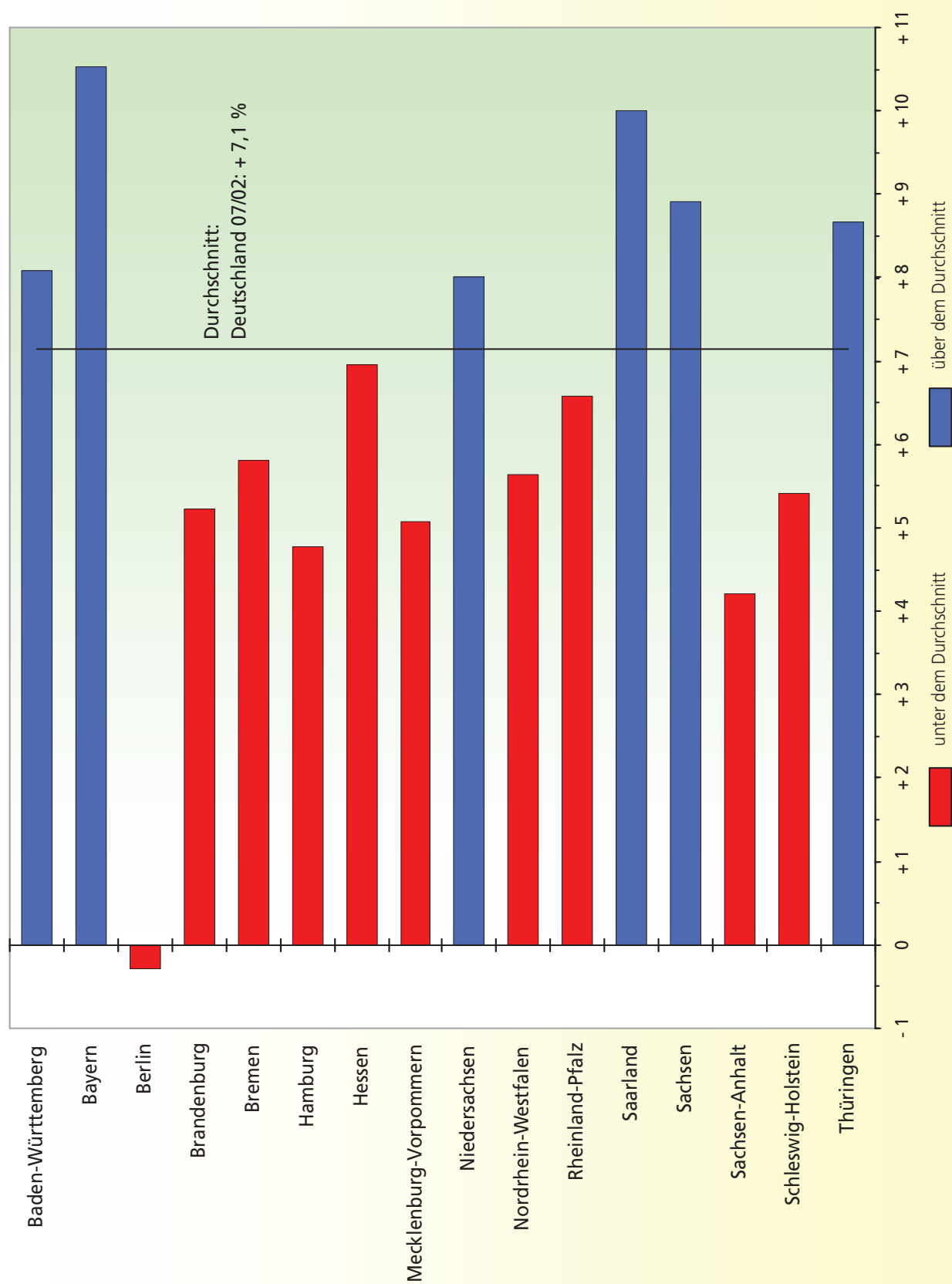
Der Begriff des „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 13 und 14 im Kapitel „Wirtschaft und Einkommen“ verwendet wird, ist nicht identisch mit dem „Erwerbstätigen“, wie er in den Tabellen 7 und 8 im Kapitel „Erwerbstätigkeit“ gebraucht wird. Die „Erwerbstätigen“ der Tabellen 7 und 8 werden *am Wohnort* gezählt; diese Daten stammen aus dem Mikrozensus, der großen Haushalts- und Bevölkerungsstichprobe. Dies sind *bevölkerungsstatistische* Daten, die sich seit dem Berichtsjahr 2005 auf einen Jahresdurchschnitt beziehen; bis dahin galten sie für einen Monat des Frühjahrs. Demgegenüber beziehen sich die Erwerbstätigendaten aus den Tabellen 13 und 14 auf die Erwerbstätigen *am Arbeitsort*; sie geben die Situation im Jahresdurchschnitt 2007 wieder und stammen aus der *Erwerbstätigenrechnung*. Dieses Rechenmodell versucht, ähnlich wie die konzeptionell eng verwandten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, ein Gesamtbild des „Faktors Arbeit“ in sektoraler und regionaler Verteilung zu erstellen. Es sind somit im eigentlichen Sinne wirtschafts-, keine bevölkerungsstatistischen Daten. Je nach Fragestellung und Erkenntnisinteresse ist mal die eine, mal die andere Datenquelle sachadäquat. Will man wissen, wie viele der niedersächsischen Einwohner erwerbstätig sind, greift man zu den Mikrozensusdaten. Will man wissen, wie viele Arbeitsplätze es in Niedersachsen gibt, nimmt man die Daten der Erwerbstätigenrechnung.

Mittelfristig gibt es aber sehr wohl Entwicklungsunterschiede zwischen den Ländern. Im Vergleich zu 2002 stieg die Zahl der Arbeitsplätze bundesweit um + 1,6 %; Niedersachsens Wert von + 2,0 % ist etwas besser. Drei ostdeutsche Länder weisen im Vergleichszeitraum Arbeitsplatzverluste auf; überhaupt blieben hier die ostdeutschen Länder (zusammen + 0,9 %) hinter Westdeutschland (+ 1,8 %) zurück. Auf der anderen Seite stehen die Stadtstaaten Berlin (+ 3,9 %) und Hamburg (+ 3,5 %) an der Spitze der Skala.

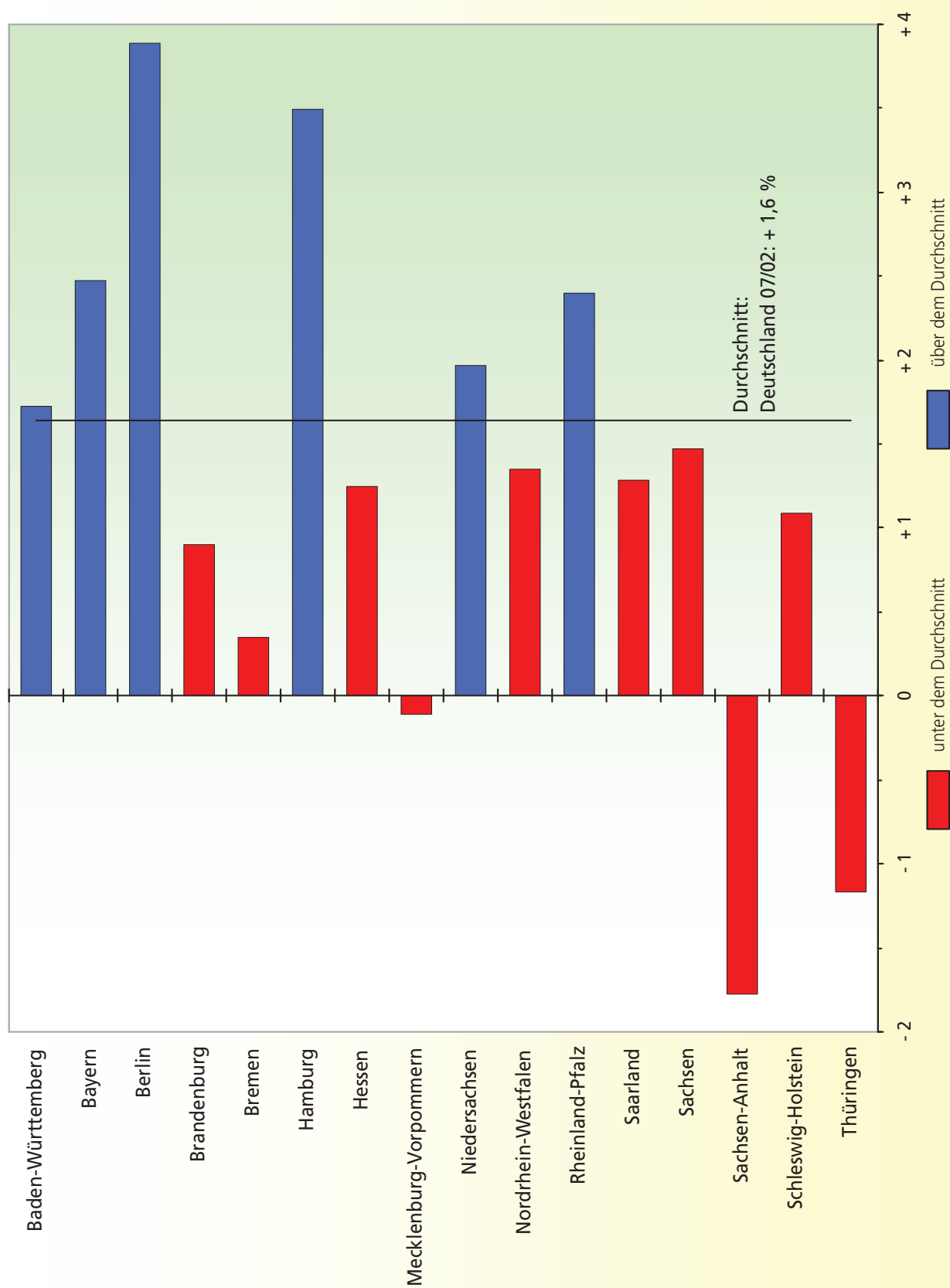
Hochproduktive Landwirtschaft bleibt eines der Standbeine des Landes

In der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei Niedersachsens wurde 2007 eine Bruttowertschöpfung (BWS) von knapp 3,1 Mrd. Euro erzielt (Tab. 15). Niedersachsen ist damit „Agrarland Nr. 2“ hinter Bayern mit einer Wertschöpfung von etwas über 4 Mrd. Euro. Die Wirtschafts-

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2002 bis 2007 in Prozent



Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort 2002 bis 2007



leistung der Landwirtschaft stieg kurzfristig um + 3,5 und mittelfristig um + 11,4 %; beide Wachstumsraten lagen deutlich über den entsprechenden Zuwachsraten im Bundesdurchschnitt.

Die Bedeutung und Struktur der niedersächsischen Landwirtschaft lässt sich an drei Kennziffern der Tabelle 15 klar ablesen: Auf Niedersachsen entfallen 15,3 % der bundesdeutschen Wertschöpfung dieses Sektors. Die Arbeitsproduktivität (BWS je Erwerbstätigen) liegt bei 26 178 Euro pro Jahr und damit um 11,6 % höher als der nationale Durchschnitt und übrigens auch deutlich über der entsprechenden bayerischen Kennzahl von 21 162: Bayerns Landwirtschaft ist immer noch stark durch relativ kleine Betriebe gekennzeichnet, während sie in Niedersachsen z. T. durch industrielle Strukturen gekennzeichnet ist. Dieser Sektor erwirtschaftet scheinbar nur noch 1,7 % der gesamten Wertschöpfung des Landes, aber dies ist fast doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt von 0,9 %. Außerdem ist damit die wirtschaftliche Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei noch längst nicht erschöpft, denn sie stellt die Rohstoffe und Grundprodukte für zahlreiche weiterverarbeitende Gewerbe und Industrien dar und wird künftig aufgrund steigender Rohstoff- und Energiepreise an Bedeutung eher noch zunehmen.

Ein knappes Drittel der Wirtschaftsleistung wird im Produzierenden Gewerbe erbracht ...

Das Produzierende Gewerbe erzielte 2007 in Niedersachsen eine Wirtschaftsleistung von 56,6 Mrd. Euro (Tab. 16). Zum Produzierenden Gewerbe gehören das Verarbeitende Gewerbe, der Bergbau, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Bauwirtschaft. 30,6 % der gesamten BWS Niedersachsens, also knapp ein Drittel, werden von diesem industriellen Sektor erbracht.

Jeder Erwerbstätige dieses Sektors erwirtschaftete 2007 eine BWS von im Schnitt 64 442 Euro. Damit liegt die Produktivität in Niedersachsen ziemlich exakt im Bundesdurchschnitt von 64 648. Auffällig sind die nach wie vor hohen Produktivitätsunterschiede zwischen Ost (51 778 Euro) und West (67 158 Euro).

Die BWS nahm in Niedersachsen im Vorjahresvergleich real um + 3,3 % zu; diese Wachstumsrate liegt leicht unter der Deutschlands (+ 4,9 %). Zuwächse hatten hier alle Länder, die höchsten traten mit + 9,0 % in Mecklenburg-Vorpommern auf. Mittelfristig sind die Entwicklungsunterschiede deutlicher: In Niedersachsen lag die BWS 2007 um + 8,1 % höher als 2002. Dieser Zuwachs war aber deutlich geringer als der bundesweite von + 14,0 %. Die Spannweite unter den Ländern reicht hier von - 1,6 % (Hamburg) bis + 28,9 % (Sachsen).

... und mehr als zwei Drittel erwirtschaftet der Dienstleistungssektor

Gut zwei Drittel der Wirtschaftsleistung, exakt sind es in Niedersachsen 67,8 %, werden im Dienstleistungssektor erbracht (Tab. 17). Zu diesem Sektor gehören

- Handel, Gastgewerbe und Verkehr
- Banken und Versicherungen
- Unternehmensnahe Dienstleistungen einschließlich des Immobiliensektors
- öffentliche und private Dienstleister unter Einschluss des Gesundheitswesens und des Staates.

Von diesem Sektor gingen langfristig die stärksten Wachstumsimpulse aus, aber seit dem Jahr 2006 liegen die Wachstumsraten der BWS des industriellen Sektors höher als die des Dienstleistungssektors. Die BWS stieg im Jahresvergleich in Niedersachsen um + 1,9 % und bundesweit um + 2,0 %. Auch hier liegen die Bundesländer kurzfristig eng beieinander, denn in der günstigen Konjunktur des Jahres 2007 gab es überall Zuwächse. Diese lagen zwischen + 3,5 % in Hamburg und + 0,4 % in Thüringen.

Mittelfristig spreizen sich die regionalen Entwicklungspfade stärker. Sie liegen in der Spannweite zwischen + 9,4 % in Niedersachsen und - 0,6 % in Sachsen-Anhalt. Niedersachsen ist in der mittelfristigen Entwicklung der Spitzenreiter aller 16 Länder. Bundesweit betrug der Zuwachs + 5,9 %, wobei die westdeutschen Länder deutlich besser als die ostdeutschen abschnitten.

Pleitetwelle ebbt weiter ab – 16 % weniger Firmenzusammenbrüche

Im Jahr 2007 registrierten die Gerichte in Niedersachsen 2 507 Firmenzusammenbrüche (Tab. 18). Das waren - 16,4 % weniger als im Vorjahr und auch - 6,5 % weniger als 2002. Die Pleietwelle hatte im Jahr 2005 ihren Höhepunkt erreicht mit seinerzeit 3 290 Unternehmensinsolvenzen. Die Insolvenzquote (Insolvenzen je 10 000 bestehende Unternehmen) sank von 107,3 im Jahr 2002 auf 93,8 im vergangenen Jahr. Sie lag damit fast exakt im Bundesdurchschnitt von 94,1.

Im mittelfristigen Ländervergleich 2007 zu 2002 ergibt sich nur für das Saarland und marginal für Nordrhein-Westfalen eine Zunahme der Zahl der Firmenzusammenbrüche. In allen anderen Ländern, vor allem im Osten, gibt es drastische, meist zweistellige Abnahmeraten. Der Rückgang von - 6,5 % in Niedersachsen fällt verglichen mit Deutschland (- 22,4 %) und auch Westdeutschland (- 12,7 %) gering aus. Erst im vergangenen Jahr waren die Werte für Niedersachsen besser als im Bundesdurchschnitt.

Kleine und mittlere Unternehmen überdurchschnittlich stark vertreten – knapp 41 % der Umsätze

Laut Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik gab es 2006 in Niedersachsen 267 156 Unternehmen, die „Lieferungen und Leistungen“ (ein steuerrechtlicher Begriff, der dem des Umsatzes sehr nahe ist; im Folgenden werden beide Begriffe synonym gebraucht) in Höhe von 431,6 Mrd. Euro erbrachten (Tab. 19 und 20). Die Zahl der Unternehmen stieg im Vorjahrsvergleich um 2,3 %, die Lieferungen und Leistungen um + 7,0 %. Die Entwicklung der Unternehmenszahlen und auch die der Umsätze verlief in Niedersachsen kurz- wie mittelfristig ohne Besonderheiten: Alle beobachteten Zuwachsraten liegen in etwa im Bundesrend.

Bemerkenswert ist aber eine Struktureigentümlichkeit, die eine hohe Konstanz aufweist: Die so genannten „KMU“ (= kleine und mittlere Unternehmen) sind in Niedersachsen stark vertreten. Als KMU gelten alle Unternehmen mit weniger als 50 Mio. Euro Jahresumsatz. In Niedersachsen gab es 2006 266 309 KMU, das sind 99,7 % aller Unternehmen. Nur 0,3 % von allen sind Großunternehmen, und diese 0,3 % erzielen 59,4 % aller „Lieferungen und Leistungen“. Auf die KMU entfallen in Niedersachsen 40,6 % der Umsätze. Das ist im Bundesvergleich viel: deutschlandweit liegt der KMU-Anteil nur bei 38,3 %, wobei dieser im Osten mit 59,0 % relativ hoch ist und im Westen bei 36,3 % liegt; Großunternehmen sind eben nach wie vor in Ostdeutschland unterrepräsentiert. Der KMU-Anteil ist in Hamburg mit 18,6 % am niedrigsten. Mittelständische Unternehmen haben damit in Niedersachsen ein relativ hohes Gewicht. Darin liegt eine Chance, denn manchmal können diese schneller und anpassungsfähiger reagieren als Großkonzerne und sind darum oft innovativer und außerdem regional stärker verwurzelt als diese.

Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes steigt binnen fünf Jahren fast um ein Drittel

Die Daten, die der Tabelle 21 zugrunde liegen, stammen bis Berichtsjahr 2006 aus dem Monatsbericht im Verarbeitenden Gewerbe. Dieser erfuhr ab Januar 2007 eine Berichtskreisänderung, um die Wirtschaft von statistischen Berichtspflichten zu entlasten. Es sind ab diesem Zeitpunkt nicht mehr Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten berichtspflichtig, sondern nur noch Betriebe ab 50 Beschäftigte. Der Monatsbericht wird aber durch eine Jahreserhebung ergänzt, in der auch diejenigen Betriebe, die monatlich nicht mehr berichten müssen, jährlich ihre Umsätze und Auslandsumsätze melden müssen. Aus dieser Datenquelle, einer Zusammenführung von Monats- und Jahreserhebung, stammen die Daten für 2007. Sie sind mit den Daten der Vorjahre im Wesentlichen vergleichbar.

Die Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe Niedersachsens erzielten im Jahr 2007 Umsätze in Höhe von gut 179 Mrd. Euro (Tab. 21). Fast 76 Mrd. davon waren Auslandsumsätze. Das bedeutet, dass die Industrie des Landes ca. 42 % ihrer Umsätze im Verkehr mit dem Ausland erwirtschaftet. Gegenüber dem Vorjahr legten Niedersachsens Betriebe um + 5,4 % zu; diese Steigerungsrate lag leicht niedriger als die bundesdurchschnittliche von + 6,5 %.

Im Fünfjahresvergleich ergab sich für Niedersachsens Industrie eine klar überdurchschnittliche Zuwachsrate von + 32,3 % (Deutschland: + 27,6 %). Besonders starke Zuwächse konnte Sachsen-Anhalt mit + 79,6 % verzeichnen. Die überdurchschnittlichen Umsatzzuwächse Niedersachsens im Verarbeitenden Gewerbe bei zugleich leicht unterdurchschnittlichem mittelfristigem Wachstum der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe (vgl. Tab. 16) lassen sich durch eine Verringerung der Wertschöpfungstiefe im Verarbeitenden Gewerbe, dem wichtigsten Bereich des Produzierenden Gewerbes, erklären.

Umsatzrückgänge im Bauhauptgewerbe

Die Umsätze im Bauhauptgewerbe Niedersachsens (Tab. 22) beliefen sich im Jahr 2007 auf ca. 8,5 Mrd. Euro, das waren 10,3 % der Umsätze des gesamten Bundesgebiets. Die Umsätze gingen im Vorjahresvergleich um - 2,7 % zurück (Deutschland: - 0,6 %). Auch im Fünfjahresvergleich gab es für Niedersachsens Bauhauptgewerbe Einbußen, allerdings fielen diese mit - 1,5 % deutlich moderater als im Bundesdurchschnitt von - 6,0 % aus. Mittelfristig konnte einzig Rheinland-Pfalz ein leichtes Umsatzplus von + 0,9 % erreichen, so dass Niedersachsens moderater Rückgang noch das zweitbeste Ergebnis aller Länder ist. Die Rückgänge gehen vor allem auf eine gesunkene Nachfrage im Wohnungs- und Straßenbau zurück. Die Daten für das Jahr 2008 signalisieren übrigens eine deutliche Besserung.

Im Ländervergleich durchschnittliche Zuwächse im Tourismus

Im Jahr 2007 registrierte die Tourismusstatistik 35,9 Mio. Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben ab 9 Betten und auf Campingplätzen (Tab. 23) in Niedersachsen. Das waren 2,9 % mehr als im Vorjahr. Nach den leichten Zuwächsen im Jahr 2006 konnten damit die Rückgänge der Vorjahre wieder wettgemacht werden. Das Übernachtungsvolumen des Landes hat damit den Stand des Jahres 2002 wieder erreicht.

Im Vergleich der Bundesländer konnte Ostdeutschland kurz- wie mittelfristig deutlich stärker als Westdeutschland zulegen. Außerdem entwickelt sich weiterhin der Städtetourismus überdurchschnittlich. Spitzenreiter in der mittelfristigen Entwicklung ist Berlin (+ 55,2 %) vor Sachsen-An-

halt und Sachsen. Die geringsten Zuwächse im Fünfjahresvergleich gab es in Rheinland-Pfalz, Bayern und eben in Niedersachsen (+ 0,0 %). Im kurzfristigen Vorjahresvergleich ist ebenfalls Berlin vorne (+ 8,6 %), Niedersachsens Zuwachs von 2,9 % liegt in etwa im Bundesdurchschnitt (+ 3,0 %).

Unter den 35,9 Mio. Übernachtungen des letzten Jahres waren gut 2,7 Mio. solche von Auslandsgästen, ein Zuwachs von knapp 5,0 % gegenüber 2006. Bundesweit betrug die Zuwachsrate nur 3,5 %. Damit hat Niedersachsen im Auslandstourismus Boden gut gemacht bzw. den Rückstand zu anderen verringert, denn ausländische Gäste sind hier weniger vertreten als in anderen Ländern. Von 100 ausländischen Gästeübernachtungen 2007 entfielen 5 auf Niedersachsen; gemessen an der Gesamtzahl aller Übernachtungen entfallen 10 von Hundert auf das Land. Hier hat Niedersachsen durchaus noch Potenzial für weitere Zuwächse.

Exporte steigen kräftig

Der Wert der Exporte Niedersachsens ins Ausland stieg 2007 auf 73,7 Mrd. Euro. Das waren 9,4 % mehr als im Vorjahr und sogar 51 % mehr als 2002 (Tab. 24). Damit entfielen 9,4 % der bundesdeutschen Exporte auf Niedersachsen; bei dieser Anteilsberechnung ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Teil der Exporte Deutschlands nicht nach Ländern aufteilbar ist. Der Anteilswert bezieht sich nur auf diejenigen Exporte aus Deutschland, für die regionale Informationen über den Exporteur vorliegen.

Die Steigerungsraten des Landes liegen leicht über den bundesdeutschen, aber klar über denen der westdeutschen Länder. Die Exporte Ostdeutschlands wachsen mit kurzfristig + 15,2 % von einer niedrigen Basis ausgehend überdurchschnittlich schnell, die westdeutschen Länder konnten im Schnitt + 8,2 % zulegen. Die größten Zuwachsraten traten in Sachsen und Brandenburg auf. Niedersachsen ist das viertgrößte Exportland Deutschlands. Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg weisen aber deutlich größere Exportwerte als Niedersachsen auf.

Verdienste in Niedersachsen unterdurchschnittlich – Reallöhne gesunken

Zunächst ist hier eine methodische Bemerkung erforderlich: Die Berichterstattung über die Verdienste der Arbeitnehmer insgesamt (Tab. 25) und der Arbeitnehmerinnen (Tab. 26) stützte sich bisher auf die „Laufende Verdiensterhebung“. Diese Erhebung wurde im Jahr 2007 neu konzipiert, und die ersten Ergebnisse, die für 2007 vorliegen, lassen aus verschiedenen Gründen keine Vergleichbarkeit mit den Daten der Vorjahre zu. Die Tabelle 26, die die Entwicklung der geschlechtsspezifischen Verdienstdiskrepan-

zen aufzeigt, konnte daher noch nicht aktualisiert werden. Sie wurde – wie auch ihre Kommentierung – unverändert aus dem Niedersachsen-Monitor 2007 übernommen. Ab dem Monitor 2009 wird diese Tabelle voraussichtlich wieder aktualisiert werden können auf Basis von Zeitreihen, die dann zunächst nur die Jahre 2007 und 2008 umfassen.

Die Tabelle 25, die die Gesamtentwicklung der Verdienste darstellt, wurde – um eine aktuelle Darstellung weiter zu gewährleisten – einer ganz anderen Datenquelle entnommen, nämlich den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder. Während die neue Vierteljährliche Verdiensterhebung sich konzentriert auf die Ermittlung der Verdienste nach bestimmten ausgewählten Branchen, Geschlecht und Leistungsgruppen, blicken die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf die Gesamtwirtschaft. Die Tabelle stellt die Entwicklung der Pro-Kopf-Bruttojahresverdienste der Arbeitnehmer dar, und zwar *aller* Arbeitnehmer in *sämtlichen* Branchen. Insofern ist sie sogar umfassender als die entsprechenden Tabellen in früheren Ausgaben des *Niedersachsen-Monitors*. Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sowie die mit diesem Rechensystem eng verwandte Erwerbstätigenrechnung der Länder stellen somit jetzt das Datenmaterial für die sechs Tabellen 13 bis 17 und 25.

Das Bruttoeinkommen lag im Jahr 2007 in Niedersachsen bei 31 787 Euro pro Arbeitnehmer. Im Bundesvergleich ist das klar unterdurchschnittlich: Im nationalen Durchschnitt liegt der Verdienst bei 33 474 Euro, und der Wert Niedersachsens erreicht 95,0 % davon. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt hat sich im Laufe der Jahre sogar erhöht, und zwar von 3,8 % 2002 über 4,2 % 2006 auf 5,0 % im Jahr 2007.

Die höchsten Verdienste werden derzeit mit 38 869 Euro in Hamburg erreicht, die niedrigsten mit 25 621 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Zwischen Ost- und Westdeutschland gibt es nach wie vor eine Verdienstkluft, die sich nicht schließt. Im Gegenteil: 2002 lagen die Westverdienste um 23,1 % über den Ostlöhnen, 2007 waren es sogar 23,4 %.

Niedersachsens Arbeitnehmer verdienten 2007 brutto + 0,1 % mehr als 2006 und 2,6 % mehr als 2002. Lässt man einmal die Wirkung steuerlicher Effekte außer Acht und setzt nur die Inflationsrate dagegen, lässt sich eine klare Senkung der Reallöhne erkennen. Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (2005 = 100) lag im Jahresdurchschnitt 2002 bei 95,9, im Jahresdurchschnitt 2006 bei 101,6 und 2007 bei 103,9. Von 2006 auf 2007 stiegen die Preise damit um + 2,3 % und von 2002 auf 2007 um 8,3 %. Der mittelfristigen Lohnsteigerung um 2,6 % steht also eine Preissteigerung von 8,3 % gegenüber; der kurzfristige Verdienstzuwachs von 0,1 % wird von einer Inflationsrate von 2,3 % mehr als aufgeessen.

Verdienstrückstand der Frauen hat sich 2006 leicht verringert

Der Verdienstrückstand der weiblichen Arbeitnehmer (Tab. 26) gegenüber ihren männlichen Kollegen verringerte sich bis Oktober 2006 auf „nur noch“ 21,1 % in Niedersachsen. 2001 waren die Frauen noch um 22,4 % zurück. Die Frauenverdienste stiegen im Lande mit + 1,4 % etwas schneller als die der Männer; diese + 1,4 % blieben aber hinter der bundesdeutschen Zuwachsrate von + 2,0 % zurück. Eine vollbeschäftigte Arbeitnehmerin verdiente im Oktober 2006 in Niedersachsen im Schnitt 2 452 €; bundesweit waren es 2 600 €.

Eindrucksvoll zeigt sich in einem bestimmten Detail die lange Dauer von gesellschaftlichen Strukturen, wenngleich eine genaue Analyse der Ursachen geschlechtsspezifischer Verdienstdifferenzen an dieser Stelle nicht möglich ist: Während im Westen der Verdienstabstand von Frauen zu Männern 20,2 % beträgt (also in etwa der Wert, den auch Niedersachsen aufweist), beträgt er im Osten mit - 11,7 % nur die Hälfte. Zwar verdienen westdeutsche Frauen mehr als ostdeutsche, aber die ostdeutsche, aus DDR-Zeiten stammende Tradition einer starken Frauenerwerbstätigkeit, die nicht durch längere Babypausen unterbrochen wurde, wirkt weiter fort. Übrigens hat sich auch in Ostdeutschland die geschlechtsspezifische Verdienstdifferenz im Untersuchungszeitraum weiter verringert.



Innovation

Gewerbeanmeldungen gehen zurück, Zahl der Abmeldungen steigt

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen stieg in Niedersachsen, auch in Folge der Arbeitsmarktreformen („Ich AG“, Existenzgründerdarlehen), bis zum Jahr 2004 auf seinerzeit gut 84 000 an. Seit diesem Höchststand ist die Zahl Jahr für Jahr rückläufig, gleichzeitig steigt die Zahl der Abmeldungen von Gewerben.

Im Jahr 2007 standen in Niedersachsen 73 703 Gewerbeanmeldungen 60 766 Gewerbeabmeldungen gegenüber (Tab. 27 und 28). Natürlich steigt zwangsläufig die Zahl der Gewerbeabmeldungen, wenn die der Anmeldungen zunimmt, denn nicht jede Existenzgründung führt zum Erfolg, und es ist auch evident, dass es weiterhin deutlich mehr An- als Abmeldungen gibt. Dennoch ist es ein Zeichen einer abnehmenden Innovationsbereitschaft, wenn seit nunmehr drei Jahren die Anmeldungen zurückgehen und zugleich die Abmeldungen zunehmen.

Die Entwicklung ist bei den Gewerbeanmeldungen im Bundesvergleich sehr ähnlich, die mittel- und kurzfristigen Veränderungsraten (Tab. 27) von Deutschland und Niedersachsen liegen eng beieinander. Die Anmeldungsintensität (Anmeldungen je 1 000 Einwohner) ist in Niedersachsen mit 9,2 weiterhin unterdurchschnittlich (Deutschland: 10,3). Die Länderwerte streuen zwischen 13,0 (Berlin) und 7,4 (Sachsen-Anhalt), wobei allgemein die Intensität in Westdeutschland höher als die im Osten ist.

Investitionstätigkeit der Industrie weiter rückläufig

Im Jahr 2006 investierten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Niedersachsen nur noch 3,7 Mrd. Euro (Tab. 29). Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Rückgang um - 10,7 %; damit trat 2006 das dritte Mal in Folge eine rückläufige industrielle Investitionstätigkeit auf – man muss in der Zeit 11 Jahre bis 1995 zurückgehen, um eine ähnlich niedrige Gesamtsumme unter 3 Mrd. Euro vorzufinden.

Bundesweit gab es kurzfristig einen anderen Trend: Deutschlandweit stiegen die Investitionen von 2005 auf 2006 um + 6,7 %; mittelfristig war eine ähnliche Verringerung wie in Niedersachsen aufgetreten. Alles in allem lag die Investitionstätigkeit pro Beschäftigten im Jahr 2005 in Niedersachsen noch deutlich (+ 4,4 %) *über* dem Bundesdurchschnitt, im Jahr 2006 lag sie ebenso deutlich *unter* dem Bundesdurchschnitt: bundesweit waren es 8 242 Euro pro Beschäftigten, Niedersachsens Wert lag mit 7 252 Euro um 12,0 Prozent darunter. Nur noch 7,6 % aller bundesdeutschen Investitionen entfallen auf Niedersachsen – das

ist der niedrigste Wert der letzten 16 Jahre. Im Ländervergleich ist auffällig, dass die Investitionsintensität Ostdeutschlands 53,8 % höher liegt als im Westen. Den Spitzenwert pro Beschäftigten erzielte Sachsen mit 14 197 Euro, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 12 814 Euro.

Zunahme der Auslandsinvestitionen, aber nur 2,8 % entfallen auf Niedersachsen

Ausländische Unternehmen hatten am Jahresende 2006 in Niedersachsen einen Bestand von insgesamt 16,6 Mrd. Euro investiert. Das waren 4,0 % mehr als ein Jahr zuvor und 45,8 % mehr als 2001 (Tab. 30). Diese Daten werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt und sind Bestandsdaten, keine Bewegungsdaten: Sie geben also den Gesamtwert der von ausländischen Unternehmen an Unternehmen mit Sitz in Niedersachsen getätigten Beteiligungen wieder.

Diese Daten zeigen in erster Linie das Tempo des Globalisierungsprozesses, der sich hier auch in einer wachsenden internationalen Kapitalverflechtung und mehr oder weniger freundlichen Unternehmensübernahmen zeigt. Sie zeigen aber auch im Vergleich der Bundesländer, dass sich die ausländischen Investoren in dieser Reihenfolge auf Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg konzentrieren. In diesen Ländern sitzen die meisten Zentralen großer Unternehmen, und in Hessen sitzen – konzentriert in und um den Finanzplatz Frankfurt – große Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Die Auslandsinvestitionen werden am Unternehmenssitz, nicht bei den örtlichen Zweigniederlassungen gebucht. Auf Niedersachsen – das nicht eben reich ist an Konzernzentralen – entfallen nur 2,8 % der Auslandsinvestitionen, auf Ostdeutschland insgesamt nur 5,5 %.

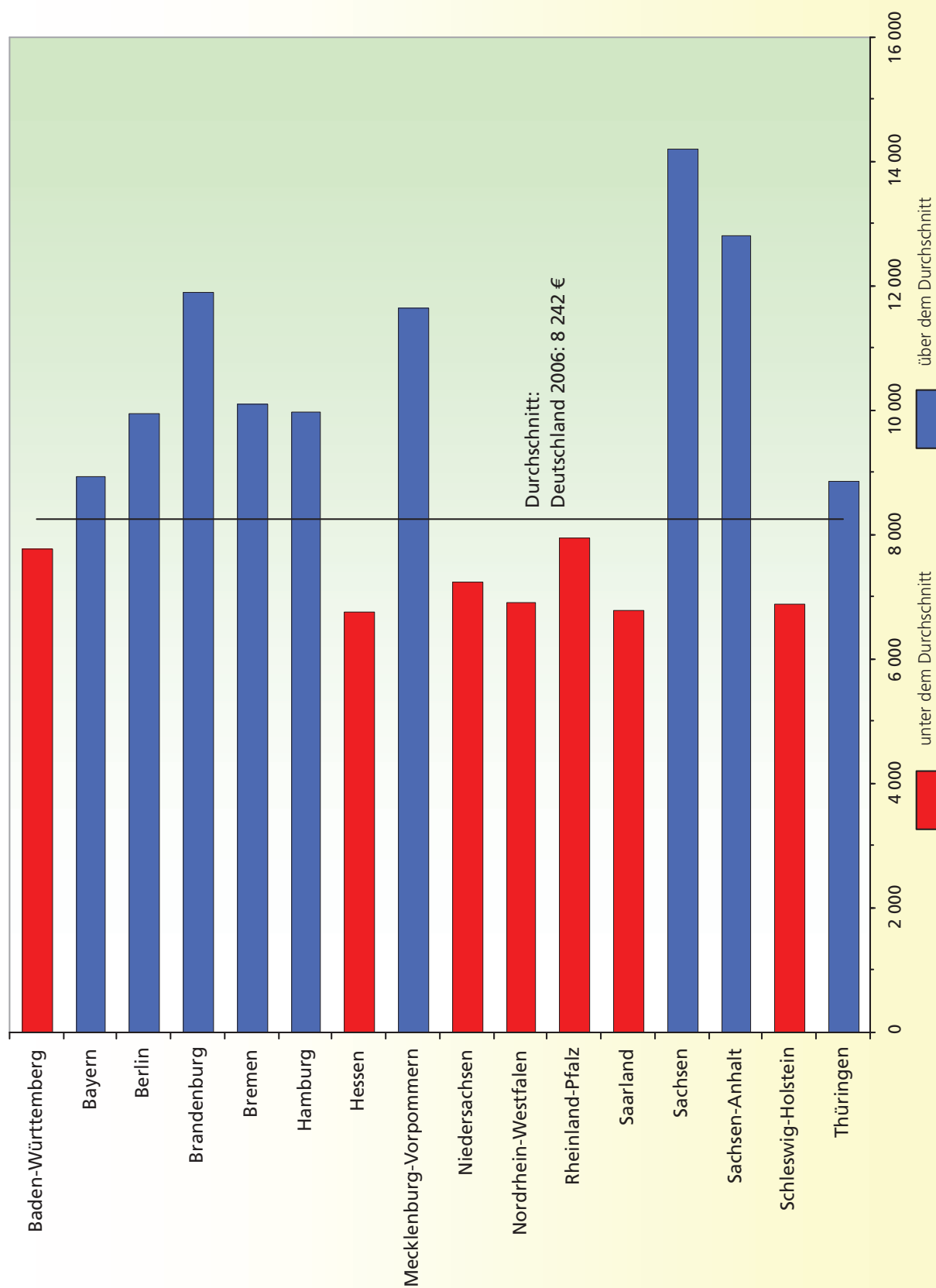
Umgekehrt hatten übrigens niedersächsische Unternehmen im Ausland am Jahresende 2006 Investitionen im Wert von 48,2 Mrd. Euro getätigt, also etwa dreimal so viel wie umgekehrt das Ausland in Niedersachsen investierte.

Rückgang bei den Patentanmeldungen ist gestoppt

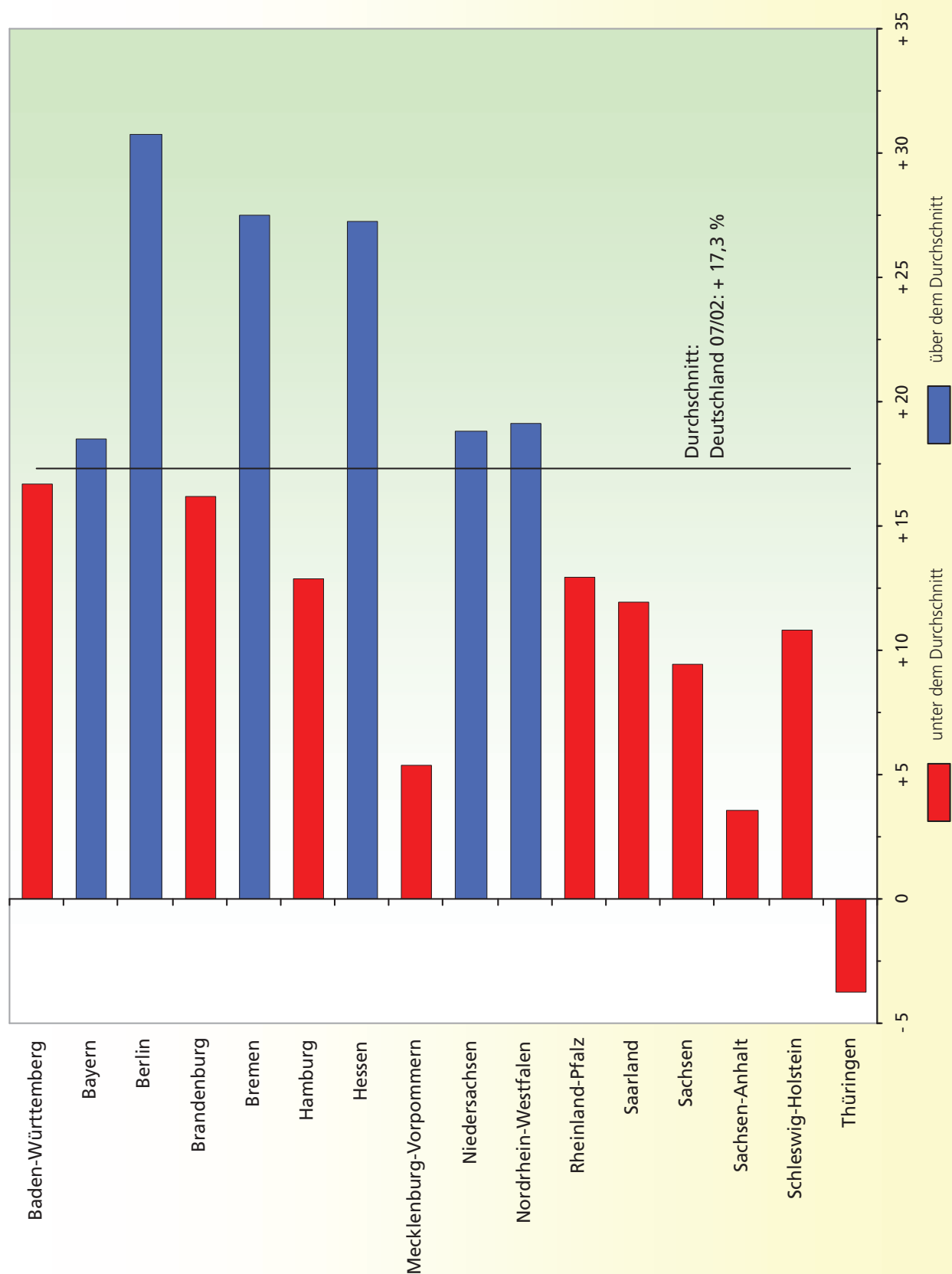
Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen 2 715 Erfindungen zum Patent angemeldet, ein Zuwachs von + 4,3 % im Vergleich zum Vorjahr (Tab. 31). Nach dem Rückgang im Vorjahr ist damit in etwa wieder der Stand des Jahres 2005 erreicht. Der Zuwachs im Jahr 2007 erfolgt gegen den Bundestrend, denn im nationalen Durchschnitt sank die Zahl der Patentanmeldungen im Vorjahresvergleich um - 0,3 %.

Investitionen in Euro je Beschäftigten 2006

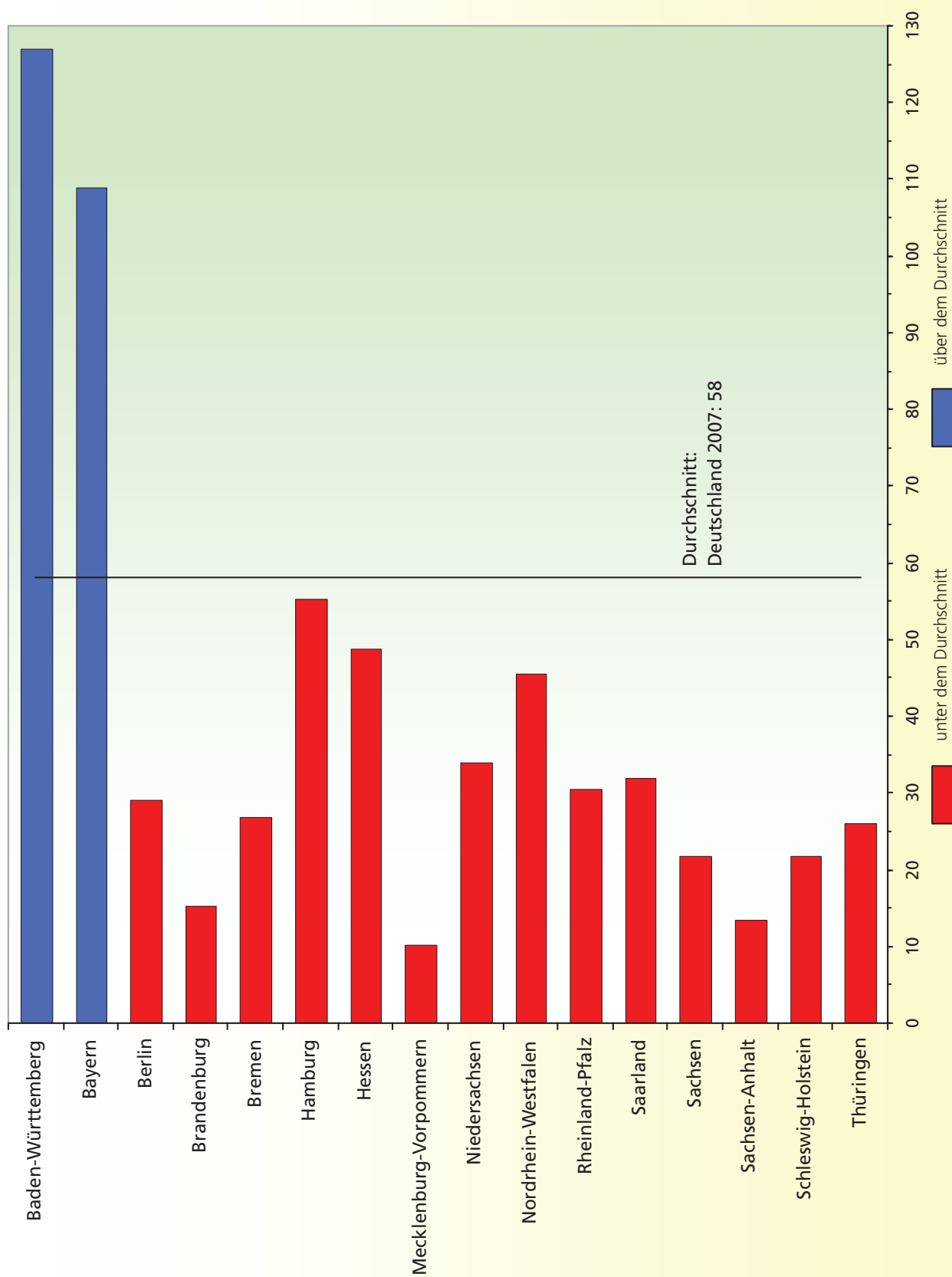
- Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden -



Veränderung der Zahl der Gewerbeanmeldungen 2002 bis 2007



Patentanmeldungen je 100 000 Einwohner 2007



Patentanmeldungen stehen am Ende eines Forschungs- und Entwicklungsprozesses; ob die Patente in die industriell-technologische Produktion und Praxis einmünden oder sich nicht am Markt durchsetzen ist bei der Patentanmeldung noch nicht sicher. Trotz dieser Einschränkungen ist die Zahl der Patentanmeldungen einer der wichtigsten Indikatoren für die Innovations- und technologische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von daher ist die Zunahme der Patentanmeldungen sehr positiv zu bewerten. Es darf aber dabei nicht übersehen werden, dass gerade bei den Patentanmeldungen ein extremes Südwest-Nord-

ost-Gefälle herrscht. 57 % aller Patentanmeldungen stammen aus Baden-Württemberg und Bayern, wo forschungsintensive Unternehmen und Einrichtungen konzentriert sind. Niedersachsen hält am Bundesergebnis gerade mal einen Anteil von 5,7 %. Die Patentanmeldungsintensität (Anmeldungen je 10 000 Einwohner) lag im Jahr 2007 bundesweit bei 58. Über diesem Durchschnitt lagen nur Baden-Württemberg (127) und Bayern (109), alle anderen Länder lagen darunter. Die niedrigsten Werte hatten Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Niedersachsens Wert lag bei 34.



Humanpotenzial

Kräftiger Rückgang der Zahl der Schulabbrecher

Die Zahl der Jugendlichen, die ohne mindestens einen Hauptschulabschluss die allgemein bildenden Schulen verlassen (Tab. 32), ist in Niedersachsen im Jahr 2007 auf nur noch 6 931 gesunken. In diesen Zahlen sind auch die entsprechenden Abgänger aus Förder- und Sonderschulen enthalten, also von solchen Schulformen, deren Ziel nicht primär der Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist. Gegenüber dem Vorjahr ging diese Zahl um - 10,6 % zurück, und gegenüber dem Jahr 2002 trat sogar eine Verminderung um - 20,1 % ein. Dies ist ohne jeden Zweifel ein erfreuliches Ergebnis, denn die Schulabbrecher haben natürlich einen denkbar schlechten Start ins Erwerbsleben: Überall in der Wirtschaft haben sich die Qualifikationsanforderungen erhöht, und ohne zumindest einen Hauptschulabschluss sind die Chancen z.B. auf eine Lehrstelle gering; zugleich erhöht sich das Risiko einer späteren Arbeitslosigkeit erheblich.

Auch bundesweit gingen die Zahlen der Schulabbrecher zurück, und zwar kurzfristig um - 7,1 % und mittelfristig um - 17,3 %, also etwas weniger deutlich als in Niedersachsen. In Ostdeutschland gingen die Abbrecherzahlen zumindest absolut deutlich stärker zurück als im Westen.

Um zu ermitteln, welches Ausmaß das Problem der Schulabbrecher hat und wie es sich entwickelt, reichen allerdings die absoluten Zahlen nicht aus. Der Rückgang der absoluten Werte kann ja auch rein demographisch bedingt sein, und zwar dadurch, dass schwächer besetzte Jahrgänge das Schulsystem verließen. Daher wurde für einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich die Zahl der Schulabbrecher in Relation gesetzt zur entsprechenden in etwa gleichaltrigen Bevölkerung, also dem Durchschnitt der 14 bis 15-Jährigen am 1. Januar des Berichtsjahres. Entsprechend geht z.B. auch die Kultusministerkonferenz in ihren statistischen Nachweisungen vor.

Diese im Folgenden „Schulabbrecherquote“ genannte Beziehungszahl lag in Niedersachsen im Jahr 2007 bei 7,5 % und damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, aber um 0,2 Prozentpunkte leicht über dem Schnitt der westdeutschen Länder. Bundesweit gibt es eine sehr starke Ost-West-Differenz: Während die Abbrecherquote im Osten bei 13,9 % liegt, beträgt sie im Westen nur 7,3 %. Die bundesweit besten Werte gab es in Baden-Württemberg mit 6,9 % und Nordrhein-Westfalen sowie Bayern mit jeweils 7,0 %.

Die Schulabbrecherquote lag in Niedersachsen im Jahr 2002 bei 9,7 %, 2006 bei 8,2 % und 2007 bei 7,5 %. Sie ist also mittelfristig deutlich zurückgegangen, und die Ent-

wicklung verläuft in Niedersachsen alles in allem günstiger als im Bundesgebiet insgesamt.

Abiturientenquote steigt auf fast 30 %

Bei der Berechnung der Abiturientenquote (Tab. 33) wurde ähnlich vorgegangen wie bei der Berechnung der Schulabbrecherquote: Die absolute Zahl der Schulentlassenen aus den allgemein bildenden sowie berufsbildenden Schulen mit Hochschulreife wurde bezogen auf die entsprechenden Altersjahrgänge am 1.1. des Berichtsjahres. Bei der Berechnung sind drei Besonderheiten zu berücksichtigen: Erstens muss man bei der Abiturientenquote auch die berufsbildenden Schulen, an denen man z. T. ebenfalls das Abitur erwerben kann, berücksichtigen. Zweitens muss man beachten, dass in vier Ländern (Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen und seit 2007 auch in Sachsen-Anhalt) die Hochschulreife nach 12 Jahren, in den übrigen Ländern (noch) nach 13 Schuljahren erworben wurde. Entsprechend wurde für die Abiturientenquote in den genannten drei Ländern der Durchschnitt der 17 bis 19-jährigen Einwohner verwendet, während in allen anderen Bundesländern die 18 bis 20-Jährigen herangezogen wurden. Drittens sind die Daten für Niedersachsen aufgrund aktueller Informationen des Nds. Kultusministeriums leicht korrigiert worden; diese für Niedersachsen spezifischen Korrekturen wurden in das Bundesergebnis nicht eingerechnet, um keine Abweichungen zu anderweitig vom Statistischen Bundesamt publizierten Ergebnissen für Deutschland entstehen zu lassen.

In Niedersachsen erlangten 27 634 Jugendliche im Jahr 2007 die allgemeine Hochschulreife. Das waren 2 672 Personen mehr als im Vorjahr und sogar 5 966 junge Frauen und Männer mehr als im Jahr 2002. Die Zahl der Abiturienten stieg damit binnen fünf Jahren in Niedersachsen um + 27,5 % und damit deutlich schneller als im Bundesdurchschnitt von + 19,4 %.

Beim Vergleich ist zu berücksichtigen, dass in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 gleich zwei Jahrgänge auf einmal zum Abitur geführt wurden. So erklärt sich, dass die dortige Abiturientenzahl im Vorjahresvergleich um + 85,2 % anstieg und die Abiturientenquote dort auf stolze 47,7 % anstieg. Für einen Ländervergleich muss man die dortige Abiturientenquote in etwa halbieren – sie läge dort also ca. bei 23,9 %. Diese schulpolitische Besonderheit in Sachsen-Anhalt beeinflusst natürlich auch ein wenig das Bundesergebnis und das für die ostdeutschen Länder.

Trotz dieser Einschränkung ist die Abiturientenquote die entscheidende Kennziffer für einen Zeit- und Ländervergleich. Sie lag in Niedersachsen 2007 bei 29,9 % und da-

mit deutlich höher als 2002 (24,8 %) und 2006 (27,9 %). Da der Vergleich mit Gesamtdeutschland durch die o. g. Besonderheit in Sachsen-Anhalt beeinträchtigt ist, ist es opportun, nur die Gesamtheit der westdeutschen Länder als Vergleichsmaßstab heranzuziehen. Dabei ergibt sich: Niedersachsens Abiturientenquote liegt nur noch marginal um 0,1 Prozentpunkte unter der Westdeutschlands von 30,0 %. Im Jahr 2002 betrug der Rückstand noch 1,4 Prozentpunkte. Niedersachsen hat hier also seinen früheren Rückstand zu anderen Ländern so gut wie wettgemacht.

Immer mehr hoch qualifizierte Arbeitnehmer

Am 30. Juni 2007 arbeiteten in Niedersachsen 182 726 hoch qualifizierte Arbeitnehmer, d.h. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss (Tab. 34). Das entsprach einem Anteil von 7,8 % an allen Beschäftigten. Dieser Prozentanteil ist zwar im Bundesvergleich immer noch unterdurchschnittlich – bundesweit liegt er bei 9,9 %, im Schnitt Westdeutschlands bei 9,6 % – aber er steigt rasch an und Niedersachsen verringert damit seinen Rückstand zu den anderen Ländern. Im Jahre 2002 lag dieser Anteil im Lande bei 6,6 % und 2006 betrug er 7,5 %.

Der Anteil der Hochqualifizierten ist in Berlin (13,8 %) am höchsten; auch die norddeutschen Stadtstaaten Bremen und Hamburg weisen Werte auf, die klar über dem Bundesdurchschnitt liegen. Auch die ostdeutschen Länder weisen – noch in Folge von Besonderheiten des DDR-Bildungssystems – hohe Quoten auf, so vor allem Sachsen mit 13,0 %. Die Ost-West-Unterschiede im Qualifikationsniveau werden aber geringer.

Die Hochqualifiziertenquote ist darum von besonderer Bedeutung, weil das moderne Wirtschaftsleben immer besser ausgebildete Erwerbstätige verlangt. Wenn man in die Zukunft blickt, wird allein schon aus demographischen Gründen die Zahl der Menschen im Erwerbsalter abnehmen. Gleichbleibende Erwerbsquoten unterstellt, wird die Zahl der Erwerbstätigen vermutlich sinken, diese müssen aber mehr Menschen im Rentenalter versorgen. Zwangsläufig müssen die verbleibenden Erwerbstätigen produktiver, also besser ausgebildet werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Zahl der Hochqualifizierten in Niedersachsen mittelfristig um 15,1 % gestiegen ist. Dies ist der bei weitem beste Wert aller 16 Länder, der Bundesdurchschnitt liegt bei + 7,7 %.

Finanzen

Gesamtausgaben legen zu – Niedersachsen mit den niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben

Bei den bereinigten Gesamtausgaben kam es in Niedersachsen zu einer vergleichsweise deutlichen Zunahme um 3,7 %. Diese hohe Steigerungsrate ist größtenteils auf eine Kapitalmaßnahme in Höhe von 700 Mio. Euro zugunsten der Nord/LB zurückzuführen. Dies war der zweithöchste Anstieg nach Hessen (6,1 %) und lag merklich über dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen von 1,4 %. Sechs Länder konnten sogar Rückgänge der Gesamtausgaben verzeichnen, am stärksten war er in Sachsen-Anhalt. Im Fünfjahresvergleich sieht die Situation für Niedersachsen günstiger aus, hier war der Anstieg mit nur 2,4 % unterdurchschnittlich (Deutschland: 3,2 %). Trotz des deutlichen Anstiegs weist Niedersachsen wie in den Vorjahren die niedrigsten Ausgaben je Einwohner auf. Mit 4 053 € je Einwohner liegt das Land um 365 € unter dem Wert von Deutschland. Besonders hohe Werte finden sich hierbei in den Stadtstaaten. In allen Ländern und Kommunen zusammen konnten im Jahr 2007 73,0 % der bereinigten Gesamtausgaben durch Steuern finanziert werden, dieser Wert legte damit deutlich um 5,5 Prozentpunkte zu, in Niedersachsen kam es zu einer leichten Zunahme um 0,9 Prozentpunkte auf nun 70,4 %. Mit 83,4 % weist Baden-Württemberg den höchsten Wert auf.

Personalausgaben steigen nur wenig

Die Personalausgaben sind in Niedersachsen mit 1,4 % moderat gestiegen, allerdings liegt der Anstieg über dem Durchschnitt von Deutschland (0,4 %), und in immerhin elf Ländern sind die Personalausgaben sogar gesunken. Je Einwohner gerechnet liegt Niedersachsen mit 1 564 € unterhalb des Durchschnitts aller Länder und Kommunen von 1 649 €. Die höchsten Personalausgaben je Einwohner zeigen sich in den drei Stadtstaaten. Im Fünfjahresvergleich treten deutliche Unterschiede zwischen West- (1,7 %) und Ostdeutschland auf, wo es zu einem Rückgang um - 11,2 % kam. Für alle Länder und Kommunen zusammen ergibt sich daraus ein leichter Rückgang um - 0,9 %, in Niedersachsen haben die Personalausgaben seit 2002 um 0,9 % zugenommen. Da die Personalausgaben langsamer gestiegen sind als die Gesamtausgaben, sinkt die Personalausgabenquote in Niedersachsen um 0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr auf 38,6 % und nähert sich damit dem Wert von Deutschland insgesamt an (37,3 %).

Sachinvestitionen wieder rückläufig

Die Sachinvestitionen sind in Niedersachsen im vergangenen Jahr um - 2,9 % zurückgegangen, so dass der leichte

Anstieg des Jahres 2006 eine Ausnahme der letzten Jahre bleibt. Deutschlandweit gab es dagegen eine Zunahme um 3,3 %, dabei war die Entwicklung allerdings sehr heterogen, die Veränderung reicht von - 9,3 % in Hamburg bis zu 15,0 % in Hessen.

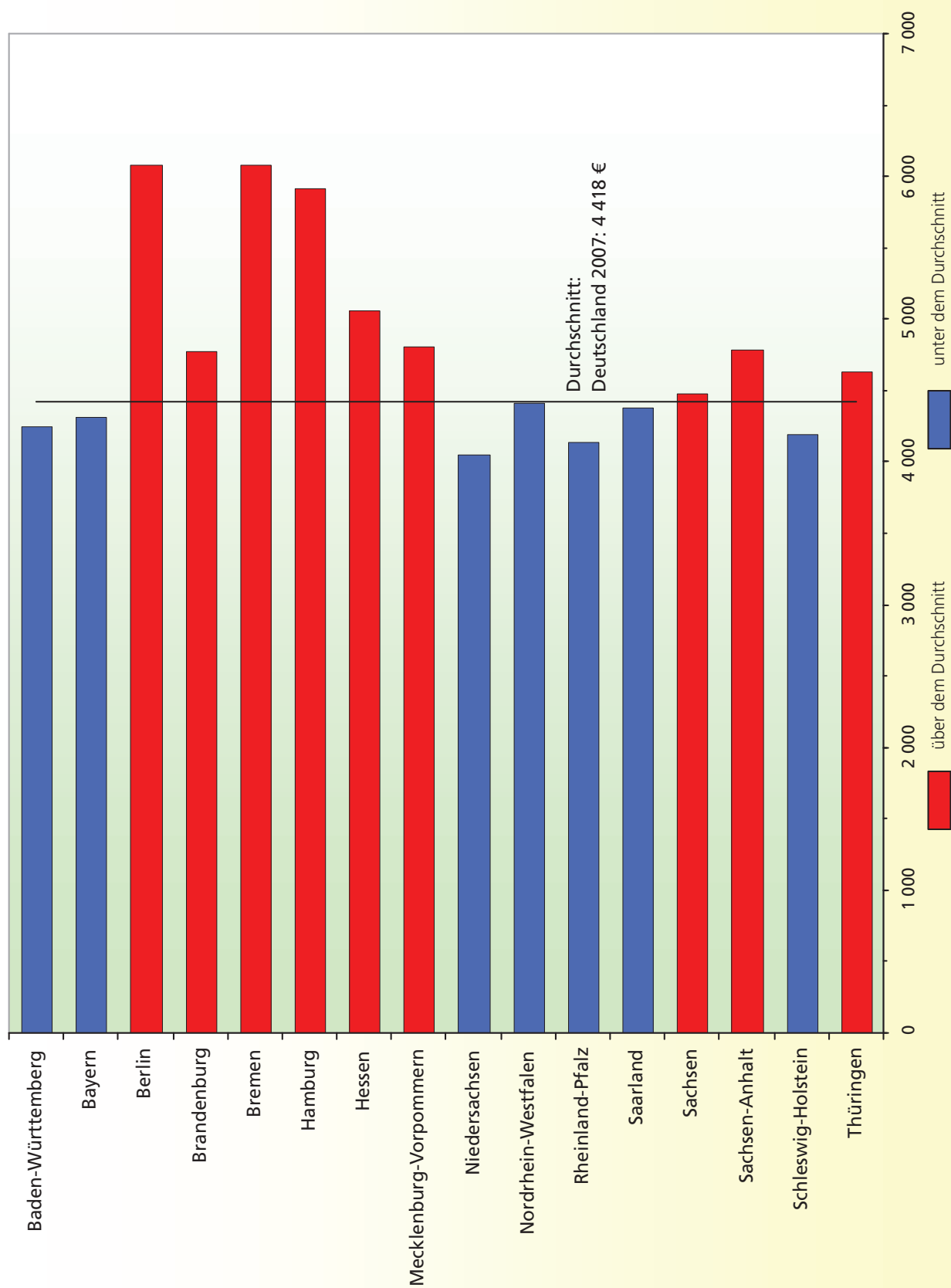
Die niedersächsische Investitionsquote sinkt um 0,3 Prozentpunkte auf 5,1 %, das ist die fünfniedrigste aller Länder. In Bayern und Sachsen ist sie mit jeweils 11,1 % mehr als doppelt so hoch. Die Sachinvestitionen je Einwohner in Niedersachsen betrugen 207 € und lagen damit erheblich unter dem Durchschnitt von Deutschland (318 €). Lediglich Berlin (90 €), Bremen (145 €) und Nordrhein-Westfalen (192 €) investierten weniger als Niedersachsen, an der Spitze liegt Sachsen mit 499 € je Einwohner. Im Vergleich zu 2002 sind die Sachinvestitionen in Niedersachsen sogar um - 27,4 % zurückgegangen, in allen Ländern und Kommunen zusammen nur um - 14,9 %. Lediglich das Saarland weist eine deutliche Zunahme um 16,4 % auf, zwei weitere Länder eine geringfügige Steigerung.

Gesamteinnahmen steigen kräftig

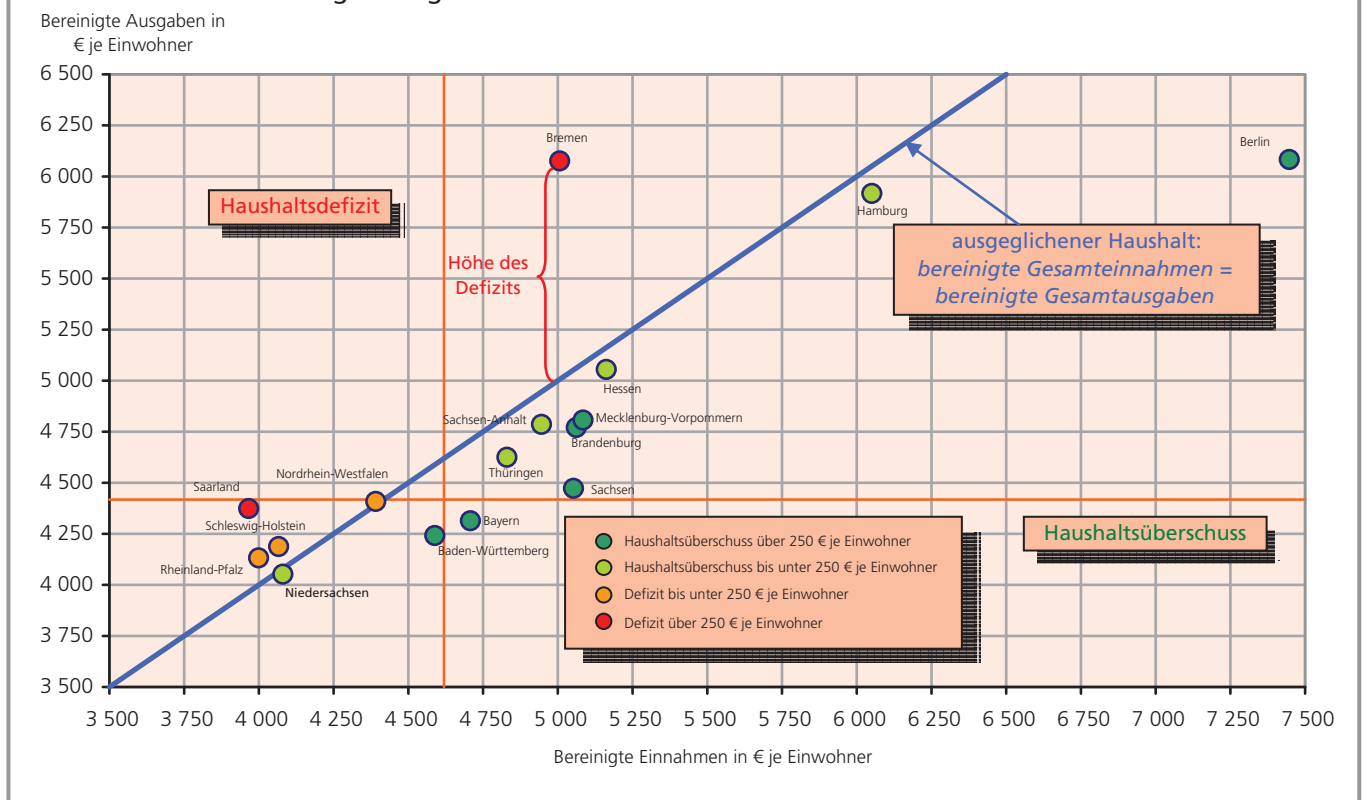
Erneut kräftig zulegen konnten die bereinigten Gesamteinnahmen, die in allen Ländern und Kommunen zusammen um 8,1 % stiegen. Der Anstieg in Niedersachsen lag mit 4,6 % unter dem Durchschnitt. Dies ist zum Teil allerdings durch die Abrechnungs- und Verteilungsmodalitäten der Umsatzsteuer bedingt und ist im Zusammenhang mit der überdurchschnittlichen Zunahme im Jahr 2006 zu sehen. Die außerordentliche Steigerung der Gesamteinnahmen in Berlin um 35,8 % resultierte in erster Linie aus der Veräußerung von Vermögen in Höhe von 5,4 Mrd. €. Bei den Einnahmen je Einwohner liegt Niedersachsen mit 4 080 € deutlich unter dem Durchschnitt aller Länder und Kommunen (4 619 €). Wie in den Vorjahren zeigt sich also, dass den relativ niedrigen Gesamtausgaben auch nur niedrige Gesamteinnahmen gegenüber stehen. Im Fünfjahresvergleich sind die bereinigten Gesamteinnahmen in allen Ländern und Kommunen (20,2 %) wie auch in Niedersachsen (18,1 %) kräftig gestiegen. Sehr schwach war hier die Entwicklung im Saarland (3,4 %) und in Bremen (- 8,3 %). Damit sind in den vergangenen fünf Jahren in nahezu allen Ländern die Einnahmen deutlich stärker gestiegen als die Ausgaben.

Den größten Anteil an den Gesamteinnahmen machen die Steuereinnahmen aus, sie sind 2007 erneut kräftig um 9,7 % gestiegen. Der deutlich unterdurchschnittliche Anstieg um lediglich 5,0 % in Niedersachsen hat seine Ursache in den erwähnten Abrechnungsmodalitäten. Sehr kräftig sind die Steuereinnahmen im Fünfjahresvergleich gestiegen, sie legten in allen Ländern und Gemeinden zusam-

Gesamtausgaben der Länder und Kommunen (Euro je Einwohner) 2007



Bereinigte Ausgaben und Einnahmen der Länder und Kommunen 2007



men um 26,4 % zu, Niedersachsen liegt hier mit 25,8 % nur wenig unter dem Durchschnitt. Die Steuereinnahmequote – also der Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamteinnahmen – hat 2007 in Deutschland um einen Prozentpunkt auf 69,8 % zugenommen, in Niedersachsen liegt sie um 0,1 Prozentpunkte höher. Die höchste Steuereinnahmequote hat weiterhin Hamburg, allerdings ist sie aufgrund der Stagnation der Steuereinnahmen um 3,3 Prozentpunkte gesunken.

Erstmals Finanzierungsüberschuss

Erstmals seit der Wiedervereinigung ist der zusammengefasste Saldo der Länder und Kommunen positiv, je Einwohner gerechnet lag der Überschuss bei 202 €. Auch in Niedersachsen wurde – wie in zehn weiteren Ländern – ein Überschuss (28 € je Einwohner) erzielt. Dabei lag das Defizit des Landes bei - 82 €, während die Kommunen einen Überschuss von 110 € erreichten. Bei dieser Betrachtung darf nicht vergessen werden, dass es weiterhin zahlreiche Kommunen gibt, die ihren Haushalt nicht ausgleichen können. In absoluten Zahlen betrug der Überschuss aller Län-

der und Kommunen 16,6 Mrd. €, im Jahr 2002 hatte sich noch ein Defizit von - 35,9 Mrd. € ergeben.

Moderate Entwicklung der Kreditmarktschulden

Die Kreditmarktschulden aller Länder und Kommunen sind leicht um - 500 Mio. € bzw. - 0,1 % auf nun 560,9 Mrd. € gesunken. In insgesamt fünf Ländern hat sich der Schuldenstand verringert, am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Rückgang um - 5,8 %. Niedersachsen verzeichnet 2007 einen leichten Anstieg um 0,9 %, die stärkste Zunahme gab es in Bremen (+ 6,9 %). Je Einwohner gerechnet liegen die Kreditmarktschulden in Niedersachsen bei 7 110 € und damit um 292 € über dem Durchschnitt von Deutschland. Insgesamt reicht die Spanne der Pro-Kopf-Verschuldung von 2 935 € je Einwohner in Bayern bis zu 21 578 € in Bremen. Sehr viel ungünstiger haben sich die Kreditmarktschulden im Fünfjahresvergleich entwickelt: Gegenüber 2002 haben sie kräftig um 20,0 % zugelegt, in Niedersachsen sind sie mit 18,7 % langsamer gestiegen. Den höchsten Zuwachs im Fünfjahresvergleich weist Bremen mit 49,3 % auf, und lediglich in Sachsen sind die Schulden des Landes und der Kommunen niedriger als vor 5 Jahren.

Soziale Probleme, Sicherheit

Das Themengebiet der sozialen und öffentlichen Sicherheit wird mit acht Tabellen statistisch abgebildet. Diese folgen zunächst dem Lebenszyklus von Menschen und daraus folgenden problematischen Lebenslagen: Die erste Tabelle informiert über Schwangerschaftsabbrüche, die zweite über Alleinerziehende, die dritte über behördliche Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, die vierte über Arbeitslosengeld II-Bezieher („Hartz IV-Empfänger“), die fünfte über Verbraucherinsolvenzen, die sechste über Hochbetagte. Es folgen zwei Nachweisungen zur Kriminalität und zur Verkehrssicherheit.

Weniger Schwangerschaftsabbrüche

Nahezu alle Schwangerschaftsabbrüche werden nach der sogenannten Beratungsregelung vorgenommen, sind also Folge einer problematischen Lebenslage oder gar Notlage. Medizinische oder kriminologische Indikationen sind sehr selten. 9 997 niedersächsische Frauen ließen 2007 einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen (Tab. 41). Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang um - 5,2 %, bundesweit waren es - 4,2 %.

Um den Effekt demographischer Veränderungen – also der Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter – zu bereinigen, wurde die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche auf je 1 000 Lebendgeborene bezogen. Eine Zahl von 1 000 würde bedeuten, dass auf 1 000 Babys auch 1 000 Abtreibungen kommen. In Niedersachsen kommen 153 Abbrüche auf 1 000 Geburten. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 170 und genau im Durchschnitt der westdeutschen Länder (153). An der Quote lassen sich klare Länderstrukturen ablesen: Stark überdurchschnittliche Quoten gibt es zum einen in Ostdeutschland mit 241 – hier geht sie allerdings im Zeitablauf zurück – und zum anderen in den Stadtstaaten. Die Quote ist am höchsten in Berlin (309) und Bremen (301) und am niedrigsten in Bayern (125).

Am Beispiel Niedersachsen zeigt sich, wie wichtig es ist, nicht nur die Entwicklung der absoluten Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu betrachten; diese geht, wie oben beschrieben, zurück. Die Beziehungszahl „Abbrüche je 1 000 Lebendgeborene“ aber ist von 144 (2001) über 159 (2005) bis auf 161 (2006) gestiegen, um erst im vergangenen Jahr wieder auf 153 zu fallen. Der absolute Rückgang der Schwangerschaftsabbrüche ist in erster Linie demographisch bedingt.

Zahl der Alleinerziehenden steigt weiter

Die Zahl der allein erziehenden Frauen und Männer stieg in Niedersachsen binnen Jahresfrist um 4 000 bzw. + 1,7 %

auf 238 000 im Jahr 2007 (Tab. 42). Gegenüber dem Jahr 2005 beträgt der Zuwachs sogar + 6,3 %. Die Zahl der Alleinerziehenden wird vom Mikrozensus ermittelt, der größten bevölkerungsstatistischen Stichprobe Deutschlands mit einem Auswahlsatz von 1 %. Da diese Stichprobe, wie schon oben erwähnt, im Jahr 2005 eine tiefgehende methodische Umgestaltung erfuhr, beginnt die Zeitreihe der Tab. 42 erst 2005. „Alleinerziehende“ im Sinne dieser Erhebung sind Menschen, die ohne festen Lebenspartner Kinder betreuen; ob diese Menschen mit ihrem Partner verheiratet sind oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Für Alleinerziehende ist es deutlich schwerer als für Menschen in festen Partnerschaften, Beruf, alltägliche Lebensführung und Kindererziehung miteinander zu vereinbaren. So haben sie z.B. ein deutlich überhöhtes Armutsrisiko. Da ein fester Partner fehlt und die Beziehungsnetze meist weitmaschiger sind, sind sie häufiger als andere auf öffentliche Hilfen angewiesen.

In Niedersachsen kommen auf 1 000 Einwohner 30 Alleinerziehende. Dieser Wert liegt leicht unter dem deutschen Durchschnitt (32) und exakt im Schnitt der westdeutschen Länder (30). Dieser Anteilswert von 3 % tritt in vier westdeutschen Flächenländern auf. Relativ viele Alleinerziehende gibt es in Ostdeutschland (39) sowie in den Stadtstaaten. Den höchsten Wert wies 2007 mit 44 Berlin auf, den niedrigsten hatte Baden-Württemberg mit 29 – alle westdeutschen Flächenländer liegen eng beieinander. 2005 wies Niedersachsen noch deutlich unterdurchschnittliche Alleinerziehendenanteile auf; seinerzeit lag der Wert für das Land bei 28, im Bund bei 31. Seither aber lag die Zuwachsrate in Niedersachsen bei + 6,3 %, bundesweit waren es nur + 2,2 %.

Starke Zunahme der vorläufigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche

Die Jugendämter in Niedersachsen haben 2007 insgesamt 2 235 „vorläufige Schutzmaßnahmen“ für Kinder und Jugendliche angeordnet (Tab. 43). Das waren 7,0 % mehr als 2006. Bundesweit stieg die Zahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen sogar um + 8,4 %. In Niedersachsen waren damit 15 von je 10 000 Kindern und Jugendlichen von solchen Maßnahmen betroffen, deutschlandweit waren es sogar 20.

Vorläufige Schutzmaßnahmen können ergriffen werden, wenn Gefahren für Kinder und Jugendliche erkannt werden oder diese selbst darum bitten. Die Maßnahmen erfolgen meistens in Form einer „Inobhutnahme“, um die Kinder zu schützen, seltener in Form einer „Herausnahme“ (vgl. § 42, Abs. 1 SGB VIII). Solche gravierenden Maßnahmen werden nur getroffen, wenn es schwerwiegende Ge-

fahren für das leibliche oder seelische Wohl der Kinder gibt. Derartige Gefahren können in Misshandlungen, sexuellem Missbrauch oder auch „nur“ in Form einer völlig unzureichenden Betreuung durch überforderte Eltern bestehen. Die entsprechenden Maßnahmen sind also Ausdruck akuter und schwerer Probleme und Gefahren.

Um einen sachgerechten Zeit- und Regionalvergleich zu ermöglichen, wurde die Anzahl der vorläufigen Schutzmaßnahmen in Relation gesetzt zu je 10 000 Kindern und Jugendlichen. Diese Beziehungszahl lag 2007 in Niedersachsen bei 15 und damit geringfügig höher als 2006 (14), aber erfreulicherweise deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt von 20. Auffällig ist das Ost-West-Gefälle: In Ostdeutschland liegt diese Beziehungszahl bei 33 und damit viel höher als im Westen (18). Auch in den Stadtstaaten Hamburg (45) und Bremen (38) liegt diese Zahl sehr hoch, während sie in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (je 11) sowie in Bayern (9) sehr niedrig ist.

Zahl der Empfänger von SGB II-Leistungen sinkt, aber weniger schnell als die Arbeitslosenzahlen

Im April 2008 bezogen in Niedersachsen 688 103 Leistungen nach SGB II („Hartz IV-Empfänger). Damit waren 8,6 % der Bevölkerung auf diese staatlichen Hilfeleistungen angewiesen (Tab. 44). Der Berichtszeitraum der Tabelle 44 geht nur bis zum Jahr 2005 zurück, weil in diesem Jahr Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zusammengelegt wurden. Der Monat April wurde aus pragmatischen Gründen als Berichtsmonat gewählt: Dies ist der bei Redaktionsschluss aktuellste Monat, für den die Bundesagentur für Arbeit endgültige Länderdaten für SGB II-Empfänger veröffentlicht hat.

Die Zahl der Empfänger stieg in Niedersachsen zunächst von 635 024 (April 2005) auf 714 850 (April 2007) stark an; von 2007 auf 2008 gab es aber einen erfreulichen Rückgang um - 3,7 %. Diese Entwicklung verlief in etwa parallel, aber leicht ungünstiger als die im Bundesdurchschnitt. Niedersachsens Quote von 8,6 % SGB II-Empfängern liegt exakt im Bundesdurchschnitt, aber höher als der westdeutsche Durchschnitt von 7,2 %. Diese Quote variiert zwischen dem bayerischen Wert von 4,1 % und dem Höchstwert von 17,9 % in Berlin.

Auffällig ist, dass die Zahl der Arbeitslosen (vgl. Tab. 10) wesentlich schneller abgenommen hat als die der SGB II-Empfänger, zu denen u.a. Langzeitarbeitslose, „Aufstocker“ (Bezieher von SGB II-Leistungen wg. zu niedrigem Erwerbseinkommen) und ihre Angehörigen gehören. In Niedersachsen sank die Zahl der Arbeitslosen binnen Jahresfrist um 13,7 %, die der SGB II-Empfänger nur um 3,7 %. Trotz günstiger Konjunktur und einer deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage gibt es eine verfestigte Gruppe von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen, die weiterhin auf staatliche Leistungen angewiesen bleiben.

Weitere Zunahme der Verbraucherinsolvenzen

Im Jahr 2007 wurden in Niedersachsen 13 625 Verbraucherinsolvenzen angemeldet (Tab. 45). Das bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um + 8,4 %. Die zum Teil astronomischen Zuwachsraten der Vorjahre, die weniger auf eine Zunahme sozialer Problemlagen, sondern auf eine zunehmende Bekanntheit und Akzeptanz des Instruments „Verbraucherinsolvenz“ zurückgingen, gehören damit der Vergangenheit an. Die mittelfristige Wachstumsrate von + 397,4 % ist daher von geringem Aussagewert – sie zeigt nur, dass Gerichte, Anwälte, Verbraucherschützer und Schuldnerberater mit diesem neuen Rechtsinstitut der Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung erst vertraut werden mussten.

Die Zunahme von + 8,4 % im Vorjahresvergleich entspricht in etwa dem bundesdeutschen (+ 9,0 %) und westdeutschen (+ 8,5 %) Durchschnitt. Diese Zunahme bedeutet aber auch, dass das Problem der Armut – hier in Gestalt völlig überschuldeter Haushalte – trotz sinkender Arbeitslosenzahlen durchaus noch nicht gelöst ist. Je 10 000 Einwohner wurden in Niedersachsen 17,1 Privatinsolvenzen registriert. Das ist ein im Bundesvergleich sehr hoher Wert, der klar über dem Bundesdurchschnitt von 12,8 liegt. Bei der Interpretation dieser Statistik muss man übrigens beachten, dass oftmals in den Regionen, die niedrige Privatinsolvenzzahlen trotz hoher Arbeitslosigkeit aufweisen, die Schuldnerberatung nicht richtig funktioniert.

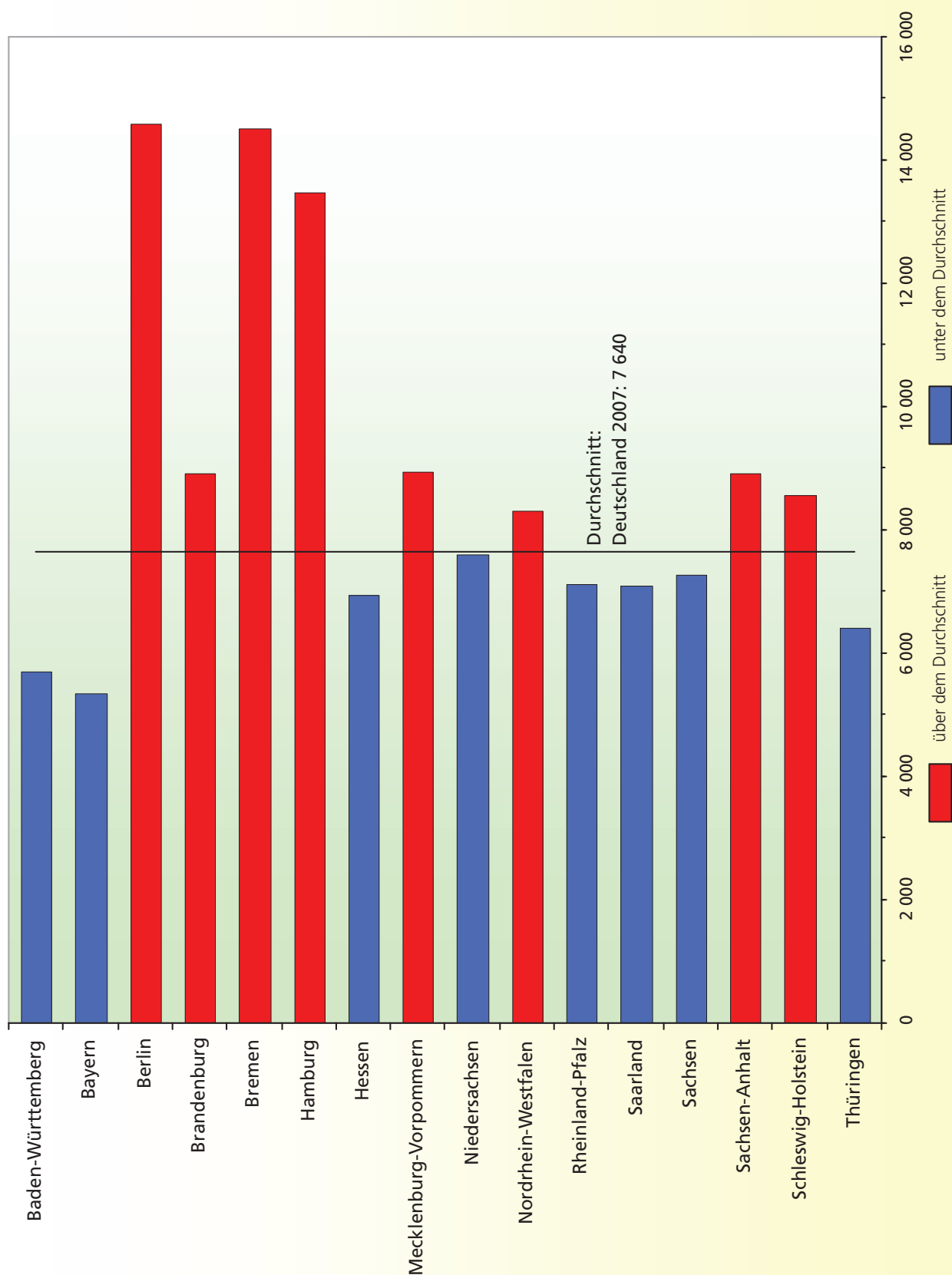
Fast 400 000 Hochbetagte – der Anteil der sehr alten Menschen steigt rasch

Am Jahresende 2007 lebten in Niedersachsen 396 719 Hochbetagte, also Menschen, die 80 Jahre und älter sind (Tab. 46). Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme um 12 239 Personen bzw. 3,2 %. Der prozentuale Anteil der Hochbetagten an der Bevölkerung stieg um 0,2 % Prozentpunkte. Die Zuwachsraten bewegen sich im Bundesdurchschnitt, signifikante Unterschiede zwischen den Ländern sind hier kaum feststellbar.

Etwas anders ist es beim Bevölkerungsanteil der Hochbetagten. Zwar liegen auch hier die Länderwerte eng beieinander, aber die Streuung ist doch größer: Die geringsten Hochbetagtenanteile weisen Mecklenburg-Vorpommern und Berlin mit jeweils 4,0 % auf, die höchsten gibt es in Bremen und Sachsen mit 5,5 %. Niedersachsens Hochbetagtenquote liegt mit 5,0 % leicht über dem Bundesdurchschnitt von 4,8 % – dieser Abstand ist über die Jahre hinweg stabil geblieben.

Alle Vorausberechnungen gehen davon aus, dass der Hochbetagtenanteil bis 2050 auf etwa 15 % steigen wird. Diese unvermeidliche Entwicklung muss und wird genau beobachtet werden, denn sie wirft Probleme auf: Jenseits

Straftaten je 100 000 Einwohner 2007



der 80 steigt der Pflegebedarf stark an und zugleich ist es möglich, dass aufgrund diskontinuierlicher Erwerbsbiographien und daher unzureichender Rentenansprüche das Problem der Altersarmut – das derzeit gering ist – erneut auftauchen wird.

Zahl der Straftaten und Aufklärungsquote steigen leicht an

Im Jahr 2007 wurden der Polizei in Niedersachsen 607 075 Straftaten bekannt, 3 478 mehr als im Vorjahr. Die Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner) stieg um + 0,7 % auf 7 601. Mittelfristig sank die Häufigkeitszahl erfreulicherweise um - 0,6 %. Im Bundesvergleich lag die Häufigkeitszahl des Landes zwar immer noch leicht unter dem Bundesdurchschnitt von 7 640, die Entwicklung war aber vergleichsweise insgesamt weniger günstig. Mittelfristig sank die Häufigkeitszahl im Bundesgebiet mit - 3,2 % deutlich stärker als in Niedersachsen und kurzfristig stand einer Abnahme in Deutschland von - 0,2 % ein Zuwachs in Niedersachsen von + 0,7 % gegenüber.

Die Kriminalität ist – gemessen an der Häufigkeitszahl – in Bayern am geringsten und in den Stadtstaaten am höchsten. Auch kann man ein klares Ost-West-Gefälle erkennen: Im Osten liegt die Häufigkeitszahl um 29 % höher als im Westen. Bei dieser Statistik ist natürlich immer die Dunkelfeld-Problematik zu beachten: Nicht alle Straftaten gelangen zur Anzeige, und das Anzeigeverhalten der Bevölkerung ist regional und im Zeitablauf unterschiedlich.

Die Aufklärungsquote hat 2007 in Niedersachsen mit 56,9 % den bisher höchsten Wert erreicht und lag damit

deutlich über dem Vorjahreswert von 55,5 % und auch höher als der Bundesdurchschnitt von 55 %. Im Bundesvergleich weist Bayern mit 64,3 % den höchsten und Bremen mit 40,6 % den geringsten Wert bei der Aufklärungsquote aus.

Mehr Verunglückte im Straßenverkehr

Im Jahr 2007 verunglückten in Niedersachsen 45 905 Menschen; der Begriff „Verunglückte“ umfasst in der Nomenklatur der Verkehrsunfallstatistik sowohl getötete als auch verletzte Personen. 2007 gab es im Lande 632 Verkehrstote und 45 273 Verletzte. Die Zahl der Verunglückten lag damit um - 10,8 % niedriger als 2002; dieser erfreuliche Trend zur Verringerung der Unfallzahlen brach aber 2007 ab, und gegenüber 2006 musste eine Zunahme von + 3,8 % registriert werden.

Die Häufigkeitszahl (Verunglückte je 100 000 Einwohner) lag 2007 bei 575 und damit um 8,5 % über dem Deutschlandwert von 530. Fünf Jahre zuvor lag sie noch um 10,2 % höher als im Bundesdurchschnitt. Die niedersächsische Häufigkeitszahl liegt schon seit langer Zeit über dem bundesdeutschen Wert, was u.a. daran liegt, dass Niedersachsen ein Transitland ist, über dessen 4 833 Autobahnkilometer ein Großteil des transeuropäischen Ost-West- und Nord-Süd-Transitverkehrs abgewickelt wird. Die Häufigkeitszahlen waren 2007 in Bayern und im Saarland am höchsten, am niedrigsten waren sie in Sachsen und Thüringen. Insgesamt liegen sie in Ostdeutschland niedriger als im Westen.

Tabellenteil

Bevölkerung

1. Bevölkerungsstand und -dichte

Land	Einwohner am					Einwohner je qkm	Veränderung	
	in 1 000			Länderanteil			der Einwohnerzahl	
	31.12.2002	31.12.2006	31.12.2007	2002	2007		31.12.07/02	31.12.07/06
	Anzahl (1 000)			%			Anzahl	%
Baden-Württemberg	10 661	10 739	10 750	12,9	13,0	300	+ 0,8	+ 0,1
Bayern	12 387	12 493	12 520	15,0	15,2	177	+ 1,1	+ 0,2
Berlin	3 392	3 404	3 416	4,1	4,1	3 816	+ 0,7	+ 0,4
Brandenburg	2 582	2 548	2 536	3,1	3,1	86	- 1,8	- 0,5
Bremen	662	664	663	0,8	0,8	1 644	+ 0,1	- 0,1
Hamburg	1 729	1 754	1 771	2,1	2,1	2 323	+ 2,4	+ 0,9
Hessen	6 092	6 075	6 073	7,4	7,4	288	- 0,3	- 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 745	1 694	1 680	2,1	2,1	73	- 3,7	- 0,8
Niedersachsen	7 980	7 983	7 972	9,7	9,7	167	- 0,1	- 0,1
Nordrhein-Westfalen	18 076	18 029	17 997	21,9	21,9	529	- 0,4	- 0,2
Rheinland-Pfalz	4 058	4 053	4 046	4,9	4,9	204	- 0,3	- 0,2
Saarland	1 065	1 043	1 037	1,3	1,3	406	- 2,7	- 0,6
Sachsen	4 349	4 250	4 220	5,3	5,2	231	- 3,0	- 0,7
Sachsen-Anhalt	2 549	2 442	2 412	3,1	3,0	119	- 5,4	- 1,2
Schleswig-Holstein	2 817	2 834	2 837	3,4	3,4	180	+ 0,7	+ 0,1
Thüringen	2 392	2 311	2 289	2,9	2,8	143	- 4,3	- 0,9
Deutschland	82 537	82 315	82 218	100,0	100,0	231	- 0,4	- 0,1
Westdeutschland	65 527	65 667	65 664	79,4	79,8	264	+ 0,2	- 0,0
Ostdeutschland	17 009	16 648	16 554	20,6	20,2	153	- 2,7	- 0,6

2. Lebendgeborene

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Lebendgeborenen	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	99 604	91 913	92 823	9,4	8,6	8,6	- 6,8	+ 1,0
Bayern	113 818	104 822	106 870	9,2	8,4	8,5	- 6,1	+ 2,0
Berlin	28 801	29 625	31 174	8,5	8,7	9,2	+ 8,2	+ 5,2
Brandenburg	17 704	17 883	18 589	6,8	7,0	7,3	+ 5,0	+ 3,9
Bremen	5 484	5 505	5 591	8,3	8,3	8,4	+ 2,0	+ 1,6
Hamburg	15 707	16 088	16 727	9,1	9,2	9,5	+ 6,5	+ 4,0
Hessen	55 324	51 401	52 616	9,1	8,5	8,7	- 4,9	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 504	12 638	12 786	7,1	7,4	7,6	+ 2,3	+ 1,2
Niedersachsen	73 193	65 327	65 326	9,2	8,2	8,2	- 10,7	- 0,0
Nordrhein-Westfalen	163 434	149 925	151 168	9,0	8,3	8,4	- 7,5	+ 0,8
Rheinland-Pfalz	34 741	31 753	32 536	8,6	7,8	8,0	- 6,3	+ 2,5
Saarland	7 879	7 222	7 274	7,4	6,9	7,0	- 7,7	+ 0,7
Sachsen	31 518	32 556	33 858	7,2	7,6	8,0	+ 7,4	+ 4,0
Sachsen-Anhalt	17 617	16 927	17 387	6,9	6,9	7,2	- 1,3	+ 2,7
Schleswig-Holstein	24 914	22 688	22 961	8,9	8,0	8,1	- 7,8	+ 1,2
Thüringen	17 007	16 402	17 176	7,1	7,1	7,5	+ 1,0	+ 4,7
Deutschland	719 250	672 675	684 862	8,7	8,2	8,3	- 4,8	+ 1,8
Westdeutschland	594 098	546 644	553 892	9,1	8,3	8,4	- 6,8	+ 1,3
Ostdeutschland	125 151	126 031	130 970	7,4	7,5	7,9	+ 4,6	+ 3,9

3. Geburten-/Sterbesaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	4 494	- 748	- 1 256	0,5	-0,1	-0,1	- 5 750	- 508
Bayern	- 5 937	- 13 911	- 11 557	-0,5	-1,1	-0,9	- 5 620	+ 2 354
Berlin	- 4 691	- 1 900	189	-1,4	-0,6	0,1	+ 4 880	+ 2 089
Brandenburg	- 8 790	- 8 465	- 8 077	-3,4	-3,3	-3,2	+ 713	+ 388
Bremen	- 2 184	- 1 708	- 1 709	-3,3	-2,6	-2,6	+ 475	- 1
Hamburg	- 2 717	- 1 014	- 308	-1,6	-0,6	-0,2	+ 2 409	+ 706
Hessen	- 5 043	- 6 438	- 6 521	-0,8	-1,1	-1,1	- 1 478	- 83
Mecklenburg-Vorpommern	- 4 829	- 4 647	- 4 809	-2,8	-2,7	-2,9	+ 20	- 162
Niedersachsen	- 10 319	- 16 794	- 16 951	-1,3	-2,1	-2,1	- 6 632	- 157
Nordrhein-Westfalen	- 24 899	- 33 816	- 33 786	-1,4	-1,9	-1,9	- 8 887	+ 30
Rheinland-Pfalz	- 7 928	- 10 220	- 9 629	-1,9	-2,5	-2,4	- 1 701	+ 591
Saarland	- 4 492	- 5 074	- 5 053	-4,2	-4,8	-4,9	- 561	+ 21
Sachsen	- 18 578	- 15 671	- 15 212	-4,3	-3,7	-3,6	+ 3 366	+ 459
Sachsen-Anhalt	- 12 542	- 12 225	- 12 005	-4,9	-5,0	-4,9	+ 537	+ 220
Schleswig-Holstein	- 4 988	- 7 127	- 6 973	-1,7	-2,5	-2,5	- 1 985	+ 154
Thüringen	- 8 993	- 9 202	- 8 636	-3,7	-4,0	-3,8	+ 357	+ 566
Deutschland	- 122 436	- 148 960	- 142 297	-1,5	-1,8	-1,7	- 142 297	+ 6 663
Westdeutschland	- 64 013	- 96 850	- 93 747	-1,4	-1,5	-1,4	- 29 734	+ 3 103
Ostdeutschland	- 58 423	- 52 110	- 48 550	-3,4	-3,1	-2,9	+ 9 873	+ 3 560

4. Wanderungssaldo

Land	Absolut			Je 1 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung des Saldos	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						absolut	
Baden-Württemberg	+ 56 117	+ 3 930	+ 12 392	5,3	0,4	1,2	- 43 725	+ 8 462
Bayern	+ 63 574	+ 37 336	+ 38 964	5,1	3,0	3,1	- 24 610	+ 1 628
Berlin	+ 8 685	+ 10 679	+ 11 996	2,6	3,1	3,5	+ 3 311	+ 1 317
Brandenburg	- 1 871	- 3 293	- 3 968	-0,7	-1,3	-1,6	- 2 097	- 675
Bremen	+ 4 631	+ 2 182	+ 797	7,0	3,3	1,2	- 3 834	- 1 385
Hamburg	+ 5 414	+ 11 730	+ 16 779	3,1	6,7	9,5	+ 11 365	+ 5 049
Hessen	+ 18 844	- 12 987	- 404	3,1	-2,1	-0,1	- 19 248	+ 12 583
Mecklenburg-Vorpommern	- 10 477	- 8 858	- 9 279	-6,0	-5,2	-5,5	+ 1 198	- 421
Niedersachsen	+ 34 376	+ 5 474	+ 5 905	4,3	0,7	0,7	- 28 471	+ 431
Nordrhein-Westfalen	+ 49 162	+ 4 396	+ 1 618	2,7	0,2	0,1	- 47 544	- 2 778
Rheinland-Pfalz	+ 16 589	+ 4 183	+ 2 366	4,1	1,0	0,6	- 14 223	- 1 817
Saarland	+ 3 010	- 2 066	- 1 521	2,8	-2,0	-1,5	- 4 531	+ 545
Sachsen	- 16 505	- 8 310	- 11 147	-3,8	-1,9	-2,6	+ 5 358	- 2 837
Sachsen-Anhalt	- 19 173	- 15 726	- 17 508	-7,5	-6,4	-7,2	+ 1 665	- 1 782
Schleswig-Holstein	+ 17 248	+ 8 392	+ 10 230	6,1	3,0	3,6	- 7 018	+ 1 838
Thüringen	- 10 279	- 14 270	- 13 310	-4,3	-6,1	-5,8	- 3 031	+ 960
Deutschland	+ 219 345	+ 22 792	+ 43 910	2,7	0,3	0,5	- 175 435	+ 21 118
Westdeutschland	+ 268 965	+ 62 570	+ 87 126	4,1	1,0	1,3	- 181 839	+ 24 556
Ostdeutschland	- 49 620	- 39 778	- 43 216	-2,9	-2,4	-2,6	+ 6 404	- 3 438

5. Eheschließungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Eheschließungen	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	51 946	48 780	47 233	48,9	45,4	43,9	- 9,1	- 3,2
Bayern	60 686	57 387	57 223	49,1	46,0	45,8	- 5,7	- 0,3
Berlin	12 803	11 634	11 511	37,8	34,2	33,8	- 10,1	- 1,1
Brandenburg	9 650	11 316	11 430	37,3	44,3	45,0	+ 18,4	+ 1,0
Bremen	3 130	2 850	2 762	47,4	42,9	41,7	- 11,8	- 3,1
Hamburg	6 999	6 921	6 661	40,6	39,6	37,8	- 4,8	- 3,8
Hessen	30 472	27 644	26 931	50,1	45,5	44,4	- 11,6	- 2,6
Mecklenburg-Vorpommern	7 902	9 440	9 747	45,1	55,5	57,8	+ 23,3	+ 3,3
Niedersachsen	42 391	39 091	38 036	53,2	48,9	47,6	- 10,3	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	89 803	81 502	80 092	49,7	45,2	44,5	- 10,8	- 1,7
Rheinland-Pfalz	20 800	20 003	19 542	51,4	49,3	48,3	- 6,0	- 2,3
Saarland	5 289	4 670	4 774	49,7	44,6	45,9	- 9,7	+ 2,2
Sachsen	15 188	16 754	16 965	34,8	39,3	40,1	+ 11,7	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	9 274	10 114	10 117	36,2	41,2	41,7	+ 9,1	+ 0,0
Schleswig-Holstein	17 037	16 263	16 451	60,6	57,4	58,0	- 3,4	+ 1,2
Thüringen	8 597	9 312	9 454	35,8	40,1	41,1	+ 10,0	+ 1,5
Deutschland	391 967	373 681	368 929	47,5	45,4	44,8	- 5,9	- 1,3
Westdeutschland	328 553	305 111	299 705	50,2	46,5	45,6	- 8,8	- 1,8
Ostdeutschland	63 414	68 570	69 224	37,2	41,1	41,7	+ 9,2	+ 1,0

6. Ehescheidungen

Land	Absolut			Je 10 000 Einwohner (30.06.)			Veränderung der Zahl der Ehescheidungen	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	23 700	22 686	22 145	22,3	21,1	20,6	- 6,6	- 2,4
Bayern	29 503	27 259	27 154	23,9	21,8	21,7	- 8,0	- 0,4
Berlin	9 322	8 315	7 760	27,5	24,5	22,8	- 16,8	- 6,7
Brandenburg	5 829	5 525	5 127	22,5	21,6	20,2	- 12,0	- 7,2
Bremen	1 742	1 647	1 595	26,4	24,8	24,1	- 8,4	- 3,2
Hamburg	4 560	4 583	4 385	26,4	26,2	24,9	- 3,8	- 4,3
Hessen	15 785	15 405	15 469	25,9	25,3	25,5	- 2,0	+ 0,4
Mecklenburg-Vorpommern	3 505	3 213	3 000	20,0	18,9	17,8	- 14,4	- 6,6
Niedersachsen	21 044	19 058	19 682	26,4	23,8	24,6	- 6,5	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	47 208	45 665	43 104	26,1	25,3	23,9	- 8,7	- 5,6
Rheinland-Pfalz	11 187	10 078	10 324	27,6	24,9	25,5	- 7,7	+ 2,4
Saarland	2 981	2 497	2 802	28,0	23,9	27,0	- 6,0	+ 12,2
Sachsen	8 515	7 759	7 749	19,5	18,2	18,3	- 9,0	- 0,1
Sachsen-Anhalt	5 838	5 097	4 924	22,8	20,7	20,3	- 15,7	- 3,4
Schleswig-Holstein	8 194	7 524	7 434	29,2	26,6	26,2	- 9,3	- 1,2
Thüringen	5 301	4 617	4 418	22,1	19,9	19,2	- 16,7	- 4,3
Deutschland	204 214	190 928	187 072	24,8	23,2	22,7	- 8,4	- 2,0
Westdeutschland	165 904	156 402	154 094	25,4	23,8	23,5	- 7,1	- 1,5
Ostdeutschland	38 310	34 526	32 978	22,5	20,7	19,9	- 13,9	- 4,5

Erwerbstätigkeit

7. Erwerbstätige (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Darunter Selbstständige			Selbstständigenquote 2007	Veränderung insgesamt	
	2002 (April)	2006	2007	2002 (April)	2006	2007		07/02	07/06
	Anzahl (1 000)							%	
Baden-Württemberg	4 945	5 174	5 192	496	524	538	10,4	+ 5,0	+ 0,3
Bayern	5 827	6 060	6 055	685	736	751	12,4	+ 3,9	- 0,1
Berlin	1 441	1 458	1 483	172	235	234	15,8	+ 2,9	+ 1,7
Brandenburg	1 123	1 171	1 192	103	128	123	10,3	+ 6,1	+ 1,8
Bremen	264	271	281	23	28	30	10,7	+ 6,4	+ 3,7
Hamburg	784	827	834	102	114	119	14,3	+ 6,4	+ 0,8
Hessen	2 756	2 803	2 785	294	334	313	11,2	+ 1,1	- 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	727	753	751	60	75	75	10,0	+ 3,3	- 0,3
Niedersachsen	3 374	3 473	3 516	332	365	370	10,5	+ 4,2	+ 1,2
Nordrhein-Westfalen	7 539	7 788	7 851	698	784	802	10,2	+ 4,1	+ 0,8
Rheinland-Pfalz	1 770	1 865	1 879	186	200	206	11,0	+ 6,2	+ 0,8
Saarland	438	440	440	37	42	37	8,4	+ 0,5	+ 0,0
Sachsen	1 813	1 868	1 891	166	217	212	11,2	+ 4,3	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	1 049	1 066	1 075	74	98	98	9,1	+ 2,5	+ 0,8
Schleswig-Holstein	1 210	1 286	1 284	137	148	144	11,2	+ 6,1	- 0,2
Thüringen	1 058	1 041	1 058	88	105	109	10,3	+ 0,0	+ 1,6
Deutschland	36 118	37 344	37 568	3 654	4 131	4 160	11,1	+ 4,0	+ 0,6
Westdeutschland	28 907	29 987	30 117	2 991	3 274	3 308	11,0	+ 4,2	+ 0,4
Ostdeutschland	7 211	7 357	7 450	663	857	852	11,4	+ 3,3	+ 1,3

8. Erwerbstätige Frauen (Mikrozensus)

Land	Insgesamt			Erwerbstätigenquote der Frauen (15 bis unter 65 Jahre)			Veränderung insgesamt	
	2002 (April)	2006	2007	2002 (April)	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl (1 000)			%				
Baden-Württemberg	2 201	2 320	2 357	63,0	64,6	66,8	+ 7,1	+ 1,6
Bayern	2 595	2 714	2 724	63,2	64,8	66,0	+ 5,0	+ 0,4
Berlin	677	695	708	57,1	58,0	59,8	+ 4,6	+ 1,9
Brandenburg	519	551	557	58,8	63,7	66,2	+ 7,3	+ 1,1
Bremen	120	125	130	55,0	56,4	59,9	+ 8,3	+ 4,0
Hamburg	361	380	381	60,6	63,6	64,1	+ 5,5	+ 0,3
Hessen	1 226	1 259	1 260	60,9	61,7	62,9	+ 2,8	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	332	349	344	55,8	61,2	62,4	+ 3,6	- 1,4
Niedersachsen	1 467	1 547	1 577	56,8	59,3	61,3	+ 7,5	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	3 263	3 475	3 523	55,0	58,2	59,7	+ 8,0	+ 1,4
Rheinland-Pfalz	761	830	843	58,1	62,1	64,4	+ 10,8	+ 1,6
Saarland	186	196	195	53,0	57,4	58,7	+ 4,8	- 0,5
Sachsen	839	868	878	57,8	61,7	64,1	+ 4,6	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	483	499	504	56,0	60,3	62,8	+ 4,3	+ 1,0
Schleswig-Holstein	538	586	582	59,0	62,8	63,5	+ 8,2	- 0,7
Thüringen	478	472	481	58,9	60,8	63,5	+ 0,6	+ 1,9
Deutschland	16 045	16 867	17 046	58,8	61,4	63,1	+ 6,2	+ 1,1
Westdeutschland	12 718	13 432	13 574	58,9	61,5	63,1	+ 6,7	+ 1,1
Ostdeutschland	3 328	3 434	3 472	57,2	60,8	63,1	+ 4,3	+ 1,1

9. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort)

Land	Insgesamt (30.6.)			Darunter Teilzeitkräfte			Insgesamt je 1 000 Einw. 2007	Veränderung insgesamt	
	2002	2006	2007	2006	2007			07/02	07/06
	Anzahl (1 000)					%		%	
Baden-Württemberg	3 851	3 741	3 804	616	644	16,9	354,0	- 1,2	+ 1,7
Bayern	4 421	4 320	4 412	739	777	17,6	352,9	- 0,2	+ 2,1
Berlin	1 104	1 024	1 048	202	216	20,6	307,7	- 5,1	+ 2,3
Brandenburg	760	706	725	108	118	16,3	285,2	- 4,6	+ 2,7
Bremen	285	272	279	52	54	19,4	420,5	- 2,1	+ 2,6
Hamburg	769	752	772	131	138	17,9	438,6	+ 0,4	+ 2,7
Hessen	2 193	2 096	2 130	377	395	18,5	350,8	- 2,9	+ 1,6
Mecklenburg-Vorpommern	549	504	512	80	89	17,4	303,2	- 6,7	+ 1,6
Niedersachsen	2 412	2 320	2 357	436	454	19,3	295,0	- 2,3	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	5 890	5 561	5 666	925	963	17,0	314,6	- 3,8	+ 1,9
Rheinland-Pfalz	1 196	1 158	1 179	217	226	19,2	291,1	- 1,4	+ 1,8
Saarland	353	340	345	54	56	16,2	331,6	- 2,3	+ 1,5
Sachsen	1 421	1 343	1 373	221	244	17,8	324,4	- 3,4	+ 2,2
Sachsen-Anhalt	784	725	734	114	125	17,0	302,1	- 6,4	+ 1,2
Schleswig-Holstein	814	780	795	152	161	20,3	280,5	- 2,3	+ 1,9
Thüringen	771	713	726	106	114	15,7	315,6	- 5,8	+ 1,8
Deutschland	27 571	26 354	26 855	4 530	4 773	17,8	326,5	- 2,6	+ 1,9
Westdeutschland	22 184	21 340	21 739	3 699	3 868	17,8	331,0	- 2,0	+ 1,9
Ostdeutschland	5 389	5 015	5 118	831	906	17,7	308,3	- 5,0	+ 2,1

10. Arbeitslose und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2003	2007	2008	30.06.2003	30.06.2007	30.06.2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	326 093	266 363	216 614	6,6	5,4	4,4	- 33,6	- 18,7
Bayern	415 368	329 680	252 643	7,3	5,7	4,4	- 39,2	- 23,4
Berlin	306 947	262 880	229 013	20,3	18,0	15,9	- 25,4	- 12,9
Brandenburg	249 775	195 665	169 229	20,2	16,1	14,0	- 32,2	- 13,5
Bremen	42 116	40 979	35 952	14,3	13,9	12,3	- 14,6	- 12,3
Hamburg	86 221	80 465	71 114	11,2	10,3	9,2	- 17,5	- 11,6
Hessen	237 433	230 747	200 526	8,6	8,4	7,3	- 15,5	- 13,1
Mecklenburg-Vorpommern	176 247	140 297	118 241	21,2	17,4	14,8	- 32,9	- 15,7
Niedersachsen	364 097	339 166	292 691	10,2	9,5	8,2	- 19,6	- 13,7
Nordrhein-Westfalen	863 108	852 516	753 506	10,7	10,5	9,3	- 12,7	- 11,6
Rheinland-Pfalz	149 113	129 666	111 871	8,2	7,1	6,0	- 25,0	- 13,7
Saarland	47 667	41 965	36 195	10,3	9,1	7,8	- 24,1	- 13,7
Sachsen	392 425	312 431	268 882	18,9	15,9	13,8	- 31,5	- 13,9
Sachsen-Anhalt	263 673	196 134	172 010	21,6	16,9	15,1	- 34,8	- 12,3
Schleswig-Holstein	131 817	116 170	102 402	10,6	9,3	8,2	- 22,3	- 11,9
Thüringen	205 325	152 391	128 922	17,7	13,8	11,8	- 37,2	- 15,4
Deutschland	4 257 425	3 687 515	3 159 811	11,3	9,9	8,5	- 25,8	- 14,3
Westdeutschland	2 663 033	2 427 717	2 073 514	- 22,1	- 14,6
Ostdeutschland	1 594 392	1 259 798	1 086 297	- 31,9	- 13,8

11. Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

Land	Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren (im Juni)			Arbeitslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren			Veränderung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen	
	2003	2007	2008	30.06.2003	30.06.2007	30.06.2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	37 557	22 805	17 577	5,3	3,4	2,6	- 53,2	- 22,9
Bayern	52 518	34 173	23 242	6,2	4,3	2,9	- 55,7	- 32,0
Berlin	34 039	25 104	22 319	18,3	15,5	14,2	- 34,4	- 11,1
Brandenburg	29 865	21 649	17 294	17,0	14,0	11,6	- 42,1	- 20,1
Bremen	4 045	3 620	2 959	10,8	10,5	8,7	- 26,8	- 18,3
Hamburg	8 321	6 440	5 475	8,9	7,3	6,2	- 34,2	- 15,0
Hessen	27 121	23 095	20 697	7,5	7,0	6,4	- 23,7	- 10,4
Mecklenburg-Vorpommern	20 294	14 805	12 259	15,6	12,9	10,9	- 39,6	- 17,2
Niedersachsen	40 115	34 350	27 598	8,4	8,0	6,4	- 31,2	- 19,7
Nordrhein-Westfalen	87 493	82 698	70 043	8,4	8,4	7,1	- 19,9	- 15,3
Rheinland-Pfalz	18 396	14 671	13 153	7,2	6,0	5,3	- 28,5	- 10,3
Saarland	5 879	3 529	3 262	9,8	6,4	5,9	- 44,5	- 7,6
Sachsen	39 978	32 907	28 166	12,5	12,4	11,1	- 29,5	- 14,4
Sachsen-Anhalt	28 039	19 437	16 818	15,8	13,1	11,8	- 40,0	- 13,5
Schleswig-Holstein	18 051	12 773	11 025	11,2	8,4	7,2	- 38,9	- 13,7
Thüringen	23 217	14 297	12 135	12,9	9,8	8,6	- 47,7	- 15,1
Deutschland	474 928	366 353	304 022	9,1	7,7	6,4	- 36,0	- 17,0
Westdeutschland	299 496	238 154	195 031	- 34,9	- 18,1
Ostdeutschland	175 432	128 199	108 991	- 37,9	- 15,0

12. Arbeitslose Frauen und Arbeitslosenquote

Land	Arbeitslose (im Juni)			Arbeitslosenquote ¹⁾ (alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen)			Veränderung der Arbeitslosenzahl	
	2003	2007	2008	30.06.2003	30.06.2007	30.06.2008	08/03	08/07
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	146 713	140 339	113 005	6,3	5,9	4,7	- 23,0	- 19,5
Bayern	191 065	178 920	132 620	7,0	6,5	4,8	- 30,6	- 25,9
Berlin	126 733	113 931	98 570	17,2	15,8	13,8	- 22,2	- 13,5
Brandenburg	120 503	96 395	82 539	19,9	16,1	13,8	- 31,5	- 14,4
Bremen	15 936	18 834	16 597	11,5	13,3	11,8	+ 4,1	- 11,9
Hamburg	34 015	36 542	31 978	9,1	9,5	8,3	- 6,0	- 12,5
Hessen	100 016	114 657	99 347	7,7	8,6	7,5	- 0,7	- 13,4
Mecklenburg-Vorpommern	82 509	68 063	56 737	20,4	17,3	14,5	- 31,2	- 16,6
Niedersachsen	153 367	170 553	146 032	9,2	10,0	8,6	- 4,8	- 14,4
Nordrhein-Westfalen	347 194	417 927	367 915	9,3	10,8	9,6	+ 6,0	- 12,0
Rheinland-Pfalz	64 037	65 933	56 781	7,6	7,6	6,4	- 11,3	- 13,9
Saarland	19 282	21 207	18 066	9,2	9,8	8,3	- 6,3	- 14,8
Sachsen	199 169	162 511	137 978	19,7	16,9	14,5	- 30,7	- 15,1
Sachsen-Anhalt	132 195	101 776	88 137	22,1	18,0	15,9	- 33,3	- 13,4
Schleswig-Holstein	53 194	56 683	49 637	8,9	9,3	8,1	- 6,7	- 12,4
Thüringen	104 956	82 250	68 855	18,7	15,3	13,1	- 34,4	- 16,3
Deutschland	1 890 884	1 846 521	1 564 794	10,6	10,2	8,7	- 17,2	- 15,3
Westdeutschland	1 124 819	1 221 595	1 031 978	- 8,3	- 15,5
Ostdeutschland	766 065	624 926	532 816	- 30,4	- 14,7

¹⁾ Die Arbeitslosenquoten beziehen sich auf das Bundesgebiet West (= früheres Bundesgebiet) bzw. Ost (= Beitrittsgebiet). Sie sind mit der sonstigen Aufteilung (Ostdeutschland = 5 ostdeutsche Länder plus Berlin) nicht kompatibel, da von der Bundesagentur für Arbeit Westberlin zum Bundesgebiet West gerechnet wird.

Wirtschaft und Einkommen

13. Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen

Land	Insgesamt			Je Erwerbstätigen			Veränderung des Bruttoinlandsprodukts insgesamt (real)	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Mio. €			€			%	
Baden-Württemberg	312 022	337 618	352 952	57 520	62 137	63 964	+ 8,1	+ 2,8
Bayern	379 035	414 789	434 030	59 424	64 595	66 404	+ 10,5	+ 2,8
Berlin	78 688	80 576	83 555	50 878	51 272	52 002	- 0,3	+ 2,0
Brandenburg	46 594	50 209	52 562	45 453	49 571	50 815	+ 5,2	+ 2,0
Bremen	23 288	25 374	26 527	60 072	66 392	68 188	+ 5,8	+ 2,6
Hamburg	77 574	85 061	88 997	73 939	80 013	81 966	+ 4,8	+ 2,8
Hessen	191 108	209 208	216 721	62 432	68 731	69 924	+ 7,0	+ 2,3
Mecklenburg-Vorpommern	30 878	32 655	34 335	42 545	45 744	47 360	+ 5,1	+ 2,6
Niedersachsen	181 670	198 989	206 583	51 364	56 045	57 279	+ 8,0	+ 2,0
Nordrhein-Westfalen	468 618	505 880	529 411	55 337	59 857	61 682	+ 5,6	+ 2,6
Rheinland-Pfalz	93 355	99 899	104 424	52 500	55 705	57 351	+ 6,6	+ 2,6
Saarland	25 240	28 607	29 922	49 906	56 423	58 411	+ 10,0	+ 2,3
Sachsen	81 343	88 467	92 422	42 448	46 268	47 530	+ 8,9	+ 2,4
Sachsen-Anhalt	45 777	48 705	50 969	44 787	49 054	50 767	+ 4,2	+ 2,1
Schleswig-Holstein	65 562	69 969	72 251	52 806	56 712	57 566	+ 5,4	+ 1,4
Thüringen	42 430	46 197	48 140	41 257	45 981	47 361	+ 8,7	+ 2,0
Deutschland	2 143 180	2 322 200	2 423 800	54 818	59 410	60 996	+ 7,1	+ 2,5
Westdeutschland	1 817 471	1 975 393	2 061 817	57 096	61 963	63 625	+ 7,5	+ 2,5
Ostdeutschland	325 709	346 807	361 983	44 837	48 115	49 377	+ 5,1	+ 2,2

14. Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Land	Erwerbstätige insgesamt			Anteil der Wirtschaftsbereiche			Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen	
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen		
	2002	2006	2007	2007			07/02	07/06
	1 000			%				
Baden-Württemberg	5 424,6	5 433,5	5 518,0	1,8	32,7	65,4	+ 1,7	+ 1,6
Bayern	6 378,5	6 421,3	6 536,2	2,9	28,8	68,2	+ 2,5	+ 1,8
Berlin	1 546,6	1 571,5	1 606,7	0,3	13,4	86,3	+ 3,9	+ 2,2
Brandenburg	1 025,1	1 012,9	1 034,4	3,6	22,9	73,4	+ 0,9	+ 2,1
Bremen	387,7	382,2	389,0	0,3	20,7	79,0	+ 0,4	+ 1,8
Hamburg	1 049,2	1 063,1	1 085,8	0,5	14,9	84,6	+ 3,5	+ 2,1
Hessen	3 061,1	3 043,8	3 099,4	1,4	22,7	75,9	+ 1,3	+ 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	725,8	713,9	725,0	3,9	18,9	77,3	- 0,1	+ 1,6
Niedersachsen	3 536,9	3 550,5	3 606,6	3,2	24,4	72,4	+ 2,0	+ 1,6
Nordrhein-Westfalen	8 468,4	8 451,5	8 582,9	1,5	24,2	74,3	+ 1,4	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	1 778,2	1 793,3	1 820,8	2,7	25,9	71,3	+ 2,4	+ 1,5
Saarland	505,7	507,0	512,3	0,7	28,1	71,2	+ 1,3	+ 1,0
Sachsen	1 916,3	1 912,0	1 944,5	2,1	26,8	71,1	+ 1,5	+ 1,7
Sachsen-Anhalt	1 022,1	992,9	1 004,0	2,9	23,9	73,2	- 1,8	+ 1,1
Schleswig-Holstein	1 241,6	1 233,8	1 255,1	3,2	19,5	77,3	+ 1,1	+ 1,7
Thüringen	1 028,4	1 004,7	1 016,5	2,7	29,4	67,9	- 1,2	+ 1,2
Deutschland	39 096,0	39 088,0	39 737,0	2,1	25,4	72,4	+ 1,6	+ 1,7
Westdeutschland	31 831,7	31 880,2	32 406,0	2,1	26,1	71,8	+ 1,8	+ 1,6
Ostdeutschland	7 264,3	7 207,8	7 331,0	2,3	22,5	75,2	+ 0,9	+ 1,7

15. Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei in jeweiligen Preisen

Land	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2002	2006	2007	2002	2007	2007		07/02	07/06
	Mio. €			%		€		%	
Baden-Württemberg	2 554	2 053	2 245	0,9	0,7	11,3	22 160	- 2,4	+ 1,4
Bayern	4 421	3 575	4 040	1,3	1,0	20,3	21 162	+ 1,5	+ 1,5
Berlin	119	87	96	0,2	0,1	0,5	18 739	- 24,8	+ 2,4
Brandenburg	1 017	761	844	2,4	1,8	4,2	22 456	- 11,4	- 3,4
Bremen	56	68	70	0,3	0,3	0,4	51 697	+ 23,7	- 2,4
Hamburg	146	143	158	0,2	0,2	0,8	30 329	+ 13,6	+ 2,4
Hessen	1 105	885	1 083	0,6	0,6	5,4	24 676	+ 6,2	+ 9,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 108	690	759	4,0	2,5	3,8	26 948	- 26,7	- 6,0
Niedersachsen	3 288	2 838	3 056	2,0	1,7	15,3	26 178	+ 11,4	+ 3,5
Nordrhein-Westfalen	3 024	2 647	2 878	0,7	0,6	14,4	22 413	+ 10,5	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	1 371	1 253	1 327	1,6	1,4	6,7	26 551	+ 18,9	+ 3,4
Saarland	80	56	63	0,4	0,2	0,3	16 564	- 14,2	- 1,8
Sachsen	964	665	830	1,3	1,0	4,2	20 059	- 7,7	+ 7,9
Sachsen-Anhalt	918	608	723	2,2	1,6	3,6	25 230	- 16,1	+ 0,8
Schleswig-Holstein	1 231	994	1 105	2,1	1,7	5,5	27 444	+ 0,7	+ 1,1
Thüringen	758	518	652	2,0	1,5	3,3	23 996	- 7,2	+ 7,3
Deutschland	22 160	17 840	19 930	1,1	0,9	100,0	23 447	+ 1,6	+ 2,9
Westdeutschland	17 276	14 512	16 025	1,1	0,9	80,4	23 501	+ 6,1	+ 3,4
Ostdeutschland	4 884	3 328	3 905	1,7	1,2	19,6	23 227	- 14,7	+ 0,9

16. Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in jeweiligen Preisen

Land	Produzierendes Gewerbe			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2002	2006	2007	2002	2007			07/02	07/06
	Mio. €			%			€		%
Baden-Württemberg	106 799	117 246	124 340	37,9	39,3	19,0	68 870	+ 16,8	+ 5,0
Bayern	103 200	113 960	121 112	30,2	31,1	18,5	64 228	+ 19,7	+ 5,5
Berlin	13 033	13 105	13 541	18,4	18,1	2,1	62 887	+ 0,8	+ 2,0
Brandenburg	10 184	11 143	12 025	24,2	25,5	1,8	50 730	+ 8,8	+ 5,8
Bremen	5 884	5 980	6 269	28,0	26,4	1,0	78 017	+ 0,9	+ 2,9
Hamburg	13 186	13 511	13 945	18,8	17,5	2,1	86 360	- 1,6	+ 1,7
Hessen	43 249	46 290	48 498	25,1	25,0	7,4	69 056	+ 10,1	+ 3,4
Mecklenburg-Vorpommern	5 375	5 651	6 296	19,3	20,5	1,0	46 046	+ 12,9	+ 9,0
Niedersachsen	50 608	54 166	56 598	30,9	30,6	8,7	64 442	+ 8,1	+ 3,3
Nordrhein-Westfalen	122 333	133 153	142 395	28,9	30,0	21,8	68 452	+ 11,0	+ 5,1
Rheinland-Pfalz	27 098	28 760	30 786	32,2	32,9	4,7	65 172	+ 12,3	+ 5,5
Saarland	7 069	8 853	9 517	31,0	35,5	1,5	66 219	+ 24,2	+ 5,3
Sachsen	20 186	23 386	25 387	27,5	30,7	3,9	48 749	+ 28,9	+ 7,5
Sachsen-Anhalt	10 894	12 778	13 972	26,4	30,6	2,1	58 172	+ 22,5	+ 7,5
Schleswig-Holstein	13 146	14 081	14 344	22,2	22,2	2,2	58 567	+ 7,7	+ 0,3
Thüringen	11 255	13 237	14 175	29,4	32,9	2,2	47 374	+ 27,0	+ 6,2
Deutschland	563 500	615 300	653 200	29,1	30,1	100,0	64 648	+ 14,0	+ 4,9
Westdeutschland	492 572	536 000	567 804	30,0	30,7	86,9	67 158	+ 13,4	+ 4,6
Ostdeutschland	70 928	79 300	85 396	24,1	26,3	13,1	51 778	+ 18,3	+ 6,2

17. Bruttowertschöpfung der dienstleistenden Wirtschaftsbereiche in jeweiligen Preisen

Land	Dienstleistende Wirtschaftsbereiche			Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung		Anteil an Deutschland	BWS je Erwerbstätigen	Veränderung der BWS (real)	
	2002	2006	2007	2002	2007			07/02	07/06
	Mio. €			%			€		%
Baden-Württemberg	172 096	185 174	189 726	61,1	60,0	12,7	52 538	+ 4,7	+ 1,9
Bayern	234 275	256 532	263 821	68,5	67,8	17,6	59 158	+ 8,3	+ 2,2
Berlin	57 825	59 473	61 244	81,5	81,8	4,1	44 178	+ 0,7	+ 2,4
Brandenburg	30 827	33 376	34 236	73,3	72,7	2,3	45 063	+ 5,8	+ 1,4
Bremen	15 066	16 835	17 434	71,7	73,3	1,2	56 730	+ 9,1	+ 3,0
Hamburg	56 640	63 055	65 655	80,9	82,3	4,4	71 434	+ 7,5	+ 3,5
Hessen	128 029	141 494	144 642	74,3	74,5	9,6	61 466	+ 7,3	+ 2,4
Mecklenburg-Vorpommern	21 369	23 108	23 716	76,7	77,1	1,6	42 343	+ 5,8	+ 1,8
Niedersachsen	109 974	122 450	125 483	67,1	67,8	8,4	48 049	+ 9,4	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	297 346	320 415	329 179	70,3	69,4	22,0	51 641	+ 4,9	+ 2,0
Rheinland-Pfalz	55 739	60 079	61 470	66,2	65,7	4,1	47 342	+ 5,2	+ 1,7
Saarland	15 618	16 890	17 235	68,6	64,3	1,1	47 257	+ 5,2	+ 1,3
Sachsen	52 224	55 730	56 610	71,2	68,3	3,8	40 953	+ 3,2	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	29 480	30 538	30 983	71,4	67,8	2,1	42 146	- 0,6	+ 0,4
Schleswig-Holstein	44 761	48 024	49 302	75,7	76,1	3,3	50 830	+ 6,2	+ 2,1
Thüringen	26 260	27 907	28 315	68,6	65,6	1,9	41 032	+ 2,9	+ 0,4
Deutschland	1 347 530	1 461 080	1 499 050	69,7	69,0	100,0	52 081	+ 5,9	+ 2,0
Westdeutschland	1 129 546	1 230 948	1 263 946	68,9	68,4	84,3	54 318	+ 6,5	+ 2,1
Ostdeutschland	217 984	230 132	235 104	74,2	72,5	15,7	42 640	+ 2,6	+ 1,3

18. Unternehmensinsolvenzen

Land	Insolvenzen			Je 10 000 Unternehmen		Veränderung der Zahl der Insolvenzen	
	2002	2006	2007	2002	2007 ¹⁾	07/02	07/06
	Anzahl					%	
Baden-Württemberg	3 366	2 425	2 137	82,2	50,1	- 36,5	- 11,9
Bayern	4 687	4 300	3 831	91,1	69,1	- 18,3	- 10,9
Berlin	2 094	1 381	1 428	188,6	114,8	- 31,8	+ 3,4
Brandenburg	1 592	940	801	205,6	94,0	- 49,7	- 14,8
Bremen	313	228	219	144,4	97,6	- 30,0	- 3,9
Hamburg	809	729	593	104,3	70,4	- 26,7	- 18,7
Hessen	2 231	1 954	1 720	96,1	70,3	- 22,9	- 12,0
Mecklenburg-Vorpommern	1 146	672	490	227,8	92,6	- 57,2	- 27,1
Niedersachsen	2 680	2 999	2 507	107,3	93,8	- 6,5	- 16,4
Nordrhein-Westfalen	9 369	11 084	9 374	149,8	143,0	+ 0,1	- 15,4
Rheinland-Pfalz	1 497	1 586	1 383	99,3	89,0	- 7,6	- 12,8
Saarland	298	398	402	88,0	114,6	+ 34,9	+ 1,0
Sachsen	2 727	2 212	1 815	203,5	126,2	- 33,4	- 17,9
Sachsen-Anhalt	2 012	1 131	850	306,6	125,3	- 57,8	- 24,8
Schleswig-Holstein	1 388	1 317	1 095	137,6	105,0	- 21,1	- 16,9
Thüringen	1 370	781	515	188,9	68,0	- 62,4	- 34,1
Deutschland	37 579	34 137	29 160	128,4	94,1	- 22,4	- 14,6
Westdeutschland	26 638	27 020	23 261	110,3	91,2	- 12,7	- 13,9
Ostdeutschland	10 941	7 117	5 899	214,1	107,3	- 46,1	- 17,1

¹⁾ Bezogen auf die Zahl der Unternehmen im Jahr 2006.

19. Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen

Land	Anzahl der Unternehmen			Darunter Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Zahl der Unternehmen insgesamt	
	2002	2005	2006	2002	2005	2006	06/02	06/05
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	409 401	419 088	426 470	408 038	417 523	424 783	+ 4,2	+ 1,8
Bayern	514 242	541 050	554 193	512 922	539 599	552 626	+ 7,8	+ 2,4
Berlin	111 039	119 237	124 357	110 849	119 046	124 133	+ 12,0	+ 4,3
Brandenburg	77 430	82 441	85 203	77 368	82 354	85 102	+ 10,0	+ 3,4
Bremen	21 672	22 166	22 434	21 547	22 033	22 278	+ 3,5	+ 1,2
Hamburg	77 532	81 234	84 183	77 130	80 779	83 711	+ 8,6	+ 3,6
Hessen	232 246	240 565	244 700	231 512	239 817	243 906	+ 5,4	+ 1,7
Mecklenburg-Vorpommern	50 315	51 750	52 918	50 273	51 693	52 850	+ 5,2	+ 2,3
Niedersachsen	249 803	261 203	267 156	249 120	260 429	266 309	+ 6,9	+ 2,3
Nordrhein-Westfalen	625 283	645 227	655 723	623 155	642 861	653 150	+ 4,9	+ 1,6
Rheinland-Pfalz	150 707	153 359	155 368	150 415	153 025	155 004	+ 3,1	+ 1,3
Saarland	33 871	34 562	35 080	33 784	34 458	34 968	+ 3,6	+ 1,5
Sachsen	134 007	140 176	143 807	133 891	140 041	143 651	+ 7,3	+ 2,6
Sachsen-Anhalt	65 618	66 667	67 863	65 558	66 576	67 763	+ 3,4	+ 1,8
Schleswig-Holstein	100 860	103 620	104 321	100 591	103 356	104 029	+ 3,4	+ 0,7
Thüringen	72 544	74 413	75 717	72 489	74 352	75 638	+ 4,4	+ 1,8
Deutschland	2 926 570	3 036 758	3 099 493	2 918 642	3 027 942	3 089 901	+ 5,9	+ 2,1
Westdeutschland	2 415 617	2 502 074	2 549 628	2 408 214	2 493 880	2 540 764	+ 5,5	+ 1,9
Ostdeutschland	510 953	534 684	549 865	510 428	534 062	549 137	+ 7,6	+ 2,8

20. Lieferungen und Leistungen der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen

Land	Lieferungen und Leistungen insgesamt			Darunter Lieferungen und Leistungen von Unternehmen mit weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz (KMU)			Veränderung der Lieferungen und Leistungen insgesamt		Anteile d. KMU a.d. Lieferungen u. Leistungen 2006
	2002	2005	2006	2002	2005	2006	06/02	06/05	
	Mio. €						%		
Baden-Württemberg	683 527	744 347	810 195	266 852	272 965	290 255	+ 18,5	+ 8,8	35,8
Bayern	691 662	760 833	813 107	297 298	307 796	328 083	+ 17,6	+ 6,9	40,3
Berlin	111 217	123 275	137 554	47 213	49 281	52 582	+ 23,7	+ 11,6	38,2
Brandenburg	50 115	57 530	63 581	34 927	36 605	39 323	+ 26,9	+ 10,5	61,8
Bremen	49 618	50 959	59 490	19 164	19 850	20 819	+ 19,9	+ 16,7	35,0
Hamburg	274 438	304 199	327 595	56 007	58 128	60 772	+ 19,4	+ 7,7	18,6
Hessen	370 573	391 742	419 726	138 955	136 156	144 306	+ 13,3	+ 7,1	34,4
Mecklenburg-Vorpommern	31 997	33 238	35 655	25 276	25 269	26 588	+ 11,4	+ 7,3	74,6
Niedersachsen	372 022	403 529	431 604	159 864	165 620	175 149	+ 16,0	+ 7,0	40,6
Nordrhein-Westfalen	1 150 373	1 186 324	1 273 331	418 502	418 456	439 681	+ 10,7	+ 7,3	34,5
Rheinland-Pfalz	152 927	162 900	174 782	80 026	80 597	84 868	+ 14,3	+ 7,3	48,6
Saarland	39 474	47 990	54 278	18 994	19 290	20 416	+ 37,5	+ 13,1	37,6
Sachsen	80 689	92 093	102 754	60 511	63 533	68 666	+ 27,3	+ 11,6	66,8
Sachsen-Anhalt	41 048	47 362	54 478	33 038	33 325	35 606	+ 32,7	+ 15,0	65,4
Schleswig-Holstein	110 323	115 712	122 098	58 178	60 157	63 230	+ 10,7	+ 5,5	51,8
Thüringen	42 558	45 364	49 772	35 237	36 660	38 859	+ 17,0	+ 9,7	78,1
Deutschland	4 252 562	4 567 397	4 930 000	1 750 043	1 783 688	1 889 203	+ 15,9	+ 7,9	38,3
Westdeutschland	3 894 937	4 168 535	4 486 206	1 513 840	1 539 015	1 627 579	+ 15,2	+ 7,6	36,3
Ostdeutschland	357 624	398 862	443 794	236 202	244 673	261 624	+ 24,1	+ 11,3	59,0

21. Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Gesamtumsatz						Veränderung des Gesamtumsatzes	
	insgesamt			darunter Ausland			07/02	07/06
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	%	
Mio. €								
Baden-Württemberg	237 063	283 988	302 439	102 845	136 603	148 813	+27,6	+6,5
Bayern	256 086	312 304	330 558	112 322	146 491	158 975	+29,1	+5,8
Berlin	29 986	30 981	31 709	7 533	9 644	10 539	+5,7	+2,4
Brandenburg	16 614	20 700	22 693	2 996	4 886	5 413	+36,6	+9,6
Bremen	21 109	17 979	18 757	11 338	9 107	9 249	-11,1	+4,3
Hamburg	66 053	72 515	74 177	10 715	15 829	17 073	+12,3	+2,3
Hessen	82 609	95 391	101 003	32 670	42 902	47 401	+22,3	+5,9
Mecklenburg-Vorpommern	8 030	10 829	12 915	1 447	2 637	3 136	+60,8	+19,3
Niedersachsen	135 390	169 923	179 138	54 784	69 850	75 944	+32,3	+5,4
Nordrhein-Westfalen	286 895	329 703	354 367	102 382	134 101	148 419	+23,5	+7,5
Rheinland-Pfalz	62 263	73 922	80 354	27 165	35 042	38 888	+29,1	+8,7
Saarland	19 875	23 693	25 545	8 840	11 148	11 934	+28,5	+7,8
Sachsen	34 937	50 966	57 027	10 178	17 371	20 218	+63,2	+11,9
Sachsen-Anhalt	21 185	34 427	38 053	4 157	8 812	10 289	+79,6	+10,5
Schleswig-Holstein	28 077	34 190	33 525	9 627	13 902	13 537	+19,4	-1,9
Thüringen	19 972	27 035	29 444	5 001	8 006	9 200	+47,4	+8,9
Deutschland	1 326 147	1 588 546	1 691 704	504 000	666 331	729 027	+27,6	+6,5
Westdeutschland	1 195 420	1 413 608	1 499 862	472 688	614 975	670 233	+25,5	+6,1
Ostdeutschland	130 724	174 938	191 842	31 312	51 356	58 794	+46,8	+9,7

22. Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe

Land	Umsatz			Anteil am Bundesgebiet			Veränderung	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Mio. €			%				
Baden-Württemberg	10 825	10 379	10 414	12,4	12,6	12,7	-3,8	+0,3
Bayern	16 447	15 998	15 772	18,9	19,4	19,3	-4,1	-1,4
Berlin	2 519	2 154	2 124	2,9	2,6	2,6	-15,7	-1,4
Brandenburg	3 843	3 320	3 282	4,4	4,0	4,0	-14,6	-1,1
Bremen	732	585	465	0,8	0,7	0,6	-36,5	-20,5
Hamburg	1 788	1 682	1 457	2,1	2,0	1,8	-18,5	-13,4
Hessen	5 868	5 405	5 627	6,7	6,6	6,9	-4,1	+4,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 276	1 802	1 846	2,6	2,2	2,3	-18,9	+2,4
Niedersachsen	8 580	8 685	8 453	9,8	10,5	10,3	- 1,5	- 2,7
Nordrhein-Westfalen	14 043	13 399	13 738	16,1	16,3	16,8	-2,2	+2,5
Rheinland-Pfalz	4 187	4 236	4 224	4,8	5,1	5,2	+0,9	-0,3
Saarland	1 059	1 037	961	1,2	1,3	1,2	-9,3	-7,3
Sachsen	6 021	5 603	5 454	6,9	6,8	6,7	-9,4	-2,7
Sachsen-Anhalt	3 547	3 026	2 975	4,1	3,7	3,6	-16,1	-1,7
Schleswig-Holstein	2 461	2 208	2 246	2,8	2,7	2,7	-8,7	+1,7
Thüringen	2 975	2 875	2 870	3,4	3,5	3,5	-3,5	-0,2
Deutschland	87 171	82 394	81 908	100,0	100,0	100,0	- 6,0	- 0,6
Westdeutschland	65 990	63 614	63 357	75,7	77,2	77,4	-4,0	-0,4
Ostdeutschland	21 181	18 780	18 551	24,3	22,8	22,6	-12,4	-1,2

23. Gästeübernachtungen (einschl. Campingplätze)

Land	Übernachtungen						Veränderung der Übernachtungen insgesamt	
	insgesamt			darunter von Auslandsgästen			07/02	07/06
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	%	
Anzahl (1 000)								
Baden-Württemberg	40 829	40 857	42 405	5 624	7 261	7 437	+3,9	+3,8
Bayern	74 738	74 691	76 258	9 295	12 055	12 803	+2,0	+2,1
Berlin	11 135	15 910	17 286	3 262	5 925	6 614	+55,2	+8,6
Brandenburg	9 199	9 552	9 935	524	666	706	+8,0	+4,0
Bremen ¹⁾	1 293	1 469	1 531	264	349	370	-	+4,2
Hamburg ¹⁾	5 149	7 177	7 402	1 107	1 562	1 536	-	+3,1
Hessen	25 592	25 968	26 882	4 714	5 441	5 382	+5,0	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	24 482	24 772	26 320	550	696	754	+7,5	+6,3
Niedersachsen	35 879	34 885	35 884	2 058	2 605	2 734	+0,0	+2,9
Nordrhein-Westfalen	37 293	39 264	40 404	6 073	7 740	7 755	+8,3	+2,9
Rheinland-Pfalz	19 846	19 916	19 940	4 405	4 856	4 824	+0,5	+0,1
Saarland	2 174	2 195	2 285	217	285	299	+5,1	+4,1
Sachsen	13 879	16 378	16 052	851	1 327	1 345	+15,7	-2,0
Sachsen-Anhalt	5 585	6 414	6 521	310	424	417	+16,8	+1,7
Schleswig-Holstein	22 852	23 044	23 595	964	1 225	1 276	+3,3	+2,4
Thüringen	8 596	8 731	9 140	426	531	530	+6,3	+4,7
Deutschland	338 522	351 224	361 840	40 643	52 947	54 779	+6,9	+3,0
Westdeutschland	265 646	269 467	276 586	34 720	43 379	44 415	+4,1	+2,6
Ostdeutschland	72 876	81 757	85 254	5 923	9 568	10 365	+17,0	+4,3

¹⁾ Bremen und Hamburg 2002 ohne Campingplätze.

24. Ausfuhr

Land	Ausfuhr insgesamt			Anteil an der deutschen Ausfuhr 2007	Veränderung der Ausfuhr insgesamt	
	2002	2006	2007		07/02	07/06
	Mio. €			%		
Baden-Württemberg	103 762	141 538	150 534	19,1	+45,1	+6,4
Bayern	102 472	140 368	153 612	19,5	+49,9	+9,4
Berlin	9 232	11 484	12 276	1,6	+33,0	+6,9
Brandenburg	4 593	8 745	10 365	1,3	+125,7	+18,5
Bremen	10 184	12 074	12 049	1,5	+18,3	-0,2
Hamburg	21 855	27 739	28 767	3,7	+31,6	+3,7
Hessen	32 713	44 764	49 293	6,3	+50,7	+10,1
Mecklenburg-Vorpommern	2 267	3 898	4 596	0,6	+102,7	+17,9
Niedersachsen	48 793	67 345	73 693	9,4	+ 51,0	+ 9,4
Nordrhein-Westfalen	119 622	159 577	174 051	22,1	+45,5	+9,1
Rheinland-Pfalz	26 557	36 362	40 690	5,2	+53,2	+11,9
Saarland	9 389	12 361	13 700	1,7	+45,9	+10,8
Sachsen	13 932	19 590	23 367	3,0	+67,7	+19,3
Sachsen-Anhalt	4 875	10 002	11 329	1,4	+132,4	+13,3
Schleswig-Holstein	11 728	17 373	17 128	2,2	+46,0	-1,4
Thüringen	5 086	9 275	10 667	1,4	+109,7	+15,0
Deutschland ¹⁾	651 259	892 973	968 983	100,0	+ 48,8	+ 8,5
Westdeutschland	487 075	659 501	713 517	90,8	+46,5	+8,2
Ostdeutschland	39 985	62 994	72 600	9,2	+81,6	+15,2

¹⁾ Einschließlich Waren ausländischen Ursprungs und regional nicht zuordnungsfähiger Exporte. Anteilsberechnung der Länder nur auf Basis der regional zuordnungsfähigen Werte.

25. Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer

Land	Je Arbeitnehmer(in)			Deutschland = 100		Veränderung je Arbeitnehmer (in)	
	2002	2006	2007	2006	2007	07/02	07/06
	€			Messzahl		%	
Baden-Württemberg	34 645	36 093	36 609	108,9	109,4	+ 5,7	+ 1,4
Bayern	33 378	34 557	35 078	104,3	104,8	+ 5,1	+ 1,5
Berlin	32 608	32 910	33 046	99,3	98,7	+ 1,3	+ 0,4
Brandenburg	26 591	27 211	27 490	82,1	82,1	+ 3,4	+ 1,0
Bremen	32 999	33 924	34 122	102,4	101,9	+ 3,4	+ 0,6
Hamburg	37 187	38 341	38 869	115,7	116,1	+ 4,5	+ 1,4
Hessen	35 510	36 711	36 929	110,8	110,3	+ 4,0	+ 0,6
Mecklenburg-Vorpommern	25 040	25 503	25 621	76,9	76,5	+ 2,3	+ 0,5
Niedersachsen	30 975	31 747	31 787	95,8	95,0	+ 2,6	+ 0,1
Nordrhein-Westfalen	33 226	33 892	34 202	102,3	102,2	+ 2,9	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	31 519	32 218	32 478	97,2	97,0	+ 3,0	+ 0,8
Saarland	31 681	32 631	32 902	98,4	98,3	+ 3,9	+ 0,8
Sachsen	25 660	26 681	27 008	80,5	80,7	+ 5,3	+ 1,2
Sachsen-Anhalt	25 467	26 374	26 649	79,6	79,6	+ 4,6	+ 1,0
Schleswig-Holstein	30 108	30 427	30 615	91,8	91,5	+ 1,7	+ 0,6
Thüringen	25 312	26 313	26 576	79,4	79,4	+ 5,0	+ 1,0
Deutschland	32 189	33 145	33 474	100,0	100,0	+ 4,0	+ 1,0
Westdeutschland	33 355	34 330	34 677	103,6	103,6	+ 4,0	+ 1,0
Ostdeutschland	27 106	27 860	28 110	84,1	84,0	+ 3,7	+ 0,9

26. Bruttomonatsverdienste der weiblichen Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und im Versicherungsgewerbe

Land	Je Arbeitnehmerin im Oktober			Veränderung		Abstand zu den männlichen Arbeitnehmern		
	2001	2005	2006	06/01	06/05	2001	2005	2006
	€			%		%		
Baden-Württemberg	2 337	2 603	2 655	+ 13,6	+ 2,0	- 24,8	- 24,2	- 23,9
Bayern	2 308	2 604	2 660	+ 15,3	+ 2,2	- 22,7	- 20,8	- 20,3
Berlin	-	2 779	2 832	-	+ 1,9	-	- 14,9	- 15,7
Brandenburg	1 939	2 206	2 234	+ 15,2	+ 1,3	- 10,1	- 9,2	- 9,1
Bremen	2 397	2 561	2 607	+ 8,8	+ 1,8	- 23,3	- 23,2	- 23,1
Hamburg	2 719	3 064	3 122	+ 14,8	+ 1,9	- 19,3	- 19,0	- 19,6
Hessen	2 560	2 895	2 964	+ 15,8	+ 2,4	- 17,5	- 16,1	- 15,4
Mecklenburg-Vorpommern	1 892	2 017	2 048	+ 8,2	+ 1,5	- 9,0	- 11,6	- 12,4
Niedersachsen	2 208	2 418	2 452	+ 11,1	+ 1,4	- 22,4	- 21,6	- 21,1
Nordrhein-Westfalen	2 382	2 605	2 651	+ 11,3	+ 1,8	- 19,3	- 19,0	- 19,6
Rheinland-Pfalz	2 288	2 565	2 637	+ 15,3	+ 2,8	- 20,3	- 19,1	- 18,5
Saarland	2 110	2 371	2 411	+ 14,3	+ 1,7	- 25,1	- 22,8	- 23,5
Sachsen	1 831	1 997	2 037	+ 11,3	+ 2,0	- 14,1	- 14,5	- 13,8
Sachsen-Anhalt	1 914	2 110	2 143	+ 12,0	+ 1,6	- 8,5	- 10,1	- 10,2
Schleswig-Holstein	2 195	2 495	2 540	+ 15,7	+ 1,8	- 23,0	- 20,5	- 20,1
Thüringen	1 730	1 912	1 942	+ 12,3	+ 1,6	- 16,3	- 15,5	- 15,1
Deutschland	2 294	2 550	2 600	+ 13,3	+ 2,0	- 21,0	- 20,2	- 20,1
Westdeutschland ¹⁾	2 355	2 623	2 676	+ 13,6	+ 2,0	- 21,4	- 20,3	- 20,2
Ostdeutschland ²⁾	1 846	2 085	2 118	+ 14,7	+ 1,6	- 12,6	- 11,9	- 11,7

¹⁾ Einschl. Berlin-West. – ²⁾ Einschl. Berlin-Ost.

Innovation

27. Gewerbeanmeldungen

Land	Anmeldungen				Darunter Neuerrichtung		Veränderung der Zahl der Anmeldungen	
	2002	2006	2007		2002	2007		
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl		07/02	07/06
Baden-Württemberg	91 310	109 218	106 566	9,9	72 125	84 328	+ 16,7	- 2,4
Bayern	120 573	146 463	142 885	11,4	94 107	115 618	+ 18,5	- 2,4
Berlin	33 875	45 762	44 290	13,0	27 467	39 228	+ 30,7	- 3,2
Brandenburg	20 275	25 499	23 555	9,3	16 953	19 177	+ 16,2	- 7,6
Bremen	5 025	6 625	6 407	9,7	4 147	5 603	+ 27,5	- 3,3
Hamburg	19 416	21 955	21 918	12,5	15 755	19 060	+ 12,9	- 0,2
Hessen	61 113	76 700	77 768	12,8	47 763	64 269	+ 27,3	+ 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	13 914	15 465	14 666	8,7	11 880	12 424	+ 5,4	- 5,2
Niedersachsen	62 032	76 736	73 703	9,2	49 155	60 477	+ 18,8	- 4,0
Nordrhein-Westfalen	151 693	186 413	180 727	10,0	124 656	152 410	+ 19,1	- 3,1
Rheinland-Pfalz	36 778	44 480	41 540	10,3	29 952	34 624	+ 12,9	- 6,6
Saarland	7 853	9 216	8 788	8,5	6 487	7 505	+ 11,9	- 4,6
Sachsen	35 681	43 736	39 038	9,2	30 272	32 981	+ 9,4	- 10,7
Sachsen-Anhalt	17 258	19 908	17 868	7,4	14 333	15 387	+ 3,5	- 10,2
Schleswig-Holstein	27 771	32 847	30 781	10,9	22 491	24 589	+ 10,8	- 6,3
Thüringen	18 766	20 768	18 061	7,9	15 285	15 099	- 3,8	- 13,0
Deutschland	723 333	881 791	848 561	10,3	582 828	702 779	+ 17,3	- 3,8
Westdeutschland	583 564	710 653	691 083	10,5	466 638	568 483	+ 18,4	- 2,8
Ostdeutschland	139 769	171 138	157 478	9,5	116 190	134 296	+ 12,7	- 8,0

28. Gewerbeabmeldungen

Land	Abmeldungen				Darunter vollständige Aufgabe		Veränderung der Zahl der Abmeldungen	
	2002	2006	2007		2002	2007		
	Anzahl		je 1 000 Einw.		Anzahl		07/02	07/06
Baden-Württemberg	84 108	90 411	90 762	8,4	63 813	68 670	+ 7,9	+ 0,4
Bayern	99 972	113 657	113 734	9,1	68 972	85 426	+ 13,8	+ 0,1
Berlin	29 887	32 773	32 782	9,6	23 812	28 033	+ 9,7	+ 0,0
Brandenburg	18 194	21 279	22 040	8,7	14 448	17 764	+ 21,1	+ 3,6
Bremen	4 568	5 596	5 446	8,2	3 857	4 697	+ 19,2	- 2,7
Hamburg	14 158	14 785	14 890	8,5	10 953	12 466	+ 5,2	+ 0,7
Hessen	55 965	62 492	64 525	10,6	43 458	51 091	+ 15,3	+ 3,3
Mecklenburg-Vorpommern	14 847	13 359	13 480	8,0	12 862	11 424	- 9,2	+ 0,9
Niedersachsen	54 457	60 435	60 766	7,6	41 911	47 533	+ 11,6	+ 0,5
Nordrhein-Westfalen	134 664	156 128	154 119	8,6	107 778	125 872	+ 14,4	- 1,3
Rheinland-Pfalz	31 558	35 490	35 043	8,7	24 988	28 007	+ 11,0	- 1,3
Saarland	7 543	7 867	7 656	7,4	5 990	6 350	+ 1,5	- 2,7
Sachsen	34 931	35 256	34 964	8,3	29 577	28 810	+ 0,1	- 0,8
Sachsen-Anhalt	18 149	17 464	16 989	7,0	15 472	14 674	- 6,4	- 2,7
Schleswig-Holstein	23 928	25 816	24 926	8,8	18 259	19 382	+ 4,2	- 3,4
Thüringen	18 761	17 373	17 007	7,4	15 090	13 699	- 9,3	- 2,1
Deutschland	645 690	710 181	709 130	8,6	501 240	563 898	+ 9,8	- 0,1
Westdeutschland	510 921	572 677	571 867	8,7	389 979	449 494	+ 11,9	- 0,1
Ostdeutschland	134 769	137 504	137 262	8,3	111 261	114 404	+ 1,8	- 0,2

29. Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Land	Bruttoausgaben				Veränderung der Investitionen insgesamt	
	insgesamt		je Beschäftigten			
	2001	2005	2006		06/01	06/05
	Mio. €			€	%	
Baden-Württemberg	9 912,9	7 992,5	9 312,8	7 782	-6,1	+16,5
Bayern	11 374,3	8 982,9	10 311,9	8 926	-9,3	+14,8
Berlin	953,0	836,1	971,3	9 948	+1,9	+16,2
Brandenburg	1 138,2	872,4	1 016,0	11 897	-10,7	+16,5
Bremen	572,0	514,2	563,4	10 105	-1,5	+9,6
Hamburg	1 026,0	1 040,8	952,6	9 982	-7,2	-8,5
Hessen	3 676,6	2 442,9	2 727,1	6 751	-25,8	+11,6
Mecklenburg-Vorpommern	471,4	403,6	610,1	11 639	+29,4	+51,2
Niedersachsen	4 358,8	4 154,6	3 708,3	7 252	- 14,9	- 10,7
Nordrhein-Westfalen	11 318,9	9 020,7	8 654,7	6 904	-23,5	-4,1
Rheinland-Pfalz	2 522,8	2 036,7	2 153,1	7 961	-14,7	+5,7
Saarland	842,6	813,4	650,9	6 791	-22,8	-20,0
Sachsen	3 478,9	3 062,4	3 323,4	14 197	-4,5	+8,5
Sachsen-Anhalt	1 255,7	1 458,2	1 446,7	12 814	+15,2	-0,8
Schleswig-Holstein	946,0	807,7	864,2	6 896	-8,6	+7,0
Thüringen	1 943,3	1 061,9	1 305,8	8 864	-32,8	+23,0
Deutschland	55 791,4	45 501,0	48 572,0	8 242	- 12,9	+ 6,7
Westdeutschland	46 550,9	37 806,4	39 899,0	7 727	-14,3	+5,5
Ostdeutschland	9 240,5	7 694,6	8 673,3	11 885	-6,1	+12,7

30. Bestand unmittelbarer Direktinvestitionen der Ausländer im Inland

Land	Bestand (31.12.)			Deutschland = 100		Veränderung	
	2001	2005	2006	2001	2006	06/01	06/05
	Mio. €			%			
Baden-Württemberg	56 544	71 668	79 730	11,7	13,5	+ 41,0	+ 11,2
Bayern	61 332	78 644	82 919	12,7	14,1	+ 35,2	+ 5,4
Berlin	12 704	17 124	20 999	2,6	3,6	+ 65,3	+ 22,6
Brandenburg	998	937	962	0,2	0,2	- 3,6	+ 2,7
Bremen	1 415	4 227	4 754	0,3	0,8	+ 236,0	+ 12,5
Hamburg	40 308	66 306	70 416	8,4	12,0	+ 74,7	+ 6,2
Hessen	99 288	104 276	109 996	20,6	18,7	+ 10,8	+ 5,5
Mecklenburg-Vorpommern	822	2 857	2 884	0,2	0,5	+ 250,9	+ 0,9
Niedersachsen	11 390	15 967	16 611	2,4	2,8	+ 45,8	+ 4,0
Nordrhein-Westfalen	172 442	148 587	167 575	35,8	28,5	- 2,8	+ 12,8
Rheinland-Pfalz	9 760	11 053	12 269	2,0	2,1	+ 25,7	+ 11,0
Saarland	1 116	2 174	2 008	0,2	0,3	+ 79,9	- 7,6
Sachsen	1 440	2 321	2 305	0,3	0,4	+ 60,1	- 0,7
Sachsen-Anhalt	3 257	4 153	4 084	0,7	0,7	+ 25,4	- 1,7
Schleswig-Holstein	7 199	10 120	9 612	1,5	1,6	+ 33,5	- 5,0
Thüringen	1 443	2 147	1 311	0,3	0,2	- 9,1	-38,9
Deutschland	481 458	542 560	588 437	100,0	100,0	+ 22,2	+ 8,5
Westdeutschland	460 794	513 022	555 890	95,7	94,5	+ 20,6	+ 8,4
Ostdeutschland	20 664	29 539	32 545	4,3	5,5	+ 57,5	+ 10,2

31. Patentanmeldungen

Land	Insgesamt			Anmeldungen je 100 000 Einwohner			Veränderung der Anmeldungen ¹⁾	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	12 822	13 347	13 638	121	124	127	+ 6,4	+ 2,2
Bayern	14 144	14 010	13 616	114	112	109	- 3,7	- 2,8
Berlin	1 146	943	992	34	28	29	- 13,4	+ 5,2
Brandenburg	367	428	389	14	17	15	+ 6,0	- 9,1
Bremen	150	142	178	23	21	27	+ 18,7	+ 25,4
Hamburg	1 213	946	973	70	54	55	- 19,8	+ 2,9
Hessen	4 133	3 202	2 963	68	53	49	- 28,3	- 7,5
Mecklenburg-Vorpommern	190	183	170	11	11	10	- 10,5	- 7,1
Niedersachsen	2 959	2 603	2 715	37	33	34	- 8,2	+ 4,3
Nordrhein-Westfalen	9 025	8 195	8 190	50	45	45	- 9,3	- 0,1
Rheinland-Pfalz	2 459	1 311	1 235	61	32	31	- 49,8	- 5,8
Saarland	340	318	331	32	30	32	- 2,6	+ 4,1
Sachsen	848	810	923	19	19	22	+ 8,8	+ 14,0
Sachsen-Anhalt	361	343	327	14	14	13	- 9,4	- 4,7
Schleswig-Holstein	629	585	615	22	21	22	- 2,2	+ 5,1
Thüringen	727	646	598	30	28	26	- 17,7	- 7,4
Deutschland	51 513	48 012	47 853	62	58	58	- 7,1	- 0,3
Westdeutschland	47 874	44 659	44 454	73	68	68	- 7,1	- 0,5
Ostdeutschland	3 639	3 353	3 399	21	20	20	- 6,6	+ 1,4

¹⁾ Bedingt durch die Reform des internationalen Patentrechtsabkommens 2004 sind die Werte ab 2004 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Humanpotenzial

32. Schulentlassene ohne Hauptschulabschluss

Land	Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss			Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung ¹⁾			Veränderung der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	9 146	7 932	7 434	7,8	6,3	6,0	- 18,7	- 6,3
Bayern	12 717	10 463	9 862	9,4	7,2	7,0	- 22,5	- 5,7
Berlin	4 211	3 390	3 295	10,8	11,0	12,1	- 21,8	- 2,8
Brandenburg	3 283	3 555	3 024	8,9	13,6	16,2	- 7,9	- 14,9
Bremen	607	580	586	8,6	9,0	9,4	- 3,5	+ 1,0
Hamburg	1 747	1 802	1 684	11,6	11,3	10,9	- 3,6	- 6,5
Hessen	5 419	5 435	5 435	8,8	8,2	8,5	+ 0,3	+ 0,0
Mecklenburg-Vorpommern	2 886	2 768	2 113	10,7	15,6	17,1	- 26,8	- 23,7
Niedersachsen	8 675	7 749	6 931	9,7	8,2	7,5	- 20,1	- 10,6
Nordrhein-Westfalen	13 685	14 444	14 581	7,0	6,8	7,0	+ 6,5	+ 0,9
Rheinland-Pfalz	4 049	3 613	3 572	9,0	7,5	7,6	- 11,8	- 1,1
Saarland	1 020	889	847	9,2	7,5	7,4	- 17,0	- 4,7
Sachsen	5 951	4 316	3 744	10,1	10,9	13,3	- 37,1	- 13,3
Sachsen-Anhalt	4 893	3 486	2 768	14,2	14,3	15,9	- 43,4	- 20,6
Schleswig-Holstein	3 144	3 164	2 953	10,7	9,6	9,2	- 6,1	- 6,7
Thüringen	3 881	2 311	1 711	11,7	10,3	10,7	- 55,9	- 26,0
Deutschland	85 314	75 897	70 540	9,1	8,2	8,2	- 17,3	- 7,1
Westdeutschland	60 209	56 071	53 885	8,5	7,4	7,3	- 10,5	- 3,9
Ostdeutschland	25 105	19 826	16 655	10,9	12,3	13,9	- 33,7	- 16,0

¹⁾ Durchschnitt der 14- bis unter 16-Jährigen am 1.1.

33. Schulentlassene mit Hochschulreife an allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

Land	Allgemeine Hochschulreife						Veränderung der Quoten	
	Absolventen			Abiturientenquote ¹⁾			07/02	07/06
	2002	2006	2007	2002	2006	2007		
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	36 705	41 564	43 433	30,5	33,6	34,2	+ 3,7	+ 0,6
Bayern	27 623	30 764	32 909	20,1	22,1	22,9	+ 2,8	+ 0,8
Berlin	12 418	13 988	13 831	32,2	36,9	36,0	+ 3,8	- 0,9
Brandenburg	11 607	11 803	12 303	31,2	32,5	34,4	+ 3,2	+ 1,9
Bremen	2 174	2 602	2 558	30,8	35,4	34,2	+ 3,4	- 1,2
Hamburg	5 353	6 108	6 488	31,0	35,2	36,5	+ 5,5	+ 1,3
Hessen	18 674	19 975	19 959	29,0	30,9	30,1	+ 1,1	- 0,8
Mecklenburg-Vorpommern	6 453	7 149	7 259	24,1	27,6	28,7	+ 4,6	+ 1,1
Niedersachsen	21 668	24 962	27 634	24,8	27,9	29,9	+ 5,2	+ 2,1
Nordrhein-Westfalen	54 811	65 448	67 450	27,9	32,0	32,0	+ 4,1	- 0,0
Rheinland-Pfalz	11 080	13 297	14 161	24,5	27,8	29,3	+ 4,8	+ 1,5
Saarland	2 426	3 050	2 891	21,1	26,0	24,2	+ 3,1	- 1,8
Sachsen	16 075	16 804	16 209	27,5	30,3	30,2	+ 2,7	- 0,1
Sachsen-Anhalt ²⁾	9 472	8 751	15 775	26,8	25,8	47,7	+ 21,0	+ 22,0
Schleswig-Holstein	7 420	9 052	9 828	25,7	30,0	31,1	+ 5,4	+ 1,0
Thüringen	9 397	10 176	9 923	27,4	31,9	32,4	+ 5,0	+ 0,6
Deutschland	253 356	285 456	302 448	26,7	29,8	31,0	+ 4,3	+ 1,2
Westdeutschland	187 934	216 785	227 148	26,2	29,5	30,0	+ 3,8	+ 0,5
Ostdeutschland	65 422	68 671	75 300	28,4	31,0	34,7	+ 6,4	+ 3,7

¹⁾ Prozentanteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung am 1.1. - ²⁾ Wegen des Überganges auf 12 Schuljahre verließen in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 2 Abiturientenjahrgänge das Schulsystem.

34. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (am Arbeitsort) mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss

Land	Insgesamt (30.6.)			Anteil an allen Beschäftigten (30.6.)			Veränderung insgesamt	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%				
Baden-Württemberg	353 764	382 159	397 626	9,2	10,2	10,5	+12,4	+4,0
Bayern	383 863	413 092	430 933	8,7	9,6	9,8	+12,3	+4,3
Berlin	140 438	139 159	144 275	12,7	13,6	13,8	+2,7	+3,7
Brandenburg	71 630	68 805	69 633	9,4	9,7	9,6	-2,8	+1,2
Bremen	28 085	29 558	30 867	9,9	10,9	11,1	+9,9	+4,4
Hamburg	86 302	92 884	97 284	11,2	12,3	12,6	+12,7	+4,7
Hessen	230 485	239 094	247 416	10,5	11,4	11,6	+7,3	+3,5
Mecklenburg-Vorpommern	47 529	45 489	45 774	8,7	9,0	8,9	-3,7	+0,6
Niedersachsen	158 768	175 043	182 726	6,6	7,5	7,8	+15,1	+4,4
Nordrhein-Westfalen	488 789	509 011	527 482	8,3	9,2	9,3	+7,9	+3,6
Rheinland-Pfalz	79 466	82 959	85 973	6,6	7,2	7,3	+8,2	+3,6
Saarland	24 729	26 013	26 625	7,0	7,7	7,7	+7,7	+2,4
Sachsen	177 199	174 769	177 888	12,5	13,0	13,0	+0,4	+1,8
Sachsen-Anhalt	65 666	63 126	64 361	8,4	8,7	8,8	-2,0	+2,0
Schleswig-Holstein	44 874	47 871	49 695	5,5	6,1	6,3	+10,7	+3,8
Thüringen	80 458	72 606	73 335	10,4	10,2	10,1	-8,9	+1,0
Deutschland	2 462 045	2 561 638	2 651 893	8,9	9,7	9,9	+7,7	+3,5
Westdeutschland	1 879 125	1 997 684	2 076 627	8,5	9,4	9,6	+10,5	+4,0
Ostdeutschland	582 920	563 954	575 266	10,8	11,2	11,2	-1,3	+2,0

Finanzen

35. Gesamtausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Ausgaben insgesamt ¹⁾			Bereinigte Ausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahmen durch ber. Ausgaben 2007
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	44 341	46 007	45 589	4 171	4 284	4 242	+2,8	-0,9	83,4
Bayern	51 473	52 311	53 936	4 166	4 192	4 314	+4,8	+3,1	80,7
Berlin	21 047	20 449	20 715	6 210	6 015	6 083	-1,6	+1,3	48,7
Brandenburg	12 326	12 242	12 127	4 765	4 795	4 771	-1,6	-0,9	55,5
Bremen	4 215	4 027	4 028	6 379	6 062	6 076	-4,4	+0,0	52,3
Hamburg	8 786	10 117	10 416	5 090	5 791	5 917	+18,6	+3,0	81,6
Hessen	27 669	28 913	30 688	4 548	4 758	5 055	+10,9	+6,1	78,9
Mecklenburg-Vorpommern	8 760	8 311	8 110	4 997	4 886	4 807	-7,4	-2,4	51,9
Niedersachsen	31 624	31 222	32 369	3 968	3 904	4 053	+2,4	+3,7	70,4
Nordrhein-Westfalen	75 979	77 711	79 399	4 207	4 308	4 409	+4,5	+2,2	74,0
Rheinland-Pfalz	15 920	16 277	16 731	3 931	4 015	4 132	+5,1	+2,8	70,9
Saarland	4 329	4 668	4 547	4 064	4 459	4 374	+5,0	-2,6	68,0
Sachsen	19 177	19 530	18 939	4 392	4 582	4 473	-1,2	-3,0	58,4
Sachsen-Anhalt	12 313	11 994	11 623	4 800	4 882	4 786	-5,6	-3,1	53,1
Schleswig-Holstein	11 136	11 776	11 871	3 964	4 158	4 188	+6,6	+0,8	69,8
Thüringen	10 856	10 571	10 640	4 519	4 550	4 625	-2,0	+0,7	55,3
Deutschland	352 104	358 549	363 403	4 269	4 353	4 418	+3,2	+1,4	73,0
Westdeutschland	275 472	283 029	289 574	4 211	4 309	4 410	+5,1	+2,3	76,4
Ostdeutschland	84 479	83 097	82 154	4 951	4 977	4 950	-2,8	-1,1	53,7

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamtausgaben werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

36. Personalausgaben der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Personalausgaben insgesamt			Personalausgaben je Einwohner			Veränderung insgesamt		Personalausgabenquote 2007
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	18 286	19 133	18 935	1 720	1 781	1 762	+3,5	-1,0	41,5
Bayern	20 255	21 544	21 808	1 639	1 726	1 744	+7,7	+1,2	40,4
Berlin	7 270	6 279	6 235	2 145	1 847	1 831	-14,2	-0,7	30,1
Brandenburg	3 847	3 537	3 528	1 487	1 386	1 388	-8,3	-0,3	29,1
Bremen	1 322	1 261	1 266	2 001	1 898	1 910	-4,2	+0,4	31,4
Hamburg	3 319	3 336	3 187	1 923	1 910	1 810	-4,0	-4,5	30,6
Hessen	10 168	10 394	10 624	1 671	1 710	1 750	+4,5	+2,2	34,6
Mecklenburg-Vorpommern	2 865	2 406	2 371	1 634	1 414	1 405	-17,2	-1,5	29,2
Niedersachsen	12 387	12 319	12 495	1 554	1 540	1 564	+0,9	+1,4	38,6
Nordrhein-Westfalen	29 887	28 519	29 338	1 655	1 581	1 629	-1,8	+2,9	37,0
Rheinland-Pfalz	6 550	6 769	6 700	1 617	1 670	1 655	+2,3	-1,0	40,0
Saarland	1 858	1 750	1 746	1 744	1 672	1 680	-6,0	-0,2	38,4
Sachsen	6 325	6 092	5 968	1 449	1 429	1 410	-5,6	-2,0	31,5
Sachsen-Anhalt	4 404	3 761	3 615	1 717	1 531	1 489	-17,9	-3,9	31,1
Schleswig-Holstein	4 507	4 471	4 330	1 604	1 579	1 528	-3,9	-3,2	36,5
Thüringen	3 699	3 520	3 519	1 540	1 515	1 530	-4,9	-0,0	33,1
Deutschland	136 950	135 092	135 663	1 661	1 640	1 649	-0,9	+0,4	37,3
Westdeutschland	108 539	109 496	110 429	1 659	1 667	1 682	+1,7	+0,9	38,1
Ostdeutschland	28 410	25 595	25 236	1 665	1 533	1 520	-11,2	-1,4	30,7

37. Sachinvestitionen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Sachinvestitionen insgesamt			Sachinvestitionen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Sachinvestitions- quote 2007
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	5 172	3 873	3 972	487	361	370	-23,2	+2,6	8,7
Bayern	6 151	5 346	5 981	498	428	478	-2,8	+11,9	11,1
Berlin	323	335	307	95	99	90	-5,0	-8,4	1,5
Brandenburg	1 491	1 094	1 066	576	429	419	-28,5	-2,6	8,8
Bremen	231	103	96	350	155	145	-58,4	-6,8	2,4
Hamburg	427	442	401	247	253	228	-6,1	-9,3	3,8
Hessen	2 321	1 956	2 250	382	322	371	-3,1	+15,0	7,3
Mecklenburg-Vorpommern	888	757	727	507	445	431	-18,1	-4,0	9,0
Niedersachsen	2 272	1 699	1 650	285	212	207	-27,4	-2,9	5,1
Nordrhein-Westfalen	4 410	3 470	3 463	244	192	192	-21,5	-0,2	4,4
Rheinland-Pfalz	1 375	1 144	1 108	340	282	274	-19,4	-3,1	6,6
Saarland	225	254	262	211	243	252	+16,4	+3,1	5,8
Sachsen	2 093	2 209	2 111	479	518	499	+0,9	-4,4	11,1
Sachsen-Anhalt	1 233	758	852	481	309	351	-30,9	+12,4	7,3
Schleswig-Holstein	881	849	884	314	300	312	+0,3	+4,1	7,4
Thüringen	1 256	1 028	1 024	523	442	445	-18,5	-0,4	9,6
Deutschland	30 749	25 319	26 155	373	307	318	-14,9	+3,3	7,2
Westdeutschland	23 465	19 136	20 067	359	291	306	-14,5	+4,9	6,9
Ostdeutschland	7 284	6 181	6 087	427	370	367	-16,4	-1,5	7,4

38. Gesamteinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Bereinigte Einnahmen insgesamt ¹⁾			Bereinigte Einnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Finanzierungs- saldo je Ein- wohner 2007
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	41 801	45 925	49 316	3 932	4 276	4 589	+18,0	+7,4	347
Bayern	48 115	54 186	58 857	3 894	4 342	4 708	+22,3	+8,6	394
Berlin	16 104	18 676	25 360	4 751	5 494	7 447	+57,5	+35,8	1 364
Brandenburg	10 711	12 007	12 867	4 141	4 703	5 062	+20,1	+7,2	291
Bremen	3 620	3 207	3 319	5 479	4 828	5 006	-8,3	+3,5	-1 069
Hamburg	7 840	10 231	10 651	4 542	5 857	6 051	+35,9	+4,1	133
Hessen	24 974	28 975	31 336	4 105	4 768	5 162	+25,5	+8,1	107
Mecklenburg-Vorpommern	7 580	8 333	8 578	4 324	4 899	5 084	+13,2	+2,9	277
Niedersachsen	27 598	31 143	32 591	3 463	3 894	4 080	+18,1	+4,6	28
Nordrhein-Westfalen	69 340	73 480	79 081	3 839	4 073	4 391	+14,0	+7,6	- 18
Rheinland-Pfalz	13 932	15 134	16 192	3 440	3 733	3 999	+16,2	+7,0	- 133
Saarland	3 986	3 866	4 123	3 742	3 693	3 966	+3,4	+6,6	- 408
Sachsen	18 231	21 087	21 393	4 175	4 948	5 053	+17,3	+1,5	580
Sachsen-Anhalt	10 606	11 630	12 010	4 135	4 734	4 945	+13,2	+3,3	159
Schleswig-Holstein	9 881	10 928	11 526	3 517	3 859	4 066	+16,6	+5,5	- 122
Thüringen	9 722	10 269	11 111	4 047	4 420	4 830	+14,3	+8,2	205
Deutschland	316 195	351 498	379 985	3 834	4 267	4 619	+20,2	+8,1	202
Westdeutschland	251 087	277 075	296 992	3 839	4 219	4 523	+18,3	+7,2	113
Ostdeutschland	72 954	82 002	91 319	4 276	4 912	5 502	+25,2	+11,4	552

¹⁾ Bei den bereinigten Gesamteinnahmen werden Zahlungen innerhalb der dargestellten Ebene (Land und Gemeinden/Gv) herausgerechnet. Die Angaben für Ost- und Westdeutschland wurden hier allerdings als Summe der Werte der entsprechenden Länder berechnet, die Summe der Werte aus Ost- und Westdeutschland ergibt daher nicht den Deutschlandwert.

39. Kassenmäßige Steuereinnahmen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Steuereinnahmen insgesamt			Steuereinnahmen je Einwohner			Veränderung insgesamt		Steuereinnahme-
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	quote 2007
	Mio. €			€			%		
Baden-Württemberg	29 266	34 210	38 025	2 753	3 185	3 538	+29,9	+11,2	77,1
Bayern	34 098	39 180	43 501	2 760	3 140	3 479	+27,6	+11,0	73,9
Berlin	7 667	9 114	10 085	2 262	2 681	2 962	+31,5	+10,7	39,8
Brandenburg	5 064	5 807	6 736	1 958	2 275	2 650	+33,0	+16,0	52,4
Bremen	1 775	2 023	2 105	2 686	3 046	3 175	+18,6	+4,1	63,4
Hamburg	6 878	8 501	8 501	3 985	4 866	4 829	+23,6	+0,0	79,8
Hessen	18 218	21 547	24 211	2 995	3 545	3 988	+32,9	+12,4	77,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 384	3 808	4 207	1 930	2 239	2 494	+24,3	+10,5	49,0
Niedersachsen	18 120	21 702	22 793	2 274	2 714	2 854	+25,8	+5,0	69,9
Nordrhein-Westfalen	49 121	54 000	58 782	2 720	2 993	3 264	+19,7	+8,9	74,3
Rheinland-Pfalz	9 091	10 767	11 856	2 245	2 656	2 928	+30,4	+10,1	73,2
Saarland	2 312	2 716	3 094	2 171	2 594	2 976	+33,8	+13,9	75,0
Sachsen	8 608	10 053	11 067	1 971	2 359	2 614	+28,6	+10,1	51,7
Sachsen-Anhalt	5 050	5 718	6 171	1 969	2 328	2 541	+22,2	+7,9	51,4
Schleswig-Holstein	6 587	7 681	8 285	2 345	2 712	2 923	+25,8	+7,9	71,9
Thüringen	4 608	5 094	5 888	1 918	2 193	2 559	+27,8	+15,6	53,0
Deutschland	209 847	241 921	265 308	2 544	2 937	3 225	+26,4	+9,7	69,8
Westdeutschland	175 466	202 327	221 153	2 682	3 081	3 368	+26,0	+9,3	74,5
Ostdeutschland	34 381	39 594	44 154	2 015	2 372	2 660	+28,4	+11,5	48,4

40. Kreditmarktschulden der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt

Land	Schulden insgesamt (31.12.)			Schulden je Einwohner (31.12.)			Veränderung insgesamt		Schulden/Steuer-
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06	einnahmen 2007
	Mio. €			€			%		Jahre
Baden-Württemberg	39 897	47 586	47 751	3 753	4 431	4 443	+19,7	+0,3	1,3
Bayern	32 359	37 569	36 700	2 619	3 011	2 935	+13,4	-2,3	0,8
Berlin	44 647	58 995	56 645	13 172	17 354	16 634	+26,9	-4,0	5,6
Brandenburg	16 447	18 778	18 914	6 358	7 356	7 441	+15,0	+0,7	2,8
Bremen	9 584	13 384	14 305	14 505	20 149	21 578	+49,3	+6,9	6,8
Hamburg	18 183	21 604	21 619	10 535	12 367	12 281	+18,9	+0,1	2,5
Hessen	32 553	37 244	37 712	5 351	6 128	6 212	+15,8	+1,3	1,6
Mecklenburg-Vorpommern	10 807	12 547	11 818	6 165	7 376	7 005	+9,4	-5,8	2,8
Niedersachsen	47 857	56 277	56 792	6 005	7 037	7 110	+18,7	+0,9	2,5
Nordrhein-Westfalen	112 770	136 705	137 313	6 244	7 578	7 624	+21,8	+0,4	2,3
Rheinland-Pfalz	25 278	30 078	30 494	6 242	7 419	7 531	+20,6	+1,4	2,6
Saarland	7 465	9 695	10 097	7 009	9 261	9 712	+35,3	+4,1	3,3
Sachsen	16 022	15 739	14 998	3 669	3 693	3 542	-6,4	-4,7	1,4
Sachsen-Anhalt	18 981	22 485	23 115	7 399	9 153	9 518	+21,8	+2,8	3,7
Schleswig-Holstein	19 462	24 168	24 296	6 927	8 534	8 571	+24,8	+0,5	2,9
Thüringen	15 124	18 513	18 295	6 296	7 969	7 952	+21,0	-1,2	3,1
Deutschland	467 436	561 367	560 867	5 668	6 815	6 818	+20,0	-0,1	2,1
Westdeutschland	345 408	414 310	417 079	5 281	6 308	6 352	+20,7	+0,7	1,9
Ostdeutschland	122 028	147 057	143 785	7 152	8 808	8 663	+17,8	-2,2	3,3

Soziale Probleme, Sicherheit

41. Schwangerschaftsabbrüche

Land	Schwangerschaftsabbrüche nach dem Wohnsitz der Frauen			Quote je 1 000 Lebendgeborene			Veränderung der Quoten	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	14 214	13 119	12 359	143	143	133	-6,7	-6,7
Bayern	15 885	13 593	13 364	140	130	125	-10,4	-3,6
Berlin	11 344	10 024	9 621	394	338	309	-21,6	-8,8
Brandenburg	4 549	4 185	4 113	257	234	221	-13,9	-5,5
Bremen	1 648	1 648	1 682	301	299	301	+0,1	+0,5
Hamburg	4 256	3 849	4 011	271	239	240	-11,5	+0,2
Hessen	10 573	9 586	9 334	191	186	177	-7,2	-4,9
Mecklenburg-Vorpommern	3 642	3 192	3 094	291	253	242	-16,9	-4,2
Niedersachsen	10 599	10 547	9 997	145	161	153	+5,7	-5,2
Nordrhein-Westfalen	26 840	24 967	24 500	164	167	162	-1,3	-2,7
Rheinland-Pfalz	4 632	4 541	4 444	133	143	137	+2,4	-4,5
Saarland	1 397	1 257	1 380	177	174	190	+7,0	+9,0
Sachsen	6 853	6 490	6 353	217	199	188	-13,7	-5,9
Sachsen-Anhalt	5 127	4 510	4 389	291	266	252	-13,3	-5,3
Schleswig-Holstein	3 733	3 487	3 708	150	154	161	+7,8	+5,1
Thüringen	4 633	4 206	3 966	272	256	231	-15,2	-10,0
Deutschland	129 925	119 201	116 315	181	177	170	-6,0	-4,2
Westdeutschland	93 777	86 594	84 779	158	158	153	-3,0	-3,4
Ostdeutschland	36 148	32 607	31 536	289	259	241	-16,6	-6,9

42. Alleinerziehende

Land	Zahl der Alleinerziehenden			Alleinerziehende je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Alleinerziehenden	
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	07/05	07/06
	1 000			Anzahl			%	
Baden-Württemberg	308	310	309	29	29	29	+0,3	-0,3
Bayern	361	386	384	29	31	31	+6,4	-0,5
Berlin	149	153	149	44	45	44	+0,0	-2,6
Brandenburg	100	101	103	39	40	41	+3,0	+2,0
Bremen	25	25	24	38	38	36	-4,0	-4,0
Hamburg	63	63	60	36	36	34	-4,8	-4,8
Hessen	175	188	186	29	31	31	+6,3	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	75	70	69	44	41	41	-8,0	-1,4
Niedersachsen	224	234	238	28	29	30	+6,3	+1,7
Nordrhein-Westfalen	524	538	532	29	30	30	+1,5	-1,1
Rheinland-Pfalz	121	124	123	30	31	30	+1,7	-0,8
Saarland	37	38	38	35	36	37	+2,7	+0,0
Sachsen	144	150	144	34	35	34	+0,0	-4,0
Sachsen-Anhalt	90	94	92	36	38	38	+2,2	-2,1
Schleswig-Holstein	88	89	84	31	31	30	-4,5	-5,6
Thüringen	88	92	92	38	40	40	+4,5	+0,0
Deutschland	2 572	2 655	2 628	31	32	32	+2,2	-1,0
Westdeutschland	1 926	1 995	1 979	29	30	30	+2,8	-0,8
Ostdeutschland	646	660	649	39	40	39	+0,5	-1,7

43. Vorläufige Schutzmaßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe

Land	Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche			Schutzmaßnahmen je 10 000 Kinder und Jugendliche			Veränderung der Zahl der Schutzmaßnahmen	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	1 734	1 861	2 106	8	9	11	+ 21,5	+ 13,2
Bayern	1 692	1 892	2 129	7	8	9	+ 25,8	+ 12,5
Berlin	2 140	1 342	1 315	39	27	27	- 38,6	- 2,0
Brandenburg	1 749	1 264	1 235	39	35	36	- 29,4	- 2,3
Bremen	375	251	390	34	24	38	+ 4,0	+ 55,4
Hamburg	1 350	1 161	1 224	49	42	45	- 9,3	+ 5,4
Hessen	2 491	1 853	2 010	22	17	19	- 19,3	+ 8,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 002	899	966	32	38	43	- 3,6	+ 7,5
Niedersachsen	2 296	2 088	2 235	15	14	15	- 2,7	+ 7,0
Nordrhein-Westfalen	7 910	8 018	8 499	23	24	26	+ 7,4	+ 6,0
Rheinland-Pfalz	446	582	792	6	8	11	+ 77,6	+ 36,1
Saarland	128	160	234	7	9	14	+ 82,8	+ 46,3
Sachsen	2 495	1 939	2 042	36	34	37	- 18,2	+ 5,3
Sachsen-Anhalt	1 219	823	828	29	25	27	- 32,1	+ 0,6
Schleswig-Holstein	1 108	1 023	1 231	21	20	24	+ 11,1	+ 20,3
Thüringen	752	842	956	19	27	32	+ 27,1	+ 13,5
Deutschland	28 887	25 998	28 192	19	18	20	- 2,4	+ 8,4
Westdeutschland	19 530	18 889	20 850	16	16	18	+ 6,8	+ 10,4
Ostdeutschland	9 357	7 109	7 342	33	31	33	- 21,5	+ 3,3

44. Leistungsempfänger nach SGB II

Land	Leistungsempfänger nach SGB II (April)			Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Leistungsempfänger	
	2005	2007	2008	2005	2007	2008 ¹⁾	08/05	08/07
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	467 141	514 695	481 271	44	48	45	+ 3,0	- 6,5
Bayern	514 521	560 122	515 523	41	45	41	+ 0,2	- 8,0
Berlin	530 705	617 623	609 929	156	181	179	+ 14,9	- 1,2
Brandenburg	321 578	351 447	332 134	126	138	131	+ 3,3	- 5,5
Bremen	93 616	100 827	98 070	141	152	148	+ 4,8	- 2,7
Hamburg	186 049	207 372	203 882	107	118	116	+ 9,6	- 1,7
Hessen	417 721	466 521	453 663	69	77	75	+ 8,6	- 2,8
Mecklenburg-Vorpommern	272 009	284 223	261 564	159	168	155	- 3,8	- 8,0
Niedersachsen	635 024	714 850	688 103	79	89	86	+ 8,4	- 3,7
Nordrhein-Westfalen	1 509 875	1 716 483	1 670 775	84	95	93	+ 10,7	- 2,7
Rheinland-Pfalz	233 231	264 321	252 930	57	65	62	+ 8,4	- 4,3
Saarland	79 776	88 405	85 121	76	85	82	+ 6,7	- 3,7
Sachsen	529 684	575 761	545 753	124	136	129	+ 3,0	- 5,2
Sachsen-Anhalt	372 178	388 449	370 092	150	160	152	- 0,6	- 4,7
Schleswig-Holstein	239 093	261 056	249 204	85	92	88	+ 4,2	- 4,5
Thüringen	262 011	280 577	259 833	112	122	113	- 0,8	- 7,4
Deutschland	6 664 212	7 392 732	7 077 847	81	90	86	+ 6,2	- 4,3
Westdeutschland	4 376 047	4 894 652	4 698 542	67	75	72	+ 7,4	- 4,0
Ostdeutschland	2 288 165	2 498 080	2 379 305	136	151	143	+ 4,0	- 4,8

¹⁾ Einwohner am 30.06.2007.

45. Verbraucherinsolvenzen

Land	Verbraucherinsolvenzen			Insolvenzen je 10 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verbraucherinsolvenzen	
	2002	2006 ¹⁾	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	2 096	8 809	9 696	2,0	8,2	9,0	+ 362,6	+ 10,1
Bayern	2 385	9 922	10 962	1,9	8,0	8,8	+ 359,6	+ 10,5
Berlin	822	5 100	6 023	2,4	15,0	17,7	+ 632,7	+ 18,1
Brandenburg	586	3 704	4 563	2,3	14,5	18,0	+ 678,7	+ 23,2
Bremen	608	2 051	1 222	9,2	30,9	18,4	+ 101,0	- 40,4
Hamburg	975	2 668	2 837	5,6	15,3	16,1	+ 191,0	+ 6,3
Hessen	1 202	5 806	6 755	2,0	9,6	11,1	+ 462,0	+ 16,3
Mecklenburg-Vorpommern	342	2 680	1 991	2,0	15,8	11,8	+ 482,2	- 25,7
Niedersachsen	2 739	12 574	13 625	3,4	15,7	17,1	+ 397,4	+ 8,4
Nordrhein-Westfalen	5 695	21 601	24 355	3,2	12,0	13,5	+ 327,7	+ 12,7
Rheinland-Pfalz	1 276	4 032	4 450	3,2	9,9	11,0	+ 248,7	+ 10,4
Saarland	585	2 071	1 681	5,5	19,8	16,2	+ 187,4	- 18,8
Sachsen	458	4 601	5 251	1,0	10,8	12,4	+ 1 046,5	+ 14,1
Sachsen-Anhalt	460	3 807	4 173	1,8	15,5	17,2	+ 807,2	+ 9,6
Schleswig-Holstein	772	4 330	4 592	2,7	15,3	16,2	+ 494,8	+ 6,1
Thüringen	440	2 830	3 062	1,8	12,2	13,3	+ 595,9	+ 8,2
Deutschland	21 441	96 586	105 238	2,6	11,7	12,8	+ 390,8	+ 9,0
Westdeutschland	18 333	73 864	80 175	2,8	11,2	12,2	+ 337,3	+ 8,5
Ostdeutschland	3 108	22 722	25 063	1,8	13,6	15,1	+ 706,4	+ 10,3

¹⁾ Nachträgliche Änderungen der Länder wurden nicht berücksichtigt.

46. Bevölkerungsanteil der Hochbetagten

Land	Bevölkerung im Alter von 80 und mehr Jahren			Anteil der Hochbetagten an der Bevölkerung			Veränderung des Anteils der Hochbetagten	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl			%			Prozentpunkte	
Baden-Württemberg	420 979	481 898	497 854	3,9	4,5	4,6	+ 0,7	+ 0,1
Bayern	504 518	567 458	585 613	4,1	4,5	4,7	+ 0,6	+ 0,1
Berlin	131 847	135 129	137 397	3,9	4,0	4,0	+ 0,1	+ 0,1
Brandenburg	86 522	99 233	103 615	3,4	3,9	4,1	+ 0,7	+ 0,2
Bremen	33 516	35 781	36 390	5,1	5,4	5,5	+ 0,4	+ 0,1
Hamburg	79 984	84 221	85 317	4,6	4,8	4,8	+ 0,2	+ 0,0
Hessen	253 836	289 793	298 194	4,2	4,8	4,9	+ 0,7	+ 0,1
Mecklenburg-Vorpommern	53 951	63 147	66 432	3,1	3,7	4,0	+ 0,9	+ 0,2
Niedersachsen	340 070	384 480	396 719	4,3	4,8	5,0	+ 0,7	+ 0,2
Nordrhein-Westfalen	723 204	827 547	857 260	4,0	4,6	4,8	+ 0,8	+ 0,2
Rheinland-Pfalz	171 831	198 985	206 015	4,2	4,9	5,1	+ 0,9	+ 0,2
Saarland	44 506	52 205	53 871	4,2	5,0	5,2	+ 1,0	+ 0,2
Sachsen	201 579	226 067	232 796	4,6	5,3	5,5	+ 0,9	+ 0,2
Sachsen-Anhalt	101 647	115 472	119 430	4,0	4,7	5,0	+ 1,0	+ 0,2
Schleswig-Holstein	124 806	137 537	140 408	4,4	4,9	4,9	+ 0,5	+ 0,1
Thüringen	91 211	105 889	109 825	3,8	4,6	4,8	+ 1,0	+ 0,2
Deutschland	3 364 007	3 804 842	3 927 136	4,1	4,6	4,8	+ 0,7	+ 0,2
Westdeutschland	2 697 250	3 059 905	3 157 641	4,1	4,7	4,8	+ 0,7	+ 0,1
Ostdeutschland	666 757	744 937	769 495	3,9	4,5	4,6	+ 0,7	+ 0,2

47. Polizeilich bekannt gewordene Straftaten je 100 000 Einwohner und Aufklärungsquote

Land	Straftaten insgesamt	Häufigkeitszahl (Straftaten je 100 000 Einwohner)			Aufklärungsquote		Veränderung der Häufigkeitszahl	
		2002	2006	2007	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl				%			
Baden-Württemberg	611 433	5 643	5 678	5 689	59,9	59,5	+ 0,8	+ 0,2
Bayern	666 807	5 630	5 399	5 333	64,9	64,3	- 5,3	- 1,2
Berlin	496 163	17 236	14 614	14 570	50,2	50,4	- 15,5	- 0,3
Brandenburg	226 466	9 422	8 727	8 909	58,6	57,4	- 5,4	+ 2,1
Bremen	96 121	14 444	14 378	14 499	43,7	40,6	+ 0,4	+ 0,8
Hamburg	237 048	15 589	13 541	13 466	47,0	45,9	- 13,6	- 0,6
Hessen	420 725	7 041	7 030	6 931	55,1	55,9	- 1,6	- 1,4
Mecklenburg-Vorpommern	150 736	9 917	8 953	8 935	60,4	59,9	- 9,9	- 0,2
Niedersachsen	607 075	7 648	7 548	7 601	55,5	56,9	- 0,6	+ 0,7
Nordrhein-Westfalen	1 495 333	8 099	8 270	8 303	49,9	49,2	+ 2,5	+ 0,4
Rheinland-Pfalz	288 398	6 935	7 371	7 123	62,6	61,4	+ 2,7	- 3,4
Saarland	73 813	6 808	7 567	7 100	54,6	52,7	+ 4,3	- 6,2
Sachsen	308 106	7 678	7 223	7 277	59,7	58,4	- 5,2	+ 0,7
Sachsen-Anhalt	216 704	9 159	8 781	8 923	58,4	57,6	- 2,6	+ 1,6
Schleswig-Holstein	242 615	9 156	8 558	8 559	47,1	46,8	- 6,5	+ 0,0
Thüringen	147 118	6 889	6 460	6 395	64,1	64,2	- 7,2	- 1,0
Deutschland	6 284 661	7 893	7 653	7 640	55,4	55,0	- 3,2	- 0,2
Westdeutschland	4 739 368	7 295	7 246	7 218	55,0	54,6	- 1,1	- 0,4
Ostdeutschland	1 545 293	10 177	9 257	9 310	56,8	56,3	- 8,5	+ 0,6

Quelle: Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik.

48. Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen

Land	Verunglückte insgesamt			Verunglückte je 100 000 Einwohner			Veränderung der Zahl der Verunglückten	
	2002	2006	2007	2002	2006	2007	07/02	07/06
	Anzahl						%	
Baden-Württemberg	57 817	53 734	53 889	544	500	501	- 6,8	+ 0,3
Bayern	84 925	74 384	75 654	687	596	605	- 10,9	+ 1,7
Berlin	17 604	16 757	17 306	519	493	508	- 1,7	+ 3,3
Brandenburg	15 254	12 591	12 191	590	493	480	- 20,1	- 3,2
Bremen	4 106	3 669	3 629	621	552	547	- 11,6	- 1,1
Hamburg	12 225	10 313	10 603	708	590	602	- 13,3	+ 2,8
Hessen	36 285	32 542	32 909	596	535	542	- 9,3	+ 1,1
Mecklenburg-Vorpommern	11 341	9 004	8 829	647	529	523	- 22,1	- 1,9
Niedersachsen	51 461	44 215	45 905	646	553	575	- 10,8	+ 3,8
Nordrhein-Westfalen	90 508	82 410	85 923	501	457	477	- 5,1	+ 4,3
Rheinland-Pfalz	24 875	21 207	21 756	614	523	537	- 12,5	+ 2,6
Saarland	6 726	6 384	6 280	632	610	604	- 6,6	- 1,6
Sachsen	23 000	20 027	20 293	527	470	479	- 11,8	+ 1,3
Sachsen-Anhalt	14 574	12 974	13 310	568	528	548	- 8,7	+ 2,6
Schleswig-Holstein	18 840	15 891	16 464	671	561	581	- 12,6	+ 3,6
Thüringen	13 714	11 326	11 427	571	488	497	- 16,7	+ 0,9
Deutschland	483 255	427 428	436 368	586	519	530	- 9,7	+ 2,1
Westdeutschland	387 768	344 749	353 012	593	525	538	- 9,0	+ 2,4
Ostdeutschland	95 487	82 679	83 356	560	495	502	- 12,7	+ 0,8

